



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

APRIL 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

„Recht viele Freiheiten“

Premierminister Xavier Bettel über das Regieren in Zeiten einer Pandemie, die Attacken der Opposition und die digitale Parteilarbeit

Interview: Dani Schumacher

Gestern Abend fand der Parteikongress der DP statt, bereits zum zweiten Mal in digitaler Form. Als liberaler Frontmann hätte Xavier Bettel seine Rede natürlich lieber vor einem vollen Saal gehalten. Doch eine Ansprache in Videoformat ist noch seine geringste Sorge. Dass ausgerechnet er als liberaler Regierungschef die Grundrechte der Bürger über einen so langen Zeitraum so stark beschneiden muss, lastet ihm auf der Seele.

Xavier Bettel, wie fühlt man sich, wenn man als liberaler Premierminister wegen der Corona-Pandemie schwerwiegende Eingriffe in die Grundrechte der Bürger vornehmen muss?

Die DP wie auch die beiden Koalitionspartner LSAP und Grüne halten an den demokratischen Werten fest. Daher war es uns sehr wichtig, dass das Parlament bei den Covid-Gesetzen eingebunden wird. In anderen Ländern werden die Maßnahmen am Parlament vorbei in Kraft gesetzt. Es ist zwar ein schwieriger und kräftezehrender Prozess, doch in meinen Augen führt kein Weg am Parlament vorbei. Als liberaler Premier ist es für mich wirklich nicht einfach, wenn ich eine Ausgangssperre verhängen oder die Kontakte der Bürger untereinander auf zwei Personen begrenzen muss. Deshalb dürfen die Einschnitte auch nicht zum Dauerzustand werden. Die Beschneidung der Grundrechte darf unter keinen Umständen zur Gewohnheit werden. Es geht darum, eine Balance zu finden. Durch die verschiedenen Maßnahmen wie beispielsweise die Ausgangssperre haben wir das Infektionsgeschehen soweit in den Griff bekommen, dass wir den Menschen andere Freiheiten geben konnten. Ich denke etwa an die Kultur oder den Sport, aber auch an die Schulen, an die Geschäfte oder an die Außengastronomie. Diese Freiheiten haben wir uns durch die Einschränkungen erkauft. Der Drahtseilakt besteht darin, dass wir die Maßnahmen nur so lange wie nötig aufrechterhalten und nicht so lange wie möglich. Für mich als liberaler Premier war, wie gesagt, es schwer, die Einschränkungen

zu verhängen, doch es führte kein Weg daran vorbei. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern verfügen die Menschen in Luxemburg immer über recht viele Freiheiten.

Das Parlament ist zwar eingebunden, die Maßnahmen haben eine legale Basis. Doch der parlamentarische Prozess erfolgt stets unter enormem Zeitdruck, die Covid-Gesetze werden mit den Stimmen der Mehrheitsparteien regelrecht durchgepeitscht. In den Debatten hört man von der Opposition daher den Vorwurf, die Fraktionen von DP, LSAP und Grünen seien nur noch der verlängerte Arm der Regierung. Sind sie das?

Nein. Aber ich nehme die Kritik ernst. Es gibt allerdings Unstimmigkeiten. Zu Beginn der Pandemie bestand Einigkeit. Auf einmal wollte aber eine Partei so schnell wie möglich alles öffnen. Wenig später hat die gleiche Partei uns vorgeworfen, dass die Öffnung zu schnell käme. Im Dezember hat sie uns dann wieder kritisiert, weil wir einige Öffnungen zugelassen haben. Die Aussage der Opposition, sich konstruktiv einbringen zu wollen, ist zumindest fragwürdig. Die Kritik ist oft parteipolitisch motiviert. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Opposition sehr weit ausholen muss, um nicht zugeben zu müssen, dass die Regierung richtig handelt. Sie macht kaum Vorschläge, wie man es besser machen kann. Das Argument, man werde das Covid-Gesetz wegen der Ausgangssperre nicht mittragen, lasse ich nicht gelten. Die Ausgangssperre trägt dazu bei, die Pandemie einzudämmen, es gibt Studien, die dies belegen. Die Ausgangssperre bringt mehr, als wenn wir die Schulen schließen würden.

Sind die Mehrheitsparteien nun der verlängerte Arm der Regierung oder nicht?

Nein, die Fraktionen von DP, LSAP und Grünen sind durchaus kritisch. Sie haben ihre eigene Dynamik im Parlament. Immer wieder nehmen sie Änderungen an unseren Covid-Texten vor.

Die Pandemie geht nun schon ins

zweite Jahr. Hätten Sie im Rückblick etwas anders gemacht? Vizepremier François Bausch hat im Interview erklärt, dass er sich eine 'filigranere' Vorgehensweise gewünscht hätte. Stimmen Sie dem zu?

Während der ersten Welle haben wir in der Tat mit dem Vorschlaghammer gearbeitet und das gesamte öffentliche Leben heruntergefahren. Im Nachhinein ist man natürlich immer schlauer. Heute wissen wir, dass einige Maßnahmen nicht sehr viel gebracht haben. Aus heutiger Sicht würde ich deshalb sagen, dies oder das machen wir nicht. Aber zu Beginn der Pandemie verfügten wir nicht über das nötige Wissen, um gezielter vorzugehen. Daher war unsere Entscheidung zu dem Moment, wo wir sie getroffen haben, auch richtig. Es kann auch gut sein, dass wir in sechs Monaten Entscheidungen, die wir heute treffen, wieder infrage stellen. Es gibt einfach noch zu viele offene Fragen. Wir wissen beispielsweise nicht, ob nicht noch andere Virusvarianten auftauchen. Wir wissen auch nicht, welchen Impakt die Mutanten auf das Gesundheitssystem haben werden. Es ist daher sinnvoll, wenn wir jetzt analysieren, wieso einzelne Infizierte im Krankenhaus behandelt werden müssen und andere nicht. Wieso sind diesmal mehr jüngere Menschen betroffen als bei der ersten Welle und weshalb haben sie einen schwereren Krankheitsverlauf? Es gibt noch so viele offene Fragen. All diese Informationen brauchen wir.

Die Arbeit der Regierung stößt auf breite Zustimmung. Im März waren bei einer Umfrage immerhin 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung, die Regierung führe das Land gut durch die Krise ...

Natürlich freut mich dieses Resultat. Doch die Bewältigung der Krise ist ein Akt der Solidarität. Ich würde mich daher glücklich schätzen, wenn es mir gelingen würde, auch den Rest der Bevölkerung vom Sinn und von der Notwendigkeit der Maßnahmen zu überzeugen. Es gibt beispielsweise Leute, die wollen sich nicht impfen lassen. Das ist ihre Ent-

scheidung, ich werde niemanden zwingen, sich impfen zu lassen. Wir können lediglich versuchen, sie zu überzeugen. Deshalb war es mir wichtig, den Astra-Zeneca-Impfstoff auf freiwilliger Basis bei jüngeren Menschen einzusetzen. Es war eine schwere Entscheidung, aber sie ist in meinen Augen richtig. Es wäre falsch gewesen, einen Teil der Vakzine nicht zu nutzen, solange nicht alle die Möglichkeit hatten, sich impfen zu lassen. Andere Länder gehen jetzt auch auf diesen Weg.

Auch wenn die Zensur insgesamt gut ausfällt, so stehen doch mit Bildungsminister Claude Meisch und Familienministerin Corinne Cahen zwei DP-Minister in der Schusslinie. Können Sie die Kritik nachvollziehen?

Die Altersheime sind ein sehr sensibles Thema. Altersheime sind keine Krankenhäuser, man kann sie nicht über Wochen und Monate vollständig abriegeln. Die Bewohner leben dort. Man kann ihnen nicht verbieten, ihr Zuhause zu verlassen. Wir müssen also ein Gleichgewicht finden. Das Familienministerium und die Santé haben eng mit den Betreibern zusammengearbeitet, um gemeinsame Lösungen zu finden. Dies ist ihnen gelungen. Copas-Präsident Marc Fischbach hat Familienministerin Corinne Cahen übrigens eine gute Arbeit bescheinigt. Die Opposition hat sich allerdings auf sie eingeschossen. Im Parlament gab es persönliche Attacken. Anstatt den Ball zu spielen, wurde auf die Frau gezielt. Die Debatte ging teilweise unter die Gürtellinie und war dem Thema nicht würdig. Sie war respektlos gegenüber den Bürgern. Übrigens haben mir später auch CSV-Abgeordnete gesagt, dass sie mit der Art und Weise, wie die Diskussion verlaufen ist, nicht einverstanden waren.

Haben Sie aber Verständnis dafür, dass die Situation in den Altersheimen nun von einer Arbeitsgruppe untersucht wird, die von Jeannot Waringo geleitet wird?

Absolut. Die Untersuchung ist wichtig, um herauszufinden, ob etwas schief gelaufen ist oder nicht, ob Fehler gemacht wurden oder nicht. Weder die Familienministerin noch die Gesundheitsministerin haben sich je gegen eine solche Untersuchung ausgesprochen. Ich bin überzeugt, dass Jeannot Waringo die Untersu-

Pouvoir exécutif
Interview

Vie politique

chung auf neutrale und objektive Art und Weise durchführen wird. Das Parlament hat sich einstimmig für ihn als Koordinator ausgesprochen. Wenn seine Schlussfolgerungen vorliegen, soll eine breite Debatte darüber stattfinden.

In Deutschland fand vor wenigen Tagen eine Gedenkfeier für die Toten der Pandemie statt. Luxemburg plant auch eine Zeremonie, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt. Wieso erst später?

Wir befinden uns noch immer mitten in einer Pandemie. Das bedeutet, dass die Gedenkzeremonie nur in kleinem Rahmen stattfinden könnte, mit den üblichen Vertretern aus Politik und Gesellschaft. Ich will aber, dass die Hinterbliebenen teilnehmen können. Schließlich geht es um sie.

In einem Interview vor dem LSAP-Parteikongress hat Vizepremier Dan Kersch eine Corona-Steuer ins Spiel gebracht. Wie stehen Sie dazu?

Die aktuellen wirtschaftlichen Daten zeigen, dass der Impact der Pandemie in Luxemburg weniger spürbar ist als in den meisten anderen Ländern. Wir müssen trotzdem das Ende der Krise abwarten, bevor wir über eine solche Steuer reden. Erst müssen wir einen Kassensturz machen, um zu wissen, wie es um die Finanzen gestellt

ist. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Steuererhöhung Gift. In dem Zusammenhang will ich aber auch betonen, dass die Debatte um die vermeintlichen Krisengewinner zu kurz greift. Es gibt keine Krisengewinner. Betriebe, die mehr verdient haben, haben auch mehr gearbeitet, sie haben sich angepasst und sich neu aufgestellt, haben mehr Steuern bezahlt und sie haben unter Umständen neue Mitarbeiter eingestellt. Das sind keine Krisengewinner. Im Moment brauchen wir Investitionen.

Schließen Sie eine Corona-Steuer kategorisch aus?

Nein, aber ich plane sie auch nicht ein. Es ist einfach noch zu früh, um zu sagen, wie es weitergehen wird. Wie ich bereits gesagt habe, wir müssen erst einmal einen Kassensturz machen. Ich wäre aber sehr froh, wenn wir ohne Steueranhebung zurechtkämen.

Apropos Steuern. Ist die geplante große Steuerreform endgültig vom Tisch?

Ich fürchte ja, ich bin eher pessimistisch, dass die Reform noch in dieser Legislaturperiode kommt. Nach dem Kassensturz wird sich zeigen, wie es weitergeht. Es sind nur noch gut zwei Jahre bis zu den Wahlen, die Zeit ist knapp. Die Arbeiten waren bereits weit fortgeschritten und lau-

fen auch weiter. Finanzminister Pierre Gramegna hat im vergangenen Jahr bereits Teilaspekte der anvisierten Steuergerechtigkeit umsetzen können. So haben wir beispielsweise steuerliche Instrumente abgeschafft oder abgeschwächt, die die Spekulation mit Bauland und Immobilien angeheizt haben. Außerdem hat die Regierung eine soziale Kompensation in Form eines Steuerkredits eingeführt, um die finanziellen Auswirkungen unserer Klimapolitik auf schwache Einkommen auszugleichen.

Seit Jahren fordert der Journalistenverband ein Informationszugangrecht. Wieso versperrt Sie als liberaler Medienminister sich dieser Forderung?

Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, dass wir nach zwei Jahren das Transparenzgesetz aus dem Jahr 2018 überprüfen werden. Wir haben den Presserat um ein Gutachten gebeten, das aber noch nicht vorliegt. Die Anmerkungen werden dann in die Bilanz einfließen und bei Bedarf werden wir den Text anpassen. Im Rahmen dieser Debatte können wir auch über das Informationszugangrecht reden. Wir müssen allerdings ein gutes Gleichgewicht finden.

Die DP hat gestern Abend bereits zum zweiten Mal ihren Kongress

in digitaler Form abgehalten. Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Parteilarbeit? Wie halten Sie den Kontakt zur Basis?

Es ist in der Tat schwer. Versammlungen in den Lokalsektionen werden zurzeit fast ausnahmslos in digitaler Form abgehalten. Die statutarisch vorgegebene Parteilarbeit kann stattfinden. Das ist in Ordnung. Mir fehlt aber das Menschliche. Wenn ich eine Rede halte, brauche ich das Feedback aus dem Saal, um richtig in Fahrt zu kommen. All das fehlt, wenn man vor einem leeren Saal in eine Kamera blickt. Ich brauche Menschen um mich herum, ich liebe es unter Menschen zu sein. Es sind aber nicht nur die Parteien, die unter der Situation zu leiden haben. Auch das Vereinsleben hat sich total verändert. Die Pandemie hat ganz generell den Alltag der Menschen durcheinandergewirbelt. Ich hoffe, dass die Menschen nach dem Ende der Pandemie ihre Kontakte in gewohnter Form wieder aufnehmen. Es wäre tragisch, wenn das menschliche Zusammensein sich langfristig verändern würde.

Ist der Fall Semedo innerhalb der Partei verdaut?

Ja. Das Ganze stimmt mich allerdings traurig.

Die Aussage der Opposition, sich konstruktiv einbringen zu wollen, ist zumindest fragwürdig. Die Kritik ist oft parteipolitisch motiviert.

Als liberaler Premier ist es für mich wirklich nicht einfach, wenn ich eine Ausgangs-

Bei der Debatte im Parlament gab es persönliche Attacken, anstatt den Ball zu spielen, wurde auf die Frau gezielt.

sperre verhängen oder die Kontakte der Bürger untereinander begrenzen muss.



Xavier Bettel bereitet sich auf seine Rede vor. Der Kongress fand vor leerem Saal im Centre Celo in Hesperingen statt.

Der Luxemburger Weg

Trotz hoher Inzidenz verschärft Luxemburg nicht die Corona-Maßnahmen. Es soll sogar Lockerungen geben. Wie sich die Covid-Politik im Nachbarland von der in Deutschland unterscheidet, zeigen wir in einer Analyse.

VON BERND WIENTJES

LUXEMBURG Luxemburg bleibt bei seiner Corona-Politik auf liberalem Kurs. Während in Deutschland über eine Verschärfung der Maßnahmen und einem erneuten Komplett-Lockdown diskutiert wird, lockert Luxemburg, wenn auch behutsam. Die Lage sei stabil, sagte Premierminister Xavier Bettel am Freitag und meinte damit, dass die Zahl der Neuinfektionen nicht dramatisch steigt und die Situation in den Kliniken nicht angespannt ist. Die Lage, die Bettel als stabil beschreibt, würde hierzulande für hektische Reaktionen der Politik und für noch lautere Rufe nach einem Shutdown sorgen, als es derzeit ohnehin schon der Fall ist.

Die Inzidenz liegt in Luxemburg bei 202. Eine Woche zuvor lag der Wert bei 247. In Deutschland wurde am Samstag ein Wert von 160 Corona-Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner in einer Woche vermeldet. In der ersten April-Woche sank die Zahl der positiv Getesteten in Luxemburg gegenüber der Vorwoche von 1544 auf 1265, allerdings wurde deutlich weniger getestet.

Doch anders als bei uns spielt die Inzidenz im Nachbarland nicht die entscheidende Rolle. Der Wert wird nur einmal die Woche veröffentlicht und nicht wie in Deutschland jeden Tag. Selbst deutliche Steigerungen des Wertes führen in Luxemburg nicht zu kurzfristigen Maßnahmen. Fast gebetsmühlenartig hat die seit einigen Wochen erkrankte Gesundheitsministerin in der Vergangenheit bei jeder Gelegenheit gesagt, man beobachte die Lage, aber es bestehe kein Grund für verschärfte Maßnahmen.

Man muss allerdings sagen, dass

Luxemburg zu Beginn der Pandemie deutlich härter als Deutschland reagierte: Es gab eine strikte Ausgangsbeschränkung, Bauarbeiter wurden in Zwangsurlaub geschickt, der Schulbetrieb ruhte fast komplett bis zum Sommer.

Dann schlug Luxemburg einen anderen Weg ein, den viele mit dem schwedischen Modell verglichen. Luxemburg führte schon frühzeitig ein Large Scale Testing ein, die komplette Bevölkerung sollte nach und nach getestet werden. Das ermöglichte einerseits Lockerungen, führte aber durch das Entdecken von bislang nicht festgestellten Infektionen zu einem erneuten Anstieg der Zahlen. Was wiederum dazu führte, dass Luxemburg von Deutschland erneut als Risikogebiet eingestuft wurde, nachdem es im Sommer kurzzeitig von der Liste verschwunden war. Seit September hat sich an der Einstufung des Nachbarlands nichts geändert.

Auch wenn immer mal wieder die Sorge in Luxemburg bestand, dass Deutschland aufgrund der Lage im Nachbarland wie im Frühjahr vergangenen Jahres die Grenzen wieder schließen könnte, hat man im Großherzogtum konsequent den Weg verfolgt, die Infektionszahlen einzudämmen und gleichzeitig langsam zu lockern.

Im Herbst wurden die Maßnahmen dann noch einmal verschärft. Restaurants und Kneipen mussten schließen und sind seitdem bis auf die Außengastronomie geschlossen. Hotels und Ferienwohnungen sind anders als in Deutschland aber geöffnet. Es wurde eine nächtliche Ausgangsperre verhängt, die auch weiterhin gilt. Außerdem gibt es eine strikte Kontaktbeschränkung im Privaten. Ende vergangenen Jahres mussten kurzzeitig alle nicht lebensnotwendigen Geschäfte schließen. Seit Mitte Januar sind alle Geschäfte wieder auf, genauso wie Kinos, Theater, Museen und auch Schwimmbäder. Gleichzeitig verlangte Luxemburg schon deutlich früher als Deutschland für die Einreise per Flugzeug einen verpflichtenden negativen Corona-Test.

Am Freitag verkündete Bettel, dass die Maßnahmen, also Ausgangsperre, Kontaktbeschränkun-

gen und die Schließung der Gastronomie, bis 15. Mai verlängert werden. Der Premierminister stellte in Aussicht, dass es dann Lockerungen geben wird, womöglich werden die Ausgangsperre und die Kontaktbeschränkung aufgehoben. Ob es zu einer kompletten Aufhebung der Einschränkungen kommt, hänge von der Entwicklung der Lage im Mai ab. Aber bis dahin soll es bereits kleinere Lockerungen geben. Ab 26. April dürfen sich wieder mehr Menschen beim Sport drinnen und draußen treffen, Schulklassen dürfen wieder gemeinsam schwimmen gehen, und bis zu zehn Personen dürfen wieder gemeinsam musizieren.

Diese Entscheidung fiel, obwohl die Inzidenz in Luxemburg nach deutschen Maßstäben auf einem Niveau liegt, bei dem hierzulande laut der geplanten Bundes-Notbremse das gesamte öffentliche Leben wieder mehr oder weniger komplett heruntergefahren werden soll – samt Schulschließungen.

Wie aber unterscheidet sich die Lage in Luxemburg von der in Deutschland? Im Nachbarland wird bei der Ausrichtung der Maßnahmen ein stärkerer Fokus auf die Belastung der Krankenhäuser gelegt. Von einer Überlastung der Kliniken sei man weit entfernt, heißt es seit Monaten. In den Krankenhäusern des Landes wurden am Freitag 110 Covid-Patienten behandelt, davon 31 auf den Intensivstationen. Bettel betonte, dass sich die Impfungen bei den Krankenhausbehandlungen bemerkbar machten. Die Zahl der über 60-Jährigen in den Kliniken sei deutlich zurückgegangen.

In Rheinland-Pfalz wurden am Samstag 174 Covid-Patienten auf Intensivstationen behandelt. In der Region waren es 16. Auch aus den Kliniken in der Region wird trotz steigender Inzidenzen momentan keine Überlastung gemeldet.

Um zu verstehen, warum Luxemburg trotz der hohen Inzidenz die Corona-Lage als entspannt ansieht, muss man noch auf andere Zahlen schauen. Zum einen auf die Reproduktionszahl. Die lag in der ersten Aprilwoche bei 0,96. In Deutschland lag der R-Wert am Samstag bei 1,24. Auch die Positivrate ist in Deutschland deutlich höher als in Luxem-

burg. Der Wert im Nachbarland lag Anfang April bei 2,32 Prozent, in Deutschland bei rund elf Prozent.

Neben den breitangelegten Tests setzt Luxemburg bei der Beobachtung der Corona-Lage auch auf die Untersuchung der Abwässer. In Kläranlagen wird in Proben die Virenlast in den Abwässern untersucht, um frühzeitig zu erkennen, ob es zu vermehrten, bislang noch nicht entdeckten Infektionen kommt. Ein entsprechendes Pro-

jekt wurde im März auch in Rheinland-Pfalz gestartet. Die Messungen im Abwasser könnten begleitend zu den Infektionszahlen der Gesundheitsämter durchgeführt werden und dadurch Aufschlüsse über die Corona-Lage geben, kündigte die rheinland-pfälzische Umweltministerin Anne Spiegel (Grüne) damals an. Ergebnisse der Analysen hat das Ministerium bislang aber noch nicht präsentiert.

Luxemburg ist nicht das einzi-

ge Nachbarland Deutschlands, in dem die Inzidenz nicht entscheidend für Corona-Maßnahmen ist. Belgien hat angekündigt, trotz einer Inzidenz über 400, wieder nicht notwendige Auslandsreisen zu erlauben, Ende April sollen wieder alle Geschäfte ohne Einschränkungen öffnen dürfen, und am 8. Mai wird die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben.

„Es geht nur noch ums Überleben“

Mit Nudeln und Toilettenpapier protestiert eine Trierer Modehändlerin gegen die Benachteiligung des Einzelhandels

Von Michael Merten (Trier)

„Brigittchen, und?“ ruft die Verkäuferin der Stammkundin zu, die um die Mittagszeit das Modehaus Marx betritt. Herzlich begrüßen sich die beiden Damen; man kennt sich offensichtlich so gut, sodass die etablierte Trierer Begrüßungsformel „Und?“ ausreicht, mit der alle üblichen Anschlussfragen (Wie geht es dir? Was macht die Familie?) schon mitgemeint sind. Gleich im Eingangsbereich steht eine andere Mitarbeiterin des Traditionsgeschäfts, die jeden eintretenden Kunden nach dem Namen und einer Telefonnummer fragt; so wollen es die Corona-Vorschriften. Während Brigittchen diese Formalität schnell hinter sich bringt, fragt die Verkäuferin: „Haste schon unsere Feinkostabteilung gesehen?“

Nur wenige Schritte sind es bis zum glasüberdachten Lichthof in der Mitte des Geschäfts; es geht vorbei an Damenmode in frühlingshaften Pastelltönen. Jeder Kunde, der zu den Treppen auf die oberen beiden Stockwerke gelangen möchte, wird am neuen Sortiment vorbeigeführt, das erst seit Mitte dieser Woche auf Tischen und Regalen präsentiert wird: Wein von der Mosel, Bier und Suppen aus Trier, italienische Pasta, Olivenöl. Die elegant präsentierte Feinkost wirkt hier nicht wie ein Fremdkörper.

Um die Ecke jedoch ein ungewöhnlicher Anblick: Was haben die Stapel an Toilettenpapier, dreilagig, acht Rollen im Pack für 2,99 Euro, in einem Modehaus zu suchen? Die Laufkundschaft, die normalerweise in diesen besucherstärksten Frühlingsmonaten vorbeikommen würde, wäre wohl irritiert. Doch in diesen Zeiten gibt es kaum Laufkundschaft, jetzt sind es vor allem Stammkunden, und die wissen vom neuen Sortiment, von dem sie aus der Lokalzeitung und dem Radio erfahren haben. „Ich finde die Idee toll“, sagt Brigittchen.

Die Geschichte einer Entfremdung

Eine tolle Idee – das ist ein Satz, den Karin Kaltenkirchen in den vergangenen Tagen oft gehört hat. Die Inhaberin des Familienunternehmens hat einen kleinen Coup gelandet: Sie hat beim Ordnungsamt eine Gewerbe-Ummeldung vorgenommen. Neben Textilien und Accessoires kamen abgepackte Lebensmittel und Drogerieartikel hinzu. Die Hoffnung dahinter: Sollte es in den nächsten Wochen wieder zu einer

Schließung des Einzelhandels kommen, so würde ihr Geschäft wie Supermärkte und Drogerien vielleicht als systemrelevant gelten.

Die viel gelobte Idee ist an sich nicht viel mehr als ein verwaltungstechnischer Akt. Doch dahinter steckt sehr viel Frust, steckt eine 13 Monate währende Entfremdung zwischen einer Einzelhändlerin und der Art, wie in Deutschland mit der Pandemie umgegangen wird. „Wir sind genauso weit wie vor 13 Monaten, dass nämlich alle aufhaben dürfen, nur wir nicht“, sagt die Geschäftsfrau, die Briefe an verschiedene Ministerien geschrieben hat, doch das brachte nichts. Daher setzt sie nun auf kreativen Protest, wie sie mit ironischem Unterton erzählt: „Anscheinend gibt es Sortimente, die dem Virus nichts anhaben können, nämlich Toilettenpapier und Nudeln. Also wollten wir auch unseren Beitrag leisten zur Volksgesundheit.“

Sie wolle keinesfalls die Gefahren von Corona relativieren, sagt sie: „Ich möchte mit dieser Aktion vielmehr gegen die Ungleichbehandlung ankämpfen.“ Denn während der Einzelhandel monatelang geschlossen war oder nur mit Terminvergabe tätig sein durfte, konnten Baumärkte, Lebensmittelgeschäfte, Drogerien alles Mögliche verkaufen – eben auch Mode.

Karin Kaltenkirchen ist 51 Jahre alt, sie führt das seit 1835 bestehende Traditionshaus mit ihrem Bruder seit 1998, in sechster Generation. Die Geschäftsführerin mit rund 70 Mitarbeiterinnen engagiert sich in Berufs- und Handelsverbänden, bringt sich seit Jahren als gehörte Stimme in das Geschehen der Stadt ein. Doch mittlerweile hat sie die Geduld verloren – mit einer Pandemiepolitik, die sie nicht mehr nachvollziehen kann.

Als im März 2020 Corona alles lahmlegte, stand auch für Karin Kaltenkirchen außer Frage, dass alle Geschäfte geschlossen werden mussten. Man wusste so wenig über das neuartige Virus. Doch als sie nach einem Monat wieder öffnen durften, kam auf die Trierer Einzelhändler ein neues Problem zu: Die Bundesregierung hatte, ohne dies mit dem Nachbarland abzusprechen, Grenzkontrollen zum Großherzogtum eingeführt; das sonst so beliebte Shopping in der Trierer Altstadt war für Luxemburger verboten.

Unverständnis über Grenzschließungen

Karin Kaltenkirchen konnte es nicht fas-

sen. Sie erzählt: „Ich habe damals unserer Luxemburger Kunden alle angeschrieben, mich quasi für das Verhalten unserer Regierung entschuldigt und gesagt, dass wir das als Modehaus Marx anders sehen.“ Daraufhin habe sie viele positive Zuschriften und Anrufe bekommen.

Mittlerweile kämen zwar manche Luxemburger wieder vorbei, doch aufgrund der Ungewissheit und der vielen Regeländerungen der vergangenen Monate sei das nur ein Bruchteil der üblichen Kundschaft. „Es macht ja auch keinen Spaß, nach Trier zu kommen“, sagt die Unternehmerin. Denn nur wenige Terrassen haben überhaupt geöffnet; wer dort einen Kaffee trinken oder essen will, braucht einen negativen Schnelltest und muss reserviert haben. Wie anders ist es da auf der anderen Seite der Grenze: „Wir sind 14 Kilometer entfernt, doch die Welt da ist eine andere. Ich finde das toll, wie Luxemburg es macht“, sagt Kaltenkirchen. Seit Mitte Januar haben die Geschäfte dort wieder geöffnet. Auch Luxemburg, das weiß die Unternehmerin, hat strenge Corona-Schutzvorschriften. Doch die Alltagsregeln kommen ihr viel klarer und verständlicher als in Deutschland vor. In beiden Ländern gibt es die Maskenpflicht, Hygienevorgaben und Obergrenzen bei der Kundenzahl je nach Verkaufsfläche. Doch darüber hinaus gibt es in Deutschland so viele Vorgaben, die kompliziert sind und sich oft ändern.

Die neueste, deutschlandweit beschlossene Regel: Ab einer Corona-Inzidenz von 100 dürfen Läden ihre Kunden nur noch mit negativem Corona-Schnelltest und Termin empfangen, bei einer Inzidenz von 150 darf man nur noch bestellte Waren abholen. In Trier liegt der Wert aktuell bei 101. Das verheißt nichts Gutes für die Geschäftswelt.

Zweimal hat Karin Kaltenkirchen im zurückliegenden Jahr, in dem ihr zwei Drittel ihrer Umsätze weggebrochen seien, einen Kredit aufnehmen müssen, berichtet sie. „Es geht nur noch ums Überleben. Im Moment um nichts anderes. Von Verdienen sind wir weit weg.“

Mitleid wolle sie nicht; das sei nicht ihr Anliegen, sagt die Geschäftsfrau. „Es geht um Verständnis für alle Händler, die einfach zwangsgeschlossen haben müssen, obwohl bewiesen ist, dass das Quatsch ist, denn wir sind keine Infektionsherde.“ Überall im Haus müssten die Mitarbeiter Masken tragen, auch in

Büros, wenn mehr als eine Person sich im Raum aufhält. Zwar gibt es staatliche Programme, doch „diese Hilfen sind so kompliziert und so wenig, dass unsere Verluste auf keinen Fall ausgeglichen werden“.

Kaltenkirchen sagt, dass sie große Hoffnungen auf Fortschritte beim Impfen setzt. Dass die Menschen dann auch wieder in die Restaurants gehen dürfen, denn „die Lebendigkeit der Stadt Trier steht und fällt mit dem Öffnen der Gastronomie“. Die beste Perspektive

wäre aus ihrer Sicht, die Vorgaben denen des Nachbarlands anzupassen: „Luxemburg ist das beste Beispiel, dass mit harten, aber klaren Regeln ein mehr oder weniger normales Leben möglich ist.“

*Ich finde das toll,
wie Luxemburg
das macht.*

Karin Kaltenkirchen

Hilfsziel erreicht

Berlin/Paris – Deutschland hat im vergangenen Jahr zum zweiten Mal in der Entwicklungshilfe die angepeilte 0,7-Prozent-Marke erreicht. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsleistungen am Bruttonationaleinkommen lag demnach laut vorläufigen Daten bei 0,73 Prozent, wie die Organisation für

Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) am Dienstag in Paris mitteilte. Nachdem 2016 erstmals die 0,7-Prozent-Marke erreicht worden war, war sie in den Folgejahren wieder erheblich gesunken. Mit etwa 23,8 Milliarden Euro bleibt Deutschland laut OECD nach den USA und vor dem Vereinigten Königreich, Japan und Frankreich in absoluten Zahlen der zweitgrößte Geber an

Entwicklungshilfe weltweit. Fünf weitere Länder, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Großbritannien, erreichten ebenfalls das 0,7-Prozent-Ziel. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) zeigte sich erfreut, warnte aber zugleich vor einem „dramatischen Einbruch“ in den kommenden Jahren. **KNA**

Mehr Geld für Entwicklungshilfe

Börsen-Zeitung, 14.4.2021
dpa-afx Paris – Deutschland hat die internationale Zielmarke für die Entwicklungshilfe übertroffen. Europas größte Volkswirtschaft gab 2020 0,73% der Wirtschaftsleistung für Hilfen an arme Länder aus, wie die Organisation für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) am Dienstag in Paris mitteilte. Im Jahr zuvor waren es 0,6%. Die Zielmarke liegt bei 0,7%.

Insgesamt steigerten Geberländer der OECD im vergangenen Jahr ihre Beiträge für besonders arme Staaten um 3,5% auf die Rekordsumme von 161,2 Mrd. Dollar (rund 135 Mrd. Euro). Die USA bleiben in der OECD das größte Geberland mit rund 35,5 Mrd. Dollar. Es folgt Deutschland mit

28,4 Mrd. Dollar. Die Entwicklungsorganisation One lobte die Bundesregierung – die Entwicklungshilfe sei um 13,7% gestiegen. In der Rangliste folgen Großbritannien, Japan und Frankreich. Neben Deutschland erreichten oder überschritten Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und Großbritannien das von den UN vorgegebene Ziel.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Hannover digital

Luxemburg präsentiert sein Know-how auf der weltgrößten Industriemesse

Von Marco Meng

Schon zum zweiten Mal „nur“ online: Bei der weltgrößten Industrieschau Hannover Messe versammeln sich die Aussteller pandemiebedingt auch dieses Jahr nicht in Hannover, sondern im Netz. Darunter erneut ein von der Luxemburger Handelskammer und dem Wirtschaftsministerium organisierter „Luxemburger Pavillon“ mit 13 Ausstellern aus dem Großherzogtum. Neben dem Forschungszentrum List und der Post Telecom Luxembourg ist unter anderem der Roboterhersteller Köhl aus Wecker wieder dabei, aber auch junge Firmen wie artec3d oder Wizata. Gestern stellte das Unternehmen Dynabrade aus Wormeldingen seine Erfahrung in der Automatisierung von Prozessen vor. Dynabrade entwickelt Werkzeuge für technische Anwendungen wie Schneiden, Schleifen, Polieren und Feilen.

Brückenschlag zwischen „alter“ und „neuer“ Industrie

„Die Covid-19-Krise stellt unsere Wirtschaft vor enorme Herausfor-

derungen“, so die Handelskammer, die erklärt, gerade in schwierigen Zeiten sei es umso wichtiger, Handelsbeziehungen im Ausland zu pflegen und sogar neue Märkte zu erschließen.

Die Luxemburger Industrie zeigt sich breit gefächert. So präsentiert die Unternehmensgruppe Köhl, die Energieverteilungssysteme sowie Roboter herstellt, ihre Expertise in Automatisierung, moderner Steuerungstechnologie und logistischen Informationssystemen, während das Start-up Email-Tree seine Künstliche-Intelligenz-Lösung zur Steigerung der E-Mail-Produktivität, Automatisierung der E-Mail-Komposition und zur Auslösung automatischer Aktionen in Datenbanken zeigt.

Mit mehr als zwei Millionen SIM-Karten weltweit im Einsatz sei Post Telecom ein etablierter Anbieter von globalen Konnektivität-Lösungen für das Internet der Dinge, erklärt Laurent Turmes, Head of International Sales der Post Telecom die Teilnahme seines Unternehmens. Die Anzahl der digital verbundenen Objekte wer-

de weiterhin zunehmen, „und Post Telecom kann hierfür die benötigten Verbindungsdienstleistung liefern“, so Turmes.

Es sei zwar nicht schwieriger gewesen, die Unternehmen zur Teilnahme zu bewegen, so Organisatorin Sabrina Sagromola von der Luxemburger Handelskammer, aber eine vollkommen digitale Messe sei doch Neuland für alle. Im Gegensatz zu letztem Jahr, als die Messe wegen der Pandemie kurzfristig abgesagt und auf „online“ umgestellt wurde, konnte man sich dieses Mal darauf vorbereiten, was die Handelskammer seit Januar getan hat.

Fokus auf Großherzogtum und Großregion

„Die Vorbereitungstreffen mit den teilnehmenden Unternehmen“, erklärt Sagromola, „haben wir dann persönlich, aber individuell organisiert.“ Die Handelskammer unterstützt die Online-Auftritte, Live-Sessions und Veranstaltungen der Luxemburger Teilnehmer, während die Hannover Messe selbst ein „Matchmaking“, quasi

Online-Treffen der „auf der Messe“ vertretenen Unternehmen – organisiert.

Stehen noch bis Donnerstag das Großherzogtum und seine Wirtschaft im Mittelpunkt, so wird es am Freitag, dem letzten Tag der Messe, die Großregion sein, mit Live-Veranstaltungen und Präsentationen von Unternehmen unter dem Stichwort „Industrie 4.0“.

150 Teilnehmer haben sich dazu angemeldet, so Sagromola. Vieles ist digital leichter zu organisieren, auf der anderen Seite läuft man mit Online-Veranstaltungen Gefahr, abgeschlossen wie in einer Blase zu sein. Während auf einer realen Messe zufällig jemand vorbeischlendert, ist das bei digitalen Veranstaltungen eher ausgeschlossen. „Eine große Marketing-Aufgabe“, sagt Sagromola, die aber glaubt, dass die derzeitige Online-Messe ein Lehrstück für die Zukunft ist, wo sich wahrscheinlich hybride Ausstellungsformen, sowohl online wie real, etablieren werden.

Die Unternehmen stellen sich vor

Insgesamt sind 1 800 Unternehmen und Organisationen aus aller Welt bei den Online-Präsentationen, Livestreams und Videokonferenzen der Hannover Messe dabei. In normalen Zeiten sind es über 6 500 Aussteller und 250 000 Besucher. Bei Live-Streams werden Corinne Cahen, Ministerin für die Großregion, Jean Rottner,

Präsident des Conseil régional Grand Est, sowie Jürgen Barke, saarländischer Staatssekretär für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, zugeschaltet sein, wenn es um „Smart Industry“ geht. Durch Vorträge, runde Tische, interaktive Pitching-Sessions,

Connected Studios, e-Networking und virtuelle Meetings präsentieren sich Luxemburger Unternehmen wie Lux-Connect, das Luxemburgs ersten Supercomputer MeluXina vorstellt, der eine Rechenleistung von mehr als zehn Petaflops haben wird. Das 2014 gegründete Unternehmen Wizata aus Capellen stellt seine Plattform vor, die es Unternehmen ermöglicht, KI-Projekte von der Machbarkeitsstudie bis hin zur tatsächlichen Produktion zu entwickeln, während Waves, 2019 gegründet, Nachhaltigkeit sichtbar mit seiner Sustainability Management Plattform (SMP) sichtbar macht, die

Carbon Footprints von Transporten, Firmenstandorten und Produkten aus allen Bereichen berechnet. Es gehe darum, „Nachhaltigkeit“ und „Digitalisierung“ zu vereinen, so das Unternehmen. Artec, Hersteller von 3D-Scannern, präsentiert seine preisgekrönte Technologie. „In unseren Streams werden wir verschiedene Möglichkeiten vorstellen, wie Unternehmen unsere 3D-Scanner einsetzen: von Reverse Engineering und Qualitätsprüfung bis hin zu Industriesign“, so das Unternehmen. One Privacy aus Windhof zeigt seine Entwicklung von Infrastrukturen und Software zur Wahrung der Online-Privatsphäre. Daneben ist außerhalb des

von Wirtschaftsministerium und Handelskammer organisierten Pavillons auch Gates Industrial Europe auf der Messe vertreten und präsentiert die neusten Hochdruck-Gummischläuche und Hydraulik-Rohrverschraubungen für die Industrie. Auch dabei ist das koreanische Unternehmen Infiniq, das kürzlich im Autocampus Bissen seine EU-Zentrale installierte. Auf Daten-dienste im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen spezialisiert, zählen internationale Unternehmen wie Hyundai, Qualcomm und LG Electronics zu den Kunden von Infiniq. MeM

„Kräfte bündeln“

Historischer Tag: Paul Wurth jetzt komplett in deutscher Hand

Von Nadia Di Pillo

Einig waren sie sich bereits vergangenes Jahr und jetzt ist es fix: Der Vertrag ist unterschrieben und der Luxemburger Staat verkauft damit nun offiziell seine Anteile am Luxemburger Traditionsunternehmen Paul Wurth an die deutsche SMS group. Die Anteile von 40,8 Prozent waren bisher im Besitz des Luxemburger Staats sowie staatseigener Gesellschaften (Spuerkeess und SNCI). SMS wird damit alleiniger Eigentümer des Anlagenbaus von Paul Wurth. Mit diesem Schritt soll der Standort Luxemburg nun zum Forschungs- und Entwicklungszentrum für Dekarbonisierung und Recycling innerhalb der SMS group ausgebaut werden.

„Es ist für uns ein sehr strategischer Tag, ein Meilenstein für die Entwicklung der europäischen und weltweiten Stahlindustrie“, sagte Edwin Eichler, Vorsitzender des Aufsichtsrats der SMS group, in einer Pressekonferenz nach der Vertragsunterschrift. Die Umwälzung der Stahlindustrie die jetzt anstehe, sei „die größte seit ungefähr 150 Jahren“. In den letzten 15 und 20 Jahren sei bei Paul Wurth die Technologie entwickelt worden, um Stahl in der Zukunft CO₂-frei oder CO₂-minimal herzustellen.

„Viele Jahre lang wurde das in der Industrie belächelt. In der Zwischenzeit sind wir soweit, dass wir große industrielle Anlagen bauen können. Damit ist jetzt die Grundlage geschaffen für die größte Umwälzung der Stahlindustrie seit 150 Jahren.“ Deswegen sei es notwendig gewesen, „die Kräfte zwischen SMS group und Paul Wurth zu bündeln“. Er sei allen Beteiligten sehr dankbar „für die intensive Ausarbeitung des Vertragswerkes“. Es sei „sicher nicht einfach gewesen“, es habe aber gezeigt, „dass man hier mit Luxemburg und mit der luxemburgischen Regierung einen Partner hat, der langfristig industriell denkt und handelt“. Das Ziel sei nun, langfristig die Kompetenz in der Metallurgie sowie in der Wasserstoff-Technologie auszubauen. Das künftige Leistungsspektrum umfasse „alle Technologien zur Senkung von CO₂-Emissionen in bestehenden Stahlwerken, die Wasserstoff-basierte, CO₂-freie Direktreduktion von Eisenerz sowie Power-To-X-Technologien für die Herstellung synthetischer Brennstoffe und nachgelagerter Produkte“. Darüber hinaus sollen die gemeinsamen, internationalen Expertenteams von SMS und Paul Wurth weiterhin am Ausbau des

Produkt- und Serviceangebots für die gesamte Prozesskette der Metallindustrie arbeiten.

Partnerschaft mit Universität

Im Rahmen der Transaktion wurde zudem eine strategische Partnerschaft mit der Universität Luxemburg vereinbart, „um die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung von Wasserstoff-Technologien am Standort Luxemburg zu stärken“. Mit finanzieller Unterstützung von Paul Wurth wurde bereits ein Lehrstuhl für Energieprozess-technik eingerichtet.

Die Immobilienaktivitäten von Paul Wurth in Luxemburg werden in ein neues Unternehmen überführt, an dem die öffentlichen luxemburgischen Anteilseigner und SMS beteiligt sein werden.

Wie viel Geld die Transaktion dem Staat einbringt, wollte Wirtschaftsminister Franz Fayot nicht verraten, es soll zu 50 Prozent in den Fonds intergénérationnel und zu 50 Prozent ins Staatsbudget einfließen. „Wir sind sehr froh, dass wir die Transaktion heute unterschrieben haben. Wir haben den Grundstein gelegt für eine neue zukunftsorientierte Paul Wurth, die unter diesem Namen bestehen bleibt, mit ihren Mitarbeitern und vor allem auch mit einer zukunfts-

orientierten Sparte.“ Der Minister betonte, dass wir nach gut 150 Jahren auf dem Weg zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion sind. „Wasserstoff ist die Sparte par excellence, die mit der Strategie des Wirtschaftsministeriums gleich ausgerichtet ist.“ Mit der Vereinbarung entstehe ein „Champion“ in der grünen Technologie. Franz Fayot sei auch zuversichtlich, dass „die Präsenz von Paul Wurth in Luxemburg nicht nur stabilisiert, sondern weiter ausgebaut wird“. Die Regierung stehe voll hinter der Strategie und man sei froh darüber, dass die Regierung „mit an Bord bleibt“, unter anderem durch das gemeinsam gegründete Unternehmen im Immobilienbereich.

Die Stahlindustrie sorgt derzeit für rund acht Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen. Es bestehe ein großer Bedarf an der Entwicklung neuer Technologien, so Georges Rassel, CEO von Paul Wurth. „Wir haben eine klare Vision, wie man CO₂-freien grünen Stahl herstellt.“ Das sei eine große Herausforderung, es habe aber auch die Notwendigkeit hervor, „anders zu arbeiten als bisher“. Daher sei es wichtig, die Kompetenzen zu bündeln, um innovative und nachhaltige Lösungen anbieten zu können.“ Mit der SMS group rüste man sich für den weltweiten Konkurrenzkampf, indem man nun als gemeinsames Team mit gemeinsamen Zielen und Projekten operiere.

„Neuer Champion in der Metallurgie“

UNTERNEHMEN SMS Group seit heute alleiniger Besitzer von Paul Wurth

Christian Muller

Der Vertrag ist unterzeichnet: Der Luxemburger Staat hat seine Anteile an Paul Wurth an die SMS Group verkauft. Letztere wird damit zum alleinigen Besitzer des Technologie-Unternehmens. Im Gegenzug hat der deutsche Familienbetrieb der Regierung eine Reihe Versprechen gegeben. Im Rahmen einer Pressekonferenz standen die an der Transaktion beteiligten Parteien der Presse gestern Rede und Antwort.

Das 1870 als „Kesselfabrik“ in Hollerich gegründete Unternehmen Paul Wurth ist heute, laut eigenen Angaben, weltweit marktführend in der Auslegung und Lieferung von Technologien und Anlagen zur Roh-eisenerzeugung. Darüber hinaus hat sich Paul Wurth auch in der Planung und Koordinierung von großen regionalen Bau- und Infrastrukturprojekten spezialisiert. International ist Paul Wurth mit seinen über 1.500 Mitarbeitern und Standorten in etwa 20 Ländern in allen Regionen der Welt mit einer wesentlichen Eisen- und Stahlindustrie vertreten. Die Gesellschaft erwirtschaftete 2019 einen Umsatz von 479,2 Millionen Euro und einen Nettogewinn von 14,4 Millionen Euro.

Die Geschichte des Unternehmens ist eng verbunden mit der der Luxemburger Stahlindustrie. Seit 1926 war der Stahlhersteller Arbed wichtigster Anteilseigner des Technologie-Unternehmens. Nach und nach baute das Unternehmen seine Kenntnisse und seine Patente im Bereich des Anlagenbaus weiter aus, mal durch eigene Forschung, mal durch Zukäufe. Der erste komplett von Paul Wurth gebaute Hochofen wurde 1954 in Seraing (Belgien) errichtet. Etwa 240 Hochofen hat die Gesellschaft seitdem gebaut. Bereits seit 1920 werden Anlagen nach China exportiert.

Als nach der Übernahme von

Arcelor durch Mittal Steel der Konzern entschied, alle Bereiche, die nicht zum Kerngeschäft gehörten, zu veräußern, wurde die 48,1 prozentige Beteiligung, die der Stahlhersteller noch hielt, an die SMS Group verkauft. Zeitgleich hatte auch die Beteiligungsgesellschaft Luxempart ihre 11-prozentige Beteiligung dem deutschen Konzern verkauft. Seitdem hält die SMS Group die Mehrheit (59,1 Prozent) des Firmenkapitals. Im Rahmen der Stahlkrise hatte die Arbed 1982 etwa die Hälfte der Firmenanteile an Luxemburger Banken verkauft.

Eine Frage der industriellen Logik

Dass der deutsche Konzern alleiniger Besitzer des Unternehmens wird, war ursprünglich nicht geplant. „Dass der deutsche Konzern die absolute Mehrheit bei Paul Wurth ansteuert, befürchtet (Red.: Wirtschaftsminister Etienne) Schneider nicht“, hieß es damals. „Der Staat wolle die absolute Mehrheit auf keinen Fall abgeben und es sei nicht das Ziel von SMS, diese zu erlangen.“ Mittlerweile hat scheinbar jeder seine Meinung geändert. Wie vor wenigen Wochen bekannt wurde, wird der Staat nun doch seine Anteile (etwa 40 Prozent) an den deutschen Konzern verkaufen. Direkt hielt der Staat bisher 10,98 Prozent des Kapitals, die „Société nationale de crédit et d'investissement“ (SNCI) 18,84 Prozent und die Spuerkeess 10,98 Prozent. Gemeinsam mit dem Verkauf wurde eine Kooperationsvereinbarung ausgehandelt. Diese wurde gestern unterzeichnet.

Hinter der Meinungsänderung stehe eine strukturelle Veränderung in der Stahlindustrie und eine neue industrielle Logik, wurde gestern im Rahmen einer Pressekonferenz erklärt. „Die Stahlindustrie steht vor den größ-

ten Umwälzungen seit vielen Jahren“, so Edwin Eichler, Präsident des Verwaltungsrates der SMS Group. Es sei notwendig geworden, die Kräfte beider Firmen zu bündeln. Gemeint sind einerseits die aktuellen Überkapazitäten und andererseits der Kampf gegen den Klimawandel. Daher habe das Unternehmen vor etwa zwei Jahren Kontakt mit dem Wirtschaftsministerium aufgenommen.

„Die Zeiten ändern sich“, sagt auch Georges Rassel, Generaldirektor von Paul Wurth. Auf dem Weg hin zu grünem Stahl gebe es Bedarf, um neue technische Lösungen zu entwickeln. Immerhin stehe der Sektor für rund acht Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes. „Der Wandel muss jetzt passieren, und er muss schnell passieren“, so Rassel. „Der Druck nimmt mit jedem Tag zu. Doch wir wollen beim grünen Stahl die Ersten sein.“ Unter anderem in China sind mittlerweile neue Konkurrenten entstanden. Auch Edwin Eichler ist in Eile: „Die nächsten 24 Monate werden entscheidend“, sagt er. „Da wird in der EU über die kommenden Großprojekte entschieden.“ Langfristig geht es um sehr viel Geld, das investiert werden muss. Er rechnet mit neuen Anlagen im Wert von rund 100 Milliarden Euro, die nötig sein werden.

Es gelte nun, Fachwissen und Kompetenzen zusammenzulegen, so Rassel weiter. Nur zusammen könne man „alles“ anbieten. Luxemburg soll dabei, wie bereits angekündigt zum Kompetenzzentrum für grünen Stahl innerhalb der SMS-Gruppe werden. Dazu werde mit der Universität zusammengearbeitet. Und der laufende „Plan de maintien dans l'emploi“ soll bei der Umschulung von Mitarbeitern helfen. Gemeinsam mit SMS habe man mehr Möglichkeiten, um neue Technologien zu entwickeln, und auch bei Dienstleistungen werde man wettbewerbsfähiger. „Zusammen sind wir bereit für die nächste Etappe von Paul Wurth

in Luxemburg“, so Rassel. „Name und Logo von Paul Wurth werden künftig weltweit für mit Wasserstoff hergestellten, grünen Stahl stehen.“

Ausschlaggebend war eine Veränderung in der Stahlindustrie, unterstreicht auch Michel Wurth, Präsident des Verwaltungsrates des 151 Jahre alten Luxemburger Technologieunternehmens. „Und auch der Wille, die Technologien in Luxemburg zu entwickeln.“ Es sei ein „wichtiger Tag in der Geschichte der Gesellschaft“, so der Urenkel von Paul Wurth. Den Käufer aus Deutschland kennt er bereits sehr gut. Seit 2014 ist er Mitglied im Verwaltungsrat der SMS-Gruppe.

Die Reise in Richtung „grüner Stahl“

Auch Luxemburgs Wirtschaftsminister Franz Fayot unterstreicht, die industrielle Logik hinter der Transaktion. „Der Verkauf macht absolut Sinn“, sagt er. Der Zusammenschluss schaffe ein „neues zukunftsorientiertes Paul Wurth“. Er sei „sehr froh“ über diese Entwicklung. Die Gesellschaft habe zudem „eine Zukunftsvision, die

voll in unser Konzept passt“. Zudem bleibt der Name bestehen und auch für die Beschäftigung gibt es – zumindest kurzfristig – eine Garantie. „Wir haben einen neuen Champion in der Metallurgie geschaffen“, sagt der Minister. Am langfristigen Erfolg zweifelt Fayot nicht. „Wir liegen voll im Trend. Es ist ein guter Tag für die Luxemburger Wirtschaft.“ Zudem hat der Käufer Interesse an einer regelmäßigen Zusammenarbeit mit der Luxemburger Regierung. Zumindest in den kommenden paar Jahren wird er zwei Vertreter der Regierung in den Verwaltungsrat von Paul Wurth berufen.

Über den Verkaufspreis wurde Stillschweigen vereinbart. Der Staat hat aber mit Sicherheit einen guten Gewinn erwirtschaftet. Immerhin hatte er seine 11 Prozent im Jahre 2008, mitten in der Finanzkrise, für nur einen Euro von Fortis erhalten. Im Gegenzug wurde damals die Bank vor dem Zusammenbruch gerettet, was sich schlussendlich auch als gutes Geschäft herausstellte. Die eine Hälfte des nun erhaltenen Kaufpreises soll in den Staatshaushalt einfließen, die andere Hälfte soll in den Luxemburger Zukunftsfonds/Staatsfonds fließen, sagte Fayot.

Die Immobilien und Grundstücke, die im Besitz von Paul Wurth waren, wurden in eine neue gemeinsame Gesellschaft ausgegliedert. Hier gelten weiter Anteile wie bisher. In dem neuen Stadtviertel, das auf diesem Gelände in Hollerich entstehen wird, wird Paul Wurth ebenfalls eine neue moderne Firmenzentrale errichten.

Die SMS Group ist ein deutsches Familienunternehmen, in vierter Generation, das wie Paul Wurth auf industriellen Anlagenbau spezialisiert ist. Die Gruppe ist jedoch deutlich breiter aufgestellt und beschäftigt fast zehnmal so viele Mitarbeiter (15.000). Weltweit sei die Gruppe am Wachsen, so Edwin Eichler. In Deutschland gehe die Zahl der Mitarbeiter etwas zurück. Die Ursprünge der Gesellschaft liegen in einer 1871 gegründeten Schmiede aus Siegen, aus der sich in den folgenden Jahren die Siegener Maschinenbau AG (Siemag) entwickelte, ist bei Wikipedia nachzulesen. Nach der Übernahme der Hütten- und Walzwerktechnikaktivitäten der Mannesmann-Sparte Demag nannte sich das Unternehmen ab 1999 einige Jahre SMS Demag AG.



Wirtschaftsminister Franz Fayot (links) und Erbgroßherzog Guillaume (rechts) beim Autozulieferer Cebi.
Fotos: Anouk Antony

Erbgroßherzog Guillaume zu Besuch bei Cebi in Steinsel

WIRTSCHAFT / 30.04.2021

Der Autozulieferer gehört zu Europas Marktführern. Jetzt soll eine neue Forschungsinfrastruktur den Standort Luxemburg stärken.

(mab) - **Erbgroßherzog Guillaume und Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) haben am Freitag die neue Forschungsinfrastruktur beim Luxemburger Autozulieferer Cebi in Steinsel eingeweiht.**

Mit finanzieller Unterstützung des Wirtschaftsministeriums wurde ein bestehendes Labor der Firma zu einem Prüfzentrum mit etwa **50 Anlagen auf mehr als 1.000 Quadratmetern** ausgebaut. Zwei Jahre dauerten die Arbeiten.

Die Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur von Cebi Luxemburg ist auch für externe Firmen zugänglich. Sie bietet einen kompletten Prüfservice (Vibrationsfestigkeit, Thermoschock, EMV-Kammer, etc.). Die neue Testinfrastruktur soll **„zum Aufbau spezifischer Kompetenzen am Standort Luxemburg beitragen“**, sagte Fayot. Dies soll Synergien mit anderen Akteuren des Automobilsektors in Luxemburg und der Großregion schaffen. Cebi selbst hat nach eigenen Angaben in den letzten drei Jahren **mehr als 28 Millionen Euro in den Standort Luxemburg investiert.**

Cebi ist seit 1976 in Steinsel ansässig und weltweit führend in der Entwicklung und Herstellung von Thermostaten, Temperatursensoren, Füllstandssonden und Ähnlichem. Das Unternehmen beliefert alle europäischen Automobilhersteller und fast 100 Prozent der Hausgeräteproduzenten in Europa.

„In den Fahrzeugen oder Haushaltsgeräten eines jeden europäischen Haushalts befindet sich mindestens ein Bauteil aus dem Standort Luxemburg“, heißt es dazu von der Firma. Die Gruppe beschäftigt **670 Mitarbeiter in Luxemburg und fast 3.500 weltweit**, verteilt auf 11 Produktionsstätten. Im Jahr 2021 plant das Unternehmen außerdem die Eröffnung einer neuen Produktionsstätte in Jiaying in China.

„Ein entscheidendes Jahr für SES“

Die neuen Satelliten sind von besonderer Bedeutung für die Zukunft des Unternehmens

Von Marco Meng

„Für die SES ist dieses Jahr ein sehr wichtiges Jahr“, erklärt Ferdinand Kayser, der einst dem Geschäftsbereich Video vorstand. Das Kerngeschäft des Satellitenbetreibers aus Betzdorf besteht zum einen aus „Video“ (Fernsehprogrammübertragungen) und seit Neustem aus Datenübertragung (Geschäftssegment „Networks“).

Während das traditionelle Fernsehgeschäft leicht rückläufig ist und keine Wachstumsaussichten mehr bietet, sind die Wachstumsaussichten im Geschäft mit der Datenübertragung gut. Dem muss sich die Strategie von SES anpassen. Dabei wird dieses Jahr für die Zukunft des Satellitenbetreibers entscheidend – und zwar gleich aus mehreren Gründen.

„Die Nachfrage nach Datenübertragung geht exponentiell in die Höhe, und wir stehen eigentlich erst am Anfang von all diesen Entwicklungen“, sagt Kayser. Um die Effizienz zu steigern, hat die SES die Ambition, ihre Satelliten verschiedener Konstellationen – in mittlerer Höhe bei 8 000 Kilometer oder geostationär in 36 000 Kilometer Höhe – interoperabel zu machen. Das heißt, ein Netzwerk zu bilden, in dem die Datenübertragung über alle Satelliten und Umlaufbahnen läuft, so wie es für den Kunden und für die jeweiligen Applikationen gerade sinnvoll ist. Denn nur so kann SES bei der digitalen Transformation der Gesellschaft und der Wirtschaft mitspielen und auch ländlichen Gegenden Breitbandkommunikation bieten.

Der Start des geostationären SES-17, einem hocheffizienten Satelliten der neuen Generation, ist mit einer Ariane-5-Rakete von Kourou aus im August geplant. Zur Zeit wird der Satellit getestet: Er ist nicht nur der größte mit 6,5 Tonnen, der je von Thales gebaut wurde, sondern auch einer, der voll digitalisiert ist und flexibel betrieben werden kann mit bis zu 160 kleineren Beams (gebündelte Satellitensignale), die flexibel eingesetzt werden können und vor allem Flugzeuge in Nordamerika und über dem Atlantik mit Internet versorgen. Für den SES-17 gibt es bereits einen Großkunden.

Marktposition ausbauen

Manche Kundenapplikationen brauchen eine sehr schnelle Datenübertragung, und um eine weltumspannende Abdeckung anbieten zu können, ist eine gewisse Anzahl von Satelliten nötig. Besonders im erdnahen Bereich braucht es eine Vielzahl von Satelliten, um den ganzen Erdball zu umkreisen. Vor allem, wenn sie über dem Meer sind, sind die teuren Satelliten aber unproduktiv, außerdem haben erdnahe Satelliten eine kürzere Lebensdauer. Darum ist es für SES wichtig, die bald 70 Satelliten, die SES im Orbit betreibt, miteinander zu kombinieren. „Dadurch kann SES den nächsten Schritt seiner Multi-Orbit-Strategie umsetzen“, so der Satellitenbetreiber.

Auch der neue mPower-Satellit (O3b) ist herkömmlichen Satelliten deutlich überlegen: Der Unterschied ist vor allem die Vielzahl an Beams, die bisher pro Satellit nur etwa zehn Stück betrug, während es mit mPower bis zu 5 000 sind, die sehr präzise geografisch festgelegt werden können. Damit sei man der Zeit weit voraus, so SES.

Der Satellit bietet Datenübertragungen zwischen 50 Mbit und mehreren Gigabit pro Sekunde für den Telekommunikations-, Schiffahrts-, Luftfahrt- und Energiesektor sowie für Regierungen und Institutionen auf der ganzen Welt. Auch er hat, zum Beispiel mit Orange und Carnival Cruises, bereits erste Kunden. Bis heute hat SES elf dieser mPower-Satelliten in Auftrag gegeben.

Gleichzeitig kann das Unternehmen durch mPower das Frequenzspektrum mehrmals nutzen, mehr Bandbreite anbieten – und damit auch mehr Bandbreite verrechnen. Der von Boeing hergestellte Satellit soll im dritten Quartal mit SpaceX von Cape Canaveral in den Orbit geschossen werden – deutlich günstiger als ein Start mit einer Ariane-Rakete. SpaceX bietet sogar an, eine Rakete zu kaufen, und diese dann immer wieder nutzen zu können. Ob SES irgendwann dieses Angebot wahrnimmt, steht nicht fest.

„Vieles, was mit mPower zu tun hat, wird hier in Luxemburg entwickelt“, sagt Kayser. „Das ist wirklich auch für den Standort Luxemburg ein sehr wichtiges Pro-

jekt“. Obwohl im vergangenen Jahr weltweit einige Büros geschlossen wurden und auch für Luxemburg ein Sozialplan angekündigt war, hat mittlerweile SES über 2 100 Mitarbeiter. Davon 640 in Luxemburg – mehr als je zuvor.

Milliardengeschäft C-Band

Das dritte Projekt, das 2021 entscheidend sein wird, ist „C-Band“ in den USA: da winken dem Unternehmen dieses Jahr eine Milliarde Dollar Einnahmen, und drei Milliarden Ende 2023. C-Band ist ein Frequenzspektrum, das noch in Amerika genutzt wurde für die Distribution der vielen Fernsehprogramme in die Kabelkopfstationen. Jetzt geht es darum, Tausende Kopfstationen umzurüsten und den vielen US-Sparten-Fernsehkanälen ein Weitersenden auf anderer Frequenz oder auf anderen Satelliten zu ermöglichen, damit der untere Bereich des C-Band-Frequenzspektrums für den 5G-Ausbau frei wird.

Mehrere Satellitenbetreiber arbeiten als „C-Band Alliance“ (CBA) bei dieser Unternehmung zusammen, so auch Intelsat. Allerdings laufen in den USA auch Gerichtsverfahren, weil Intelsat sich nicht an Vertragsabsprachen bezüglich der Einnahmen halte, so SES, wogegen die Betzdorfer klagen. Ungeachtet dessen läuft die Zusammenarbeit bei „C-Band“ weiter. Die Ambition der EU-Kommission in Brüssel derweil, neben Galileo (Satellitennavigation) und Kopernikus (Erdbbeobachtung) ein drittes Standbein in Sachen Satellitenkommunikation aufzubauen, ist ebenfalls von Bedeutung für SES. Das EU-Budget dafür liegt in der Größenordnung von sechs Milliarden Euro. Dabei geht es vor allem um breitbandiges Internet und gesicherte Datenübertragung. Sicherheit, Cyber-Kriminalität und dementsprechende Verschlüsselung werden immer wichtiger, da auch die Computer, die von Hacker genutzt werden können, immer leistungsstärker werden.

Neues EU-Projekt

Um das EU-Projekt zu unterstützen wurde im Dezember die Ausarbeitung einer Studie an ein Konsortium, bestehend aus allen großen Playern der Branche in Europa – Satellitenbetreiber, Airbus,

Thales, OHB und Orange – vergeben. Sie arbeiten nun daran, wie das Vorhaben verwirklicht und wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Als Satellitenbetreiber möchte SES da natürlich eine federführende Rolle spielen – denn hier geht es um Aktivitäten in Märkten, in denen SES tätig ist. Im Gegensatz zu Galileo. SES war damals zwar auch bei der Umsetzung von Galileo zur Mitarbeit eingeladen worden, konnte darin aber kein nutzbares Geschäftsmodell erkennen – solange die Amerikaner GPS kostenlos zur Verfügung stellen – ist das europäische Navigationssystem nicht vermarktet. Das soll nun beim EU-Projekt „Satellitenkommunikation“ anders sein. Bis Ende des Jahres muss die Studie an Brüssel übergeben werden.

● *Vieles, was mit*
● *mPower zu tun*
hat, wird hier in
Luxemburg
entwickelt.

Ferdinand Kayser

Toshiba könnte „luxemburgisch“ werden

Investmentgesellschaft CVC Capital Partners an japanischem Technologiekonzern interessiert

Luxemburg/Tokio. Toshiba ist ins Visier eines Luxemburger Finanzinvestors geraten. Der japanische Technologiekonzern bestätigte gestern ein Übernahmeangebot der Firma CVC Capital Partners. Der Wirtschaftszeitung „Nikkei“ zufolge bietet CVC umgerechnet 21 Milliarden Dollar (17,7 Mrd. Euro) für das Traditionsunternehmen. Es wäre der bisher größte Deal eines Finanzinvestors in Japan. Toshiba werde das Angebot prüfen, kündigte Unternehmenschef Nobuaki Kurumatani an.

Die Übernahme durch einen nicht-japanischen Bieter müsste unter Verweis auf die nationale Sicherheit von der Regierung in Tokio genehmigt werden. Da Toshiba in strategischen Bereichen wie Rüstung und Atomkraft stark ist, würde eine solche Transaktion sehr sorgfältig unter die Lupe genommen.

Die 1875 gegründete Unternehmensgruppe gehört zu den bekanntesten Namen der japanischen

Wirtschaft. Der desaströse Ausflug in das US-Atomkraftgeschäft und ein Bilanzskandal hatten Toshiba jedoch Mitte des vergangenen Jahrzehnts an den Rand des Abgrunds gebracht.

Nach dem Skandal – laut einer Untersuchungskommission hatte der Konzern den Nettogewinn sieben Jahre lang durch Bilanztricksereien aufgebläht – und der Insolvenz von Westinghouse Electric in den USA schrieb das einstige Vorzeigeunternehmen hohe Verluste. Es folgte eine harte Sanierung. Toshiba verkaufte die Mehrheit an der lukrativen Speicherchip-Sparte. PCs und Fernseher stellt die Firma auch nicht mehr her. 2018 meldete der Konzern erstmals nach vier Jahren wieder Gewinne.

Toshiba rettete sich damals unter anderem durch einen milliardenschweren Aktienverkauf – doch dabei kamen auch zahlreiche Finanzinvestoren als Anteilseigner an Bord, mit denen das Ma-

nagement fortan immer wieder im Clinch lag. Im März erlitt die Firmenspitze um Kurumatani eine für japanische Verhältnisse außergewöhnliche Niederlage im Tauziehen mit dem Großaktionär Effissimo, einem Finanzinvestor aus Singapur. Eine außerordentliche Aktionärsversammlung billigte den Vorschlag von Effissimo, eine Untersuchung zu angeblichem unlauteren Druck des Managements auf unliebsame Anteilseigner einzuleiten. Danach wurde in Japan spekuliert, die Toshiba-Chefetage könne zum Rücktritt gezwungen sein.

Aktienkurs steigt

Wenn der in Luxemburg ansässige Finanzinvestor CVC ans Ziel kommt und Toshiba von der Börse nehmen kann, hätte das große Symbolkraft für die japanische Wirtschaft, in der es ausländische Investoren oft schwer haben. CVC ist gerade auch dabei, dem japanischen Kosmetik-Konzern Shiseido

für 160 Milliarden Yen (derzeit rund 1,2 Mrd. Euro) das Geschäft mit diversen günstigen Marken abzukufen.

Die Toshiba-Aktie sprang in Tokio um 18 Prozent nach oben, was für den Tag einen Handelsstopp auslöste. Der Unternehmenswert rückte damit in die Nähe des von „Nikkei“ genannten Gebots.

CVC Capital Partners, 1981 gegründet, ist mit einem verwalteten Vermögen von rund 100 Milliarden Euro weltweit führend im Private Equity. Seit der Gründung hielt CVC Beteiligungen an rund 300 Unternehmen. Derzeit ist CVC an 90 Unternehmen beteiligt, unter anderem gehört ihm die Uhrenmarke Breitling. CVC befindet sich mehrheitlich im Besitz seiner Mitarbeiter und wird von seinen Managing Partnern geführt. CVC verwaltet Fonds von über 300 Investoren.

dpa/MeM



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Staatsfinanzen auf dem Weg der Besserung

Die Staatsfinanzen entwickeln sich gut. Wie das Finanzministerium gestern mitteilte, lagen die Einnahmen bis Ende März beim Zentralstaat bei 5,4 Milliarden Euro. Das sind 466 Millionen Euro mehr als im ersten Quartal 2020 (+9,5

Prozent). Die Ausgaben beim Zentralstaat lagen Ende März bei 5,301 Milliarden Euro (+0,6 Prozent). Dank der positiven Entwicklung wies der Zentralstaat Ende März erstmals wieder einen Überschuss in Höhe von 56 Millionen Euro aus. Vor einem Jahr klaffte in der Staatskasse ein Defizit von 378 Millionen Euro.

Nach drei Monaten steht ein Plus in den Büchern

STAATSFINANZEN Auf dem Weg der Erholung

Christian Muller

Luxemburgs Staatsfinanzen haben sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 deutlich besser entwickelt als erwartet. Trotz Corona-Krise und mauer Konjunktur steht, unerwartet, ein Plus in den Büchern. Vor allem die Steuereinnahmen haben deutlich zugelegt. Das zeigen neue Zahlen des Finanzministeriums.

Nach einem vorsichtig optimistischen Jahresbeginn „befinden sich die öffentlichen Finanzen unseres Landes eindeutig auf dem Weg der Besserung“, so Luxemburgs Finanzminister Pierre Gramegna am Montag laut einer Pressemeldung. Monat für Monat scheint das Finanzministerium demnach zuversichtlicher zu werden, was die Entwicklung der Staatsfinanzen für das Jahr 2021 anbelangt. Vor einem Monat hieß es erst: Die insgesamt steigenden Steuereinnahmen sorgen für „leichte Beruhigung“ und für „einen Hauch von Optimismus“.

Für den gestiegenen Optimismus gibt es gute Gründe: Stand Ende Februar noch ein Defizit von 117 Millionen Euro in den Büchern, gingen die Zahlen im Laufe des Monats März in den positiven Bereich. Insgesamt wurde zum Ende der ersten drei Monate des Jahres nun ein Überschuss von 56 Millionen Euro gemessen.

Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine günstige Entwicklung bei den Steuereinnahmen. Insgesamt belaufen sich die Einnahmen des Zentralstaates bis zum 31. März 2021 auf 5,4 Milliarden Euro, was einem Wachstum von 9,5 Prozent (oder 466 Millionen Euro) gegenüber dem ersten Quartal 2020 entspricht. Auch gegenüber dem ersten Quartal 2019 handelt es sich um einen deutlichen Anstieg von 8,7 Prozent (oder 429 Millionen

Euro).

Deutlich zugelegt haben sowohl die Einnahmen der direkten als auch die der indirekten Steuern, so das Ministerium weiter. Dazu beigetragen hat unter anderem ein Zuwachs bei den Steuern auf Gehältern. Hintergrund sind positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt: Zwischen März 2020 und März 2021 sind, trotz Krise, 12.825 neue Arbeitsplätze hierzulande geschaffen worden.

Steuereinnahmen sind stark gestiegen

Jedoch haben nicht alle Steuern zugelegt. Rückläufig waren (mit minus 4 Prozent auf 403 Millionen Euro) beispielsweise die Einnahmen der „Administration des douanes et accises“. Dies erklärt das Finanzministerium mit „der verstärkten Nutzung von Telearbeit wegen der Pandemie und des dadurch reduzierten Straßenverkehrs“ sowie mit der Einführung der CO₂-Steuer, die den Preis für Kraftstoffe im Vergleich zu den Nachbarländern unattraktiver macht, so das Ministerium. Diese Reduzierung der Verkäufe trage jedoch dazu bei, die ehrgeizigen Klimaziele der Regierung zu erreichen.

Die Ausgaben des Zentralstaates belaufen sich derweil in den ersten drei Monaten auf 5,3 Milliarden Euro. Das sind satte 20 Prozent mehr als im ersten Quartal 2019 – und 0,6 Prozent mehr als 2020. Während die Sozialleistungen, insbesondere durch Kurzarbeit, um 11,9 Prozent (auf 539 Millionen Euro) im Vergleich zum Vorjahresquartal gestiegen sind, haben die Personalkosten des Staates um 2,4 Prozent (auf 1.256 Millionen Euro) zugelegt.

Insgesamt hat der Luxemburger Staat in den ersten drei Mona-

ten des Jahres demnach schwarze Zahlen erwirtschaftet. „Trotz der bestehenden gesundheitlichen Einschränkungen zeigen die öffentlichen Finanzen somit eine unbestreitbare Widerstandsfähigkeit und die luxemburgische Wirtschaft profitiert weiterhin von den ausgewogenen Entscheidungen der Regierung im Kampf gegen die Pandemie“, freut sich das Ministerium.

Minister Pierre Gramegna bleibt trotz der guten Anzeichen vorerst vorsichtig: „Auch wenn es noch zu früh ist, um ein Fazit für das Jahr 2021 zu ziehen, so stimmt die aktuelle Lage unserer öffentlichen Finanzen doch zuversichtlich und bietet eine glaubwürdige Basis, um die Anstrengungen für den Aufschwung fortzusetzen“, wird er in der Mitteilung zitiert. Am Dienstag wird er in der Abgeordnetenkammer die neuen Haushaltsperspektiven für den Zeitraum 2021 bis 2025 vorstellen.

Laut dem bisherigen Plan (von Ende des Jahres 2020) wird der Luxemburger Staat jedes Jahr bis 2024 mit einem Defizit abschließen. Insgesamt erwartet die Regierung für 2021 ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro beim Zentralstaat – nach einem Defizit von mehr als 5 Milliarden Euro im Jahr 2020. Zwar soll das Defizit in Zukunft Jahr für Jahr kleiner werden, doch bereits 2022 soll die Marke von 30 Prozent Verschuldung zur Wirtschaftsleistung überschritten werden.

Diskussionsstoff in der Chamber

Luxemburg. Bei der Präsentation des Stabilitäts- und Wachstumsprogramms vor der Chamber konnte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) gestern bessere Wirtschaftsdaten verkünden als erwartet. Die Wirtschaft trotz dem co-

ronabedingten Einbruch dank eines starken Finanzsektors. Zuvor hatten die Abgeordneten ihren Wissensdurst während einer Fragestunde gestillt. Hier ging es unter anderem um den Einsatz pensionierter Krankenpfleger in der Corona-Impfkampagne und die Gefahr durch das radioaktive Edelgas Radon. *MaH/M.K.*

Finanzplatz schwächt die Wirtschaftskrise ab

Pierre Gramegna stellt Stabilitäts- und Wachstumsprogramm vor – bessere Wirtschaftsdaten als erwartet

Es musste gleich am Anfang seiner Präsentation der neuesten Wirtschaftsdaten raus: „Das Stabilitäts- und Wachstumsprogramm des vergangenen Jahres hat gegriffen. Deshalb steht unsere Wirtschaft so gut da. Wir sehen das Licht am Ende des Tunnels“, erklärte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) gestern vor der Chamber. Die Regierung habe schnell und präzise gehandelt. Was den Finanzminister so zuversichtlich macht, sind die gesamtwirtschaftlichen Daten.

Für 2020 habe man einen Rückgang der Konjunktur von minus sechs Prozent vorgesehen, am Ende waren es nur 1,3 Prozent. Für das gute Abschneiden der Luxemburger Wirtschaft in der Corona-Weltrezession sind Gramegna zufolge drei Punkte wichtig. Luxemburg habe die Investitionen während der Krise weiterhin hoch gehalten. „Mit 4 928 Euro pro Kopf sind wir die Nummer eins in der

EU, was die Investitionen im vergangenen Jahr angeht. Das Gesamtvolumen der staatlichen Unterstützungspakete belief sich 2020 auf circa elf Milliarden Euro beziehungsweise 18,6 Prozent des geschätzten Bruttoinlandsproduktes“, sagte Gramegna. Ebenfalls seien die Steuereinnahmen nicht so stark eingebrochen wie am Anfang der Krise befürchtet. Dazu käme die Stabilität des Finanzplatzes. „Der Service- und Finanzsektor konnte auch wegen unserer guten Infrastruktur weiterhin gut funktionieren“, so Gramegna. Luxemburg profitiere an dem zuvor getätigten Breitbandausbau. Das schnelle Internet habe ermöglicht, dass ein Großteil der Arbeitnehmer des Finanzplatzes von zu Hause aus arbeiten konnten.

„Im Gegensatz zur Finanzkrise von 2008 ist dieses Mal der Finanzplatz ein Vorteil des Landes und Teil der Lösung“, so Gramegna. Dass das nicht selbstverständ-

lich sei, könne man an den gesamteuropäischen Konjunkturzahlen erkennen. „Für die Europäische Union wurde eine Rezession von minus 5,1 Prozent vorgesehen. Es sind jedoch minus 7,1 Prozent.“

Unter der 30-Prozent-Marke

Mit diesen Zahlen gestärkt zeigte sich Gramegna auch bei der Einhaltung der im Regierungsprogramm vorgesehenen Staatsschuldenschwelle von 30 Prozent zuversichtlich. „Es gibt noch Unsicherheiten beim Verlauf der Pandemie. Wenn wir aber so weitermachen wie bisher, dann werden wir bis 2025 bei einer Verschuldung unter 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bleiben“, sagte Gramegna vor den Abgeordneten. 2020 sei die Schuld des Staates um 2,8 Prozent auf insgesamt 24,9 Prozent angestiegen. „Den Höchststand erreichen wir dieses Jahr mit 28,7 Prozent, bevor diese bis zum Jahr 2025 auf 27,6 Prozent sinken

wird“, sagte Gramegna voraus.

Vom Coronaaufbaufonds der Europäischen Union erhofft sich die Regierung 93,5 Millionen Euro. Diese werden die geplanten Investitionen in Höhe von 2,9 Milliarden Euro für 2021 ergänzen. Gramegna kommentierte: „Der luxemburgische Konjunktur- und Resilienzplan ist ein perfektes Spiegelbild der europäischen Vision eines nachhaltigen Aufschwungs. Er wird einen weiteren Beitrag zu den Bemühungen dieser Regierung leisten, das Land auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten, und die Grundlage für ein noch nachhaltigeres Wachstum legen.“ *M.K.*

● *Wir sehen das
Licht am Ende des
Tunnels.*

Pierre Gramegna, Finanzminister

Alles nur halb so schlimm wie befürchtet

ANALYSE Corona und der Schuldenstand der Staaten

Christian Muller

Die Staatsschulden in der Eurozone sind letztes Jahr sprunghaft angestiegen, auf nunmehr 98 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Auch in Luxemburg hat sich, verglichen mit den Plänen von vor der Pandemie, die Entwicklung der Staatsfinanzen deutlich verschlechtert. Dennoch zählt das Land zu den Besten in Europa. Es hat seine Platzierung beim Verschuldungsgrad sogar verbessert.

In allen Mitgliedstaaten ist die Verschuldungsquote letztes Jahr gestiegen, berichtete Eurostat letzte Woche. Die Quote hat einen deutlichen Sprung nach oben hingelegt: Zum Ende des Jahres lag sie im Euroraum 14,1 Prozentpunkte höher als im letzten Quartal 2019 (von 83,9 auf 98 Prozent). Laut den (außer Kraft gesetzten) Regeln der Währungsunion sollte kein Land mehr als 60 Prozent Schulden haben. Die höchsten Anstiege wurden letztes Jahr in Griechenland, Spanien, Zypern, Italien und Frankreich verzeichnet.

In den Vorjahren sah die Lage in der Währungsunion besser aus. Einige Länder, darunter Österreich, Deutschland, Irland, die Niederlande, hatten die wirtschaftlich guten Jahre zum Senken der Schuldenquote genutzt. Der ehemalige Höchststand (94 Prozent Schulden zum BIP) im Währungsraum war seit Ende 2014 langsam abgebaut worden.

Mit Corona ist der Schuldenberg im Euroraum nun auf eine neue Rekordhöhe geklettert. Im Gegensatz zur Finanz- und Schuldenkrise von vor zehn Jahren hat es diesmal jedoch zu keinem Augenblick ein Land gegeben, das in die Insolvenz zu rutschen drohte. Zur Erinnerung: Im Oktober 2009 (bei einem Verschuldungsgrad von etwa 125 Prozent) begannen die Geldgeber Griechenlands nervös zu werden. Die Zinssätze (Risikoaufschläge) auf neuen Darlehen für

das Land sprangen nach oben. Bei einem Verschuldungsgrad von unter 135 Prozent drohte die Zahlungsunfähigkeit, die EU war mit „Rettungspaketen“ eingespungen.

Die höchsten Verschuldungsquoten werden heute, Eurostat zufolge, in Griechenland (206 Prozent), Italien (156 Prozent), Portugal (134 Prozent) und Spanien (120 Prozent) verzeichnet. Auch nicht gut schneiden Frankreich (116 Prozent) und Belgien (114 Prozent) ab. Das Außer-Kraft-Setzen der Stabilitätskriterien, der Europäische Wiederaufbaufonds und die Geldpolitik der EZB sorgen jedoch dafür, dass alle Mitgliedsstaaten stets genug Geld haben. Ein Großteil der neuen Staatsanleihen wird nach und nach bei der EZB landen. Sie will unter anderem bis Ende März 2022 Anleihen im Wert von 1,85 Billionen Euro kaufen.

Auch Luxemburg, das in den letzten zehn Jahren nicht zu den guten Schülern bei der Entwicklung der Staatsschuld gehört hatte, verbuchte 2020 einen Anstieg der Verschuldungsquote. Der Schuldenstand ist hierzu-lande um 2,9 Prozentpunkte auf 24,9 Prozent gestiegen. Nur Irland hat einen geringeren Anstieg (um 2,1 Prozentpunkte) verbucht. In den zehn Jahren vor Corona hatte sich die Summe der Schulden Luxemburgs jedoch mehr als verdoppelt.

Das Großherzogtum schneidet nun 2020 jedoch so gut ab, dass es sein Ranking innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten verbessert hat. So ist Luxemburg heute wieder zweitbesten Schüler, was die Verschuldung angeht. Innerhalb der EU hat wieder nur noch Estland eine geringere Schuldenquote. Bulgarien, das Luxemburg vor zwei Jahren auf den dritten Platz verdrängt hatte, hat nun wieder eine höhere Schuldenquote als das Großherzogtum.

Aus Überschuss wird Defizit

Für den Luxemburger Finanzminister war das abgelaufene Jahr dennoch kein einfaches. Noch zum Ende des Jahres 2019, als der Haushaltsplan für 2020 erstellt wurde, wurde noch mit einem Überschuss von 757 Millionen Euro gerechnet. Schlussendlich jedoch scheint das Jahr mit einem Defizit von 2,6 Milliarden abgeschlossen worden zu sein, wie Finanzminister Pierre Gramegna diese Woche in der Chamber erläutert hatte. Die Schere von Ausgaben und Einnahmen ging – Corona-bedingt – derart weit auseinander, dass auch die traditionellen noch Mehreinnahmen bei den Sozial- und Rentenkassen den Unterschied nicht ausgleichen konnten.

Im laufenden Jahr soll es ähnlich gehen. Der 2019 geplante Überschuss sollte 2021 fast eine Milliarde Euro betragen. Mittlerweile wird mit einem Defizit von 1,36 Milliarden Euro gerechnet. Die Verschuldung sollte dieses Jahr leicht, auf 13,3 Milliarden Euro (oder 19,3 Prozent des BIP), ansteigen. Tatsächlich wird nun erwartet, dass sie 2021 auf 18,3 Milliarden (oder 26,9 Prozent des BIP) ansteigen wird.

Trotzdem kann der Finanzminister aufatmen. Die schlimmen Prognosen, wie sie im Oktober 2020 erstellt wurden, werden sich nicht erfüllen. Damals wurde erwartet, dass das Staatsdefizit 2020 bei rund fünf Milliarden – und im laufenden Jahr bei 1,74 Milliarden – liegen werde. Die Ergebnisse der ersten drei Monate 2021 geben Anlass zu einem gewissen Optimismus. Zudem wäre die Staatsschuld, laut dem Mehrjahresplan von Oktober, bereits in kommenden Jahr über die Marke von 30 Prozent gestiegen, die die Regierung laut Koalitionsvertrag nicht überschreiten wollte.

Mit den neuen Prognosen sieht das alles gleich wieder viel besser aus. 2024 soll die Luxemburger Verschuldungsquote nun nicht bei 32,9 Prozent liegen, sondern bei 28,2 Prozent. Im Jahr darauf

soll die Quote sogar wieder leicht fallen. Die Summe der Schulden, in Milliarden ausgedrückt, soll jedoch weiter steigen. Bis auf 22,3 Milliarden im Jahr 2025, wo diese Prognosen enden. Die Regierung setzt also darauf, dass die Luxemburger Wirtschaftsleistung auch weiterhin stark wachsen wird. Dann schrumpft das Gewicht der Schulden zum BIP ganz automatisch mit.

Langfristig sollte man sich jedoch „keine Illusionen machen“, schreibt die Luxemburger Zentralbank in ihrem Bulletin 2-2021. Zwar schützt die Aktivierung der Ausnahmeklausel für 2020 und 2021 die Mitgliedstaaten vor Sanktionen wegen einer Nicht-Einhaltung der Stabilitätskriterien, doch „sobald sich die negativen Auswirkungen der Krise verflüchtigt haben (...), werden in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich sein, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten“ und um für die nächste Krise gerüstet zu sein.

An Luxemburg gewandt, hatte die „Cour des comptes“ Ende November bereits Sorgen angemeldet. Die Behörde wies darauf hin, dass Covid nicht die einzige Herausforderung sei, vor der das Land stehe. Doch es sehe aktuell danach aus, als

müsse die Regierung – um die Auswirkungen jeglicher Krisen zu bewältigen – immer wieder auf neue, zusätzliche Schulden zurückgreifen, so die Behörde. Auch wenn der Schuldenstand Luxemburgs immer noch deutlich unter der europäischen Norm von 60 Prozent liege, so „gibt es keine Garantie dafür, dass diese Grenze

in mehr oder weniger naher Zukunft nicht überschritten wird“, so der Rechnungshof damals. Die Behörde erinnert unter anderem an den Druck, den die Bekämpfung des Klimawandels, die demografische Entwicklung des Landes und kommende Krisen auf die öffentlichen Finanzen ausüben werden.

Verschuldung als Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

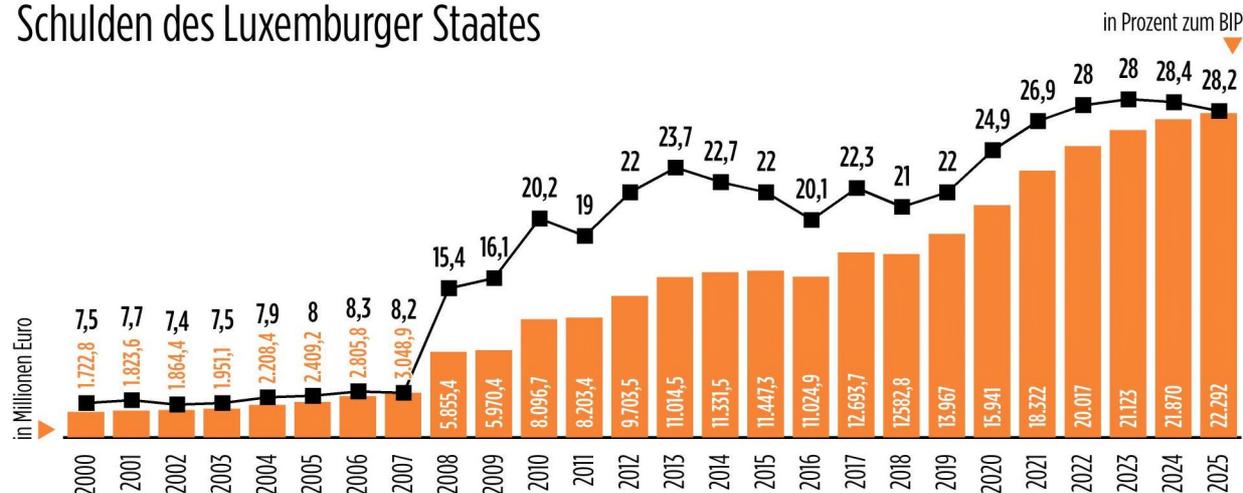
	2010	2019	2020	Veränderung ggü. 2019*	Veränderung ggü. 2010*
Estland	6,6	8,4	18,2	9,8	11,6
Luxemburg	20,2	22	24,9	2,9	4,7
Bulgarien	15,4	20,2	25	4,8	9,6
Schweden	38,1	35	39,9	4,9	1,8
Dänemark	42,6	33,3	42,2	8,9	-0,4
Niederlande	59,3	48,7	54,5	5,8	-4,8
Irland	86	57,4	59,5	2,1	-26,5
Deutschland	82,5	59,7	69,8	10,1	-12,7
Euroraum	85,8	84	98,1	14,1	12,3
Belgien	100,3	98,1	114,1	16,0	13,8
Frankreich	85,3	98,1	116,3	18,2	31,0
Spanien	60,5	95,5	120	24,5	59,5
Portugal	100,2	116,8	133,6	16,8	33,4
Italien	119,2	134,6	155,8	21,2	36,6
Griechenland	147,5	180,5	205,6	25,1	58,1

Quelle: Eurostat

*In Prozentpunkten

Grafik: Tageblatt/Lavinia Breuskin

Schulden des Luxemburger Staates



Quellen: 2000-2019: Stavec / 2020-2025: Programme de stabilité et de croissance 2021

Grafik: Tageblatt/Lavinia Breuskin

Pandemie drückt Spuerkeess-Gewinn

Das Nettoergebnis sackt im Corona-Jahr 2020 um 26 Prozent ab

Von Marco Meng

„Das Jahr 2020 war in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung“, erklärte Camille Fohl, Verwaltungsratspräsident der BCEE, gestern. Die Spuerkeess spürt die Pandemie; Rückstellungen für mögliche Kreditausfälle mindern den Jahresüberschuss 2020 deutlich. „Eine reine Vorsichtsmaßnahme“, sagte Françoise Thoma, Chefin der BCEE: „Wir hoffen, dass wir es nicht brauchen.“

Dennoch kann sich das Ergebnis sehen lassen, und Bankchefin Thoma sprach denn auch von einem „guten Resultat“. Für das Geschäftsjahr 2020 wies die Bank bei der Präsentation der Geschäftsergebnisse für letztes Jahr einen Gewinn von 135,4 Millionen Euro aus. Das ist verglichen mit dem Jahresüberschuss von 183,9 Millionen Euro im Vorjahr ein Rück-

gang von 26,4 Prozent. Grund für den Gewinnrückgang sind vor allem Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle infolge der Pandemie.

4 400 Rückzahlungsmoratorien

Wie Françoise Thoma mitteilte, hat die Spuerkeess letztes Jahr insgesamt 4 400 Stundungen der Kreditratenzahlungen gewährt, darunter mehr als 2 000 Zahlungsaufschübe für ihre Geschäftskunden. Um dem gestiegenen Risiko von Kreditausfällen zu begegnen, wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 66,8 Millionen Euro vorgenommen.

Der Gewinn ermögliche es der Bank, ihr Eigenkapital zu stärken und für das Jahr 2020 an den Eigentümer Staat 40 Millionen Euro Gewinn auszuschütten, teilte das Institut mit. Eine zusätzliche Ausschüttung in Höhe von 40 Millio-

nen Euro, die derzeit noch aussteht, ist für das 4. Quartal 2021 geplant, sobald die europäische Aufsichtsbehörde ihre Beschränkungen für Gewinnausschüttungen europäischer systemrelevanter Banken aufgehoben hat. Das Eigenkapital der Spuerkeess erhöhte sich von vier Milliarden Euro zum 31. Dezember 2019 auf 4,3 Milliarden Euro zum 31. Dezember 2020 – ein Plus von 5,9 Prozent. Die Eigenkapitalquote beträgt 21,4 Prozent.

Stabile Geschäftsentwicklung

Gut lief indes der Bereich Wohnungsbaufinanzierung mit einem Volumen an Wohnungsbaukrediten, das um 7,9 Prozent anstieg. Studienkredite wurden um 6,5 Prozent mehr gewährt.

Insgesamt stiegen die Bankdepots der Kunden letztes Jahr um 3,6 Prozent.

Bei den institutionellen Kunden wie Banken oder Investmentfonds hat Spuerkeess insgesamt ein Vermögen in Höhe von 74,5 Milliarden Euro erzielt. Das darin enthaltene Drittvermögen in Form von Wertpapieren belief sich auf 50,4 Milliarden Euro. Die Einlagen der institutionellen Kunden sind im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 Milliarden gestiegen, das entspricht einer Zunahme um 6,8 Prozent.

Die Bankerträge erreichten Ende 2020 die Summe von 595,5 Millionen Euro und sind damit im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 leicht um 1,3 Prozent gesunken.

Die Kosten stiegen um 2,6 Prozent, was auf den strukturellen Anstieg der Personalkosten und die Zunahme der Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zurückzuführen ist. Hintergrund sind „größere IT-Investitionen“, so die Bank.

Die „Spuerkeess“ hat sich gut gehalten

BANKEN Jahresresultat 2020

Christian Muller

Wie die meisten Luxemburger Banken, so hat auch die „Spuerkeess“ letztes Jahr weniger Gewinn erwirtschaftet als im Vorjahr. Für den Rückgang gibt es jedoch gute Gründe, wie die staatliche Bank am Freitag im Rahmen einer digitalen Pressekonferenz erklärte.

Insgesamt hat die „Spuerkeess“ (BCEE) in dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 einen Nettogewinn von 135,4 Millionen Euro erwirtschaftet. Nach einem Gewinn von mehr als 180 Millionen Euro im Vorjahr. Mit dem Ergebnis sagt sich Geschäftsführerin Françoise Thoma dennoch „sehr zufrieden“.

Für die meisten Banken war das abgelaufene Jahr 2020 am Luxemburger Finanzplatz kein besonders gutes. Trotz eines starken Wachstums der Geschäfte war ihr Nettogewinn im Schnitt deutlich rückläufig (um 18,1 Prozent). Zudem war 2019 ein „besonders gutes Jahr“ für die BCEE („Banque et caisse d'épargne de l'Etat“).

In schwierigen Zeiten sei das Ergebnis im Bankgeschäft mit 595 Millionen Euro „quasi stabil“ geblieben, so die Bankchefin weiter. Zugelegt habe sowohl das Geschäft mit der Zinsmarge als auch das mit den erwirtschafteten Kommissions-einnahmen. Das Volumen der laufenden Immobilienkredite habe um 7,9 Prozent zugelegt – das der Darlehen an Unternehmen sei „ziemlich stabil“ geblieben. Das Provisionsergebnis konnte dank der anhaltenden Aktivität der Kunden auf den Finanzmärkten, der Neuver-

gabe von Krediten sowie der zunehmenden Zahl institutioneller Kunden um deutliche 12,5 Prozent zulegen, so die Bank.

Auch die Kosten, die „moderat“ um 2,6 Prozent zugelegt haben, habe man „unter Kontrolle“, so Françoise Thoma. Es seien zudem hohe Investitionen getätigt worden, um die Bank in die Zukunft zu führen. Das Finanzinstitut beschäftigt aktuell etwas mehr als 1.650 Mitarbeiter.

Auf den Staat warten 80 Millionen Euro

Gedrückt wurde der Gewinn durch zwei Elemente. So wurden 2020, bedingt durch die Covid-19-Pandemie, viel höhere Rückstellungen für mögliche Problemkredite gebildet: Insgesamt sei das Volumen der Provisionen von 26 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 66,8 Millionen nach oben geschnellt. 20 Millionen Euro extra habe man „für alle Fälle“ zusätzlich zur Seite gelegt, unterstreicht Françoise Thoma. „Eine reine Vorsichtsmaßnahme, um für alle Fälle gerüstet zu sein.“ Von den 4.400 Corona-bedingten Kreditmoratorien vom letzten Jahr wurden mittlerweile bereits 98 Prozent zurückbezahlt, so die Bank. Die anderen zwei Prozent wurden verlängert. Das zweite Element, das den Gewinn drückte, waren die Dividenden von Unternehmen, an denen die BCEE Beteiligungen hält. Ihre Summe war letztes Jahr, mit 34 Millionen Euro, deutlich geringer als im Vorjahr (54 Millionen Euro). Ein Unternehmen, das dabei besonders ins Gewicht fiel, war der Satellitenbetreiber SES,

der seine Dividende 2020 halbiert hatte.

Es sei das „außergewöhnlichste Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg“ gewesen, so Thoma weiter. Schlimmer als die Finanzkrise. „Alles und jeder“ sei getroffen worden. „Innerhalb von zwölf Monaten haben sich die Gewohnheiten der Menschen schneller verändert als sonst in fünf Jahren“, so die Bankchefin. Finanzinstitute seien derweil wichtig gewesen, um für Kontinuität zu sorgen. Und die „Spuerkeess“ habe ihren Teil dazu beigetragen und „zu jedem Moment die Dienste aufrecht erhalten“. In dem Corona-Jahr habe die BCEE „sich ihrer Verantwortung gestellt“, so Verwaltungsratspräsident Camille Fohl.

Vom erwirtschafteten Gewinn wird ein kleiner Teil als Dividende an den Luxemburger Staat fließen. Insgesamt 40 Millionen Euro, wie im Vorjahr. Da aber Europas Zentralbank seit letztem Jahr allen Banken rät, keine Dividenden auszuzahlen, warten nun bereits 80 Millionen Euro darauf, an den Staat überwiesen werden zu dürfen. Der restliche Teil des Gewinnes, der Löwenanteil, fließt ins Eigenkapital der Bank.

Für die Zukunft sieht Françoise Thoma die „Spuerkeess“ als gut gerüstet: Man sei bereit, sich den neuen Herausforderungen zu stellen, sagt sie. Die starke Eigenkapitalratio erlaube der Bank, die Geschäfte weiter auszubauen. Für die kommenden Jahre hat sich die BCEE einen „Strategieplan 2025“ auferlegt. Man will weiter auf den Kunden zugehen, digitaler und nachhaltiger werden.

BGL BNP Paribas überrascht mit Gewinn

Die Corona-Krise hat der Bank kaum etwas anhaben können – im Gegenteil

Von **Nadia Di Pillo**

Nachdem die Finanzbehörde CSSF am Mittwoch wegen der Corona-Pandemie einen starken Ergebnisrückgang der Luxemburger Banken bekannt gegeben hat, überraschte gestern die BGL BNP Paribas mit einem hohen Gewinn im Jahr 2020. Das konsolidierte Nettoergebnis (Anteil der Gruppe) beläuft sich auf 398,3 Millionen Euro, das entspricht einem Anstieg um 15 Prozent. Ein Teil dieses Anstiegs ist auf ein einmaliges Ereignis zurückzuführen, und zwar auf den Verkauf eines Gebäudes in Kirchberg für 40 Millionen Euro. „In dem Gebäude waren verschiedene Mitarbeiter der Bank untergebracht, die inzwischen wieder in das Hauptgebäude zurückgekehrt sind. Das Gebäude passte nicht mehr in die Immobilienstrategie der Bank“, so Laurent Jansen, Chief Financial Officer der Bank. Ohne Berücksichtigung von Immobilienveräußerungsgewinnen steigt das Nettoergebnis um sieben Prozent.

Die Bilanzsumme ist stabil geblieben und beträgt Ende 2020 56,5 Milliarden Euro. Das Bruttobetriebsergebnis beträgt 811,3 Millionen Euro – eine Steigerung um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Risikokosten beziffern sich auf 129,7 Millionen Euro gegenüber 101,3 Millionen im Jahr 2019. „Sie beinhalten in den kollektiven Rückstellungen eine Schätzung der erwarteten Verluste auf Vermögenswerte mit geringem Ausfallrisiko, die unter Berücksichtigung des potenziellen Effekts der Gesundheitskrise bewertet werden“, so die Bank gestern bei der Vorstellung des Geschäftsergebnisses.

Béatrice Belorgey, Vorsitzende des Executive Committee von BGL BNP Paribas und Country Head der BNP Paribas Gruppe in Lu-

xemburg, erklärt das gute Ergebnis durch „die sehr diversifizierten Aktivitäten der Bank“, wobei verschiedene Branchen besser durch die Krise gekommen sind als andere. Im Bereich Retail und Corporate Banking etwa erhöhte sich das durchschnittliche Kreditvolumen um acht Prozent; sowohl die Immobiliendarlehen als auch die Investitionskredite haben sich gut entwickelt. Das durchschnittliche Einlagenvolumen ist um zwei Prozent gestiegen. Auch im Bereich Wealth Management ist es besser gelaufen als erwartet: Das verwaltete Vermögen konnte um zwei Prozent verbessert werden, und das durchschnittliche Kreditvolumen stieg um zwölf Prozent.

„Auf der Kostenseite haben wir von der operativen Effizienz unserer Teams profitiert“, so Béatrice Belorgey. „Unsere Mitarbeiter und Kunden haben sich ausgesprochen gut auf die neue Situation eingestellt, und die Ergebnisse belegen, dass sich das Geschäft solide entwickelt hat.“ Die Hälfte des Gewinns wird nun an die Aktionäre ausgeschüttet, so Etienne Reuter, Präsident des Verwaltungsrats. Und dem Luxemburger Staat kommen als Anteilseigner 110 Millionen Euro an Dividenden für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 zugute.

Kontinuität gewährleisten

Unmittelbar nach Beginn der Krise hat die Bank Maßnahmen ergriffen, „um ihre Mitarbeiter und Kunden zu schützen und gleichzeitig den reibungslosen Ablauf der Bank und die Kontinuität des Betriebs zu gewährleisten“. Im März wurden 700 Mitarbeiter für zweieinhalb Monate von der Arbeit freigestellt. Seit dem Sommer arbeiten die Angestellten jede zweite Woche drei Tage hinter-

einander regulär im Büro. Diese Arbeitsweise habe die Kontinuität der Dienstleistungen dank des sogenannten Omnikanal-Modells nicht gefährdet. Das Kunden-Service-Team sei verstärkt worden, um den Wünschen der Kunden nachzukommen. Zugleich beteiligte sich die Bank an den Maßnahmen der luxemburgischen Regierung durch die Gewährung von Zahlungsaufschüben und staatlich garantierten Darlehen. Zum 31. Dezember 2020 hatte die Bank in insgesamt 5 322 Fällen Zahlungsaufschub gewährt, um ihren Kunden bei drohenden Liquiditätsengpässen zu helfen. Zudem hat die Bank rund hundert staatlich garantierte Darlehen vergeben.

Neue Geschäftsfelder gestartet

In der Krise sei es wichtig gewesen, sich an den Wandel anzupassen, aber auch die bereits gestarteten Projekte weiterzuführen. So etwa wurde mit BGL BNP Paribas Development eine neue Geschäftsaktivität gestartet, um luxemburgische Unternehmen durch Minderheitsbeteiligungen zu unterstützen. Ziel ist es, sich durch Investitionen am Kapital von nicht börsennotierten luxemburgischen Handels-, Industrie- oder Technologieunternehmen zu beteiligen und sie bei einer Unternehmensübertragung zu unterstützen.

Als weiteres Beispiel nennt Béatrice Belorgey die Tatsache, dass die Bank im November 2020 strategischer Partner von i-Hub wurde. „Im Rahmen dieser Partnerschaft werden wir unseren Kunden eine innovative Lösung zur digitalen Verwaltung und Speicherung ihrer Daten und Ausweisdokumente, die für Geschäftsbeziehungen mit Akteuren des Finanzsektors benötigt werden, zugänglich machen.“

ABBL warnt vor negativem Trend

Der Luxemburger Bankenverband spricht von strukturellen Problemen jenseits der Pandemie

Von Marlene Brey

Der Luxemburger Bankenverband ABBL zeigte sich auf seiner gestrigen Jahrespressekonferenz besorgt. Die kürzlich von der CSSF veröffentlichten Zahlen weisen einen deutlichen Rückgang der Nettoergebnisse des Bankensektors um 18,1 Prozent für das Jahr 2020 auf. „Das ist der stärkste Rückgang, der mir für den Finanzplatz bekannt ist“, sagte Guy Hoffmann, Präsident des Verbandes, alarmiert.

Drei Ursachen sieht die ABBL für das jüngste Ergebnis. Da ist zum einen der immer stärker werdende regulatorische Druck, der die Banken gezwungen hat, zu investieren. Zweitens hat das Negativzinsumfeld die Gewinnmargen gesenkt. Und drittens gab es einen Anstieg der Rückstellungen aufgrund des Kreditrisikos im Zusammenhang mit der Pandemie. Dennoch sei der Sektor solide aufgestellt, verdeutlichte Hoffmann anhand der aktuellen Zahlen. So liegt das Nettoergebnis trotz enormen Rückgangs immer noch bei

drei Milliarden Euro. „Das ist schon eine Hausnummer“, sagte Hoffmann. Und auch die Gesamtbilanz (+4,4 Prozent) und der Gesamtumsatz (+4,2 Prozent) sind positiv. Es sei mehr die negative Tendenz als das aktuelle Ergebnis, das Hoffmann aufhorchen lasse.

Warnsignal

„Ich glaube, dass dies eine ganz wichtige Botschaft ist: Wir sind uns dessen bewusst, dass dieses Ergebnis das Resultat einer Entwicklung über die letzten Jahre ist und nicht nur eine Momentaufnahme während der Pandemie. Es handelt sich um strukturelle Probleme. Das muss uns hellhörig machen, weil der Sektor einfach zu wichtig ist für unsere Wirtschaft“, betonte Hoffmann.

2020 gab es in Luxemburg 125 Banken. Rund 160 000 Menschen sind im Sektor beschäftigt. Das Powerhouse Finanzplatz sei kein Selbstläufer, so Hoffmann. Alle müssten ein Interesse daran haben, den Sektor „so intakt, so sichtbar und so attraktiv wie möglich“ zu gestalten.

Die aktuell geminderte Rentabilität des Sektors trifft auf eine durch die Corona-Krise geschwächte Wirtschaft und ein erhöhtes Risiko von Zahlungsausfällen und Konkursen. Die Kreditrückzahlungsmoratorien haben im Juli 2020 einen Höchststand von 3,7 Milliarden Euro erreicht und liegen nun bei rund 460 Millionen.

Die ABBL erwartet wegen des Risikos und der geminderten Rentabilität eine weitere Rationalisierung und Konsolidierung des Sektors in den nächsten ein bis zwei Jahren. Gerade für kleine Banken sei es schwierig, wettbewerbsfähig zu bleiben, so der ABBL-Präsident. 50 Prozent der Banken im Land beschäftigen weniger als 100 Mitarbeiter.

Aussicht auf Besserung

Covid-19 habe für die Banken keinen Stillstand bedeutet, so Hoffmann, sondern die digitale Transformation beschleunigt. Die Kunden haben sich an die Nutzung von Online-Dienstleistungen gewöhnt

und verfügen nun über einen gewissen „digitalen Reifegrad“, der die Banken dazu veranlasst, weiter in die Aufrüstung ihrer operativen Systeme zu investieren, ihre Vertriebsmodelle zu überprüfen und neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Auch die erfolgreiche Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Finanzierung von nachhaltigem Wachstum sei entscheidend, um die Attraktivität und Widerstandsfähigkeit des Finanzplatzes Luxemburg weiter zu stärken, so Hoffmann. Für den Bankensektor ergeben sich aus dem Übergang zur Nachhaltigkeit mehrere Chancen, angefangen bei der Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen bis hin zur Verbesserung von Markenbildung und Reputation. Gleichzeitig können langfristige Geschäftsrisiken durch ein effizientes Management von Nachhaltigkeitsfaktoren reduziert werden. Und schließlich könnte all das den Dialog mit den Kunden stärken, schloss Hoffmann.

Mehr Geschäft, weniger Gewinn

FINANZPLATZ Die Lage von Luxemburgs Banken im Jahr 2020

Christian Muller

Von der Corona-Krise wurde der Finanzsektor weniger stark getroffen als andere Sektoren. Dennoch war das abgelaufene Jahr 2020 auch für die Banken am Luxemburger Finanzplatz kein besonders gutes. Trotz einem starken Wachstum der Geschäfte ist der erwirtschaftete Nettogewinn stark eingebrochen.

Der Nettogewinn aller Banken am Finanzplatz Luxemburg ist letztes Jahr um heftige 18,1 Prozent auf 3,03 Milliarden Euro eingebrochen. Das berichtet die Luxemburger Finanzaufsicht CSSF in einer Pressemeldung. Um ein Jahr mit einem kleineren Ergebnis zu sehen, muss der Beobachter bis ins Jahr 2011, mitten in die europäische Schuldenkrise, zurückblicken.

Dabei standen erst mal alle Ampeln auf Grün. Das Ergebnis im Bankgeschäft ist um 4,2 Prozent auf 12,6 Milliarden Euro gestiegen. Es ist dies das höchste Ergebnis der vergangenen zwölf Jahre. Während das Geschäft mit der Zinsmarge leicht rückläufig war (um 2,4 Prozent auf 5,25 Milliarden Euro), konnten die auf Transaktionen erwirtschafteten Kommissionen stark (um 14,6 Prozent auf 5,88 Milliarden Euro) zulegen. Auch die Bilanzsumme, die für das Geschäftsvolumen der Banken steht, ist im Jahresverlauf gewachsen, von 833 auf 851 Milliarden Euro.

Die starke Entwicklung bei den Kommissionseinnahmen erklärt die CSSF unter anderem mit konzerninternen Umstrukturierungen, etwa der Integration neuer Niederlassungen im Ausland. Besonders aufgefallen sei dies bei Banken, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung anbieten, schreibt die Finanzaufsicht. „Der Anstieg der

durchschnittlichen Höhe des verwahrten Vermögens und die hohe Volatilität der Märkte im Jahr 2020 führten zu einem Anstieg der Provisionen auf die Vermögensverwaltung und auf Wertpapiertransaktionen der Kunden.“ Das Volumen des von Privatbanken verwalteten Vermögens ist in all den vergangenen Jahren stark gestiegen. Ohne diese Effekte hätte der Anstieg des Provisionsüberschusses nur rund fünf Prozent betragen, so die CSSF.

Einnahmen und Kosten sind gestiegen

Noch schneller gestiegen als die Einnahmen sind jedoch die Kosten: Ausgaben für Personal stiegen um 5,6 Prozent (auf 3,7 Milliarden Euro). Der Posten „andere Kosten“ stieg derweil noch deutlicher, um 9,7 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro. Letzteres führt die Finanzaufsicht unter anderem auf die bereits erwähnten konzerninternen Umstrukturierungen zurück.

Unter dem Strich ergibt sich dann beim operativen Gewinn (vor Rückstellungen und Steuern) ein Rückgang von 1,1 Prozent zum Vorjahresergebnis (auf 4,7 Milliarden Euro; das schlechteste operative Ergebnis seit mehr als 12 Jahren).

Dass der Rückgang beim Nettoergebnis mit 18,1 Prozent noch heftiger ausfiel, führt die Finanzaufsicht auf eine Erhöhung der Rückstellungszuführungen in Höhe von 600 Millionen Euro zurück. Diese Rückstellungen betreffen hauptsächlich das Kreditrisiko im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und wirken sich hauptsächlich auf Universalbanken und auf die auf Unternehmensfinanzierung spezialisierten Banken aus, so die CSSF. Auch wenn die Quote der

notleidenden Kredite im Jahr 2020 nicht signifikant anstieg, so sei die Bildung von Rückstellungen für notleidende Kredite dennoch buchhalterisch durch die Anwendung von IFRS 9 erforderlich.

Zahl der Banken stabil

Die Zahl der Banken war im Laufe des letzten Jahres derweil stabil geblieben. Wie im Januar 2020 hat die Zentralbank auch Anfang 2021 insgesamt 127 Banken in Luxemburg gezählt. Eine Rekordzahl von 222 Banken verzeichnete Luxemburg im Jahr 1994. Seitdem schrumpfte die Zahl der hier beheimateten Finanzinstitute praktisch jedes Jahr.

Die Zahl der Jobs war letztes Jahr derweil, mit insgesamt 26.059 Arbeitsplätzen, leicht rückläufig: ein Minus von 275 Stellen. Ihren historischen Rekordstand hatte die Zahl der Arbeitsplätze bei den Banken im September 2008 erreicht (27.269). In den Jahren 2014/15 war sie dann auf unter 26.000 gefallen. Die Banken stehen damit für etwa die Hälfte der Jobs des Luxemburger Finanzsektors.

Das Land darf sich jedenfalls freuen, einen Bankenplatz zu haben: Von den Gewinnen der Banken vom abgelaufenen Jahr dürfte mehr als eine halbe Milliarde Euro als Steuern in die Staatskasse fließen. Nach Steuern von 740 Millionen Euro auf den Gewinnen von 2018 und 643 Millionen auf den Gewinnen von 2019. Eine willkommene Geldspritze für eine Regierung, die für 2021 ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro beim Zentralstaat erwartet, nach einem Defizit von mehr als 5 Milliarden Euro im Vorjahr.

Compte de profits et pertes au 31 décembre 2020

Postes en millions d'EUR	janvier - décembre 2019	janvier - décembre 2020	Variation %
Marge d'intérêts	5.383,8	5.254,0	-2,4%
Revenus nets de commissions	5.132,4	5.883,9	14,6%
Autres revenus nets	1.550,4	1.438,5	-7,6%
Produit bancaire	12.066,7	12.576,5	4,2%
Frais de personnel	3.544,7	3.744,7	5,6%
Autres frais généraux	3.740,3	4.104,9	9,7%
Frais généraux	7.285,1	7.849,6	7,7%
Résultat avant provisions et impôts	4.781,6	4.726,9	-1,1%
Résultat net	3.702,7	3.031,5	-18,1%

Source: CSSF

Gemeinsames Jahresergebnis aller Luxemburger Banken

Rekordjahr für „Luxembourg Green Exchange“

Dass der Nettogewinn der Luxemburger Börse mit 11,2 Millionen Euro geringer war als 2019 hat einfache Gründe

Luxemburg. Frank Wagener, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Luxemburger Börse, dankte gestern Robert Scharfe. Es war seine letzte Bilanzpräsentation und der letzte Tag als Chef der „Bourse de Luxembourg“. Durch die Modernisierungen, so Wagener, habe Scharfe und dessen Team die kleine luxemburgische Börse zu einem „erfolgreichen Nischenplayer“ gemacht.

Auch das vergangene Börsenjahr zeichnete sich durch Wachstum aus. Nur beim Nettogewinn ging es um knapp 2,3 Millionen Euro auf 11,2 Millionen Euro zurück. „Das hat aber ganz einfache

Gründe“, erklärt Scharfe. Zum einen die Investitionen der Börse und zum anderen daran, dass das Jahr 2019 ein absolutes Rekordjahr mit einem Plus von 20 Prozent gegenüber 2018 gewesen war.

Operationell sei das Geschäft auch 2020 gut gelaufen, so Scharfe. „Nach dem Einbruch der Aktienmärkte im März letzten Jahres entwickelte sich der Anleihemarkt, unser Kerngeschäft, gut.“ Tatsächlich legte die Börse beim Vorsteuergewinn Ebitda auch im Pandemiejahr zu: auf 18,2 Millionen Euro, das ist ein Plus von vier Prozent gegenüber 2019. Die Einnahmen stiegen um fünf Prozent

auf 51,2 Millionen Euro, wobei 61 Prozent vom Börsengeschäft kommen und 39 Prozent von der Fondsplattform-Tochter Fundsquare.

Ende 2020 waren an der Luxemburger Börse mehr als 37 000 Wertpapiere gelistet, drei Prozent mehr als 2019. Mehr als 10 000 davon kamen 2020 hinzu mit einem Volumen von 1,4 Billionen Euro, ein Plus von 25 Prozent.

Green Exchange floriert

Gut entwickelte sich die „Luxembourg Green Exchange“, die Plattform für nachhaltige Wertpapiere. „Die Finanzwelt ändert sich fundamental“, so Scharfe, der mit der

LGX das Unternehmen darum für die Zukunft gut aufgestellt sieht.

Julie Becker, die neue Börsenchefin und bis dahin für LGX verantwortlich: „2020 war ein Rekordjahr für nachhaltige Finanzen“. Auf LGX wurden Wertpapiere im Volumen von 186 Milliarden Euro neu gelistet, ein Plus von 134 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt sind damit auf LGX nachhaltige Papiere über 481 Milliarden Euro gelistet. Und auch im ersten Quartal dieses Jahres ging der Trend weiter nach oben, so Becker. Die Dividende belässt die Börse unverändert bei 51 Euro netto je Papier.

MeM

„Ein bisschen Wehmut ist auch dabei“

Wechsel an der Spitze der LuxSE nach neun Jahren: Die letzte Bilanz von Börsenchef Robert Scharfe

Interview: Marco Meng

Der Bankier Robert Scharfe übernimmt 2012 das Steuer von Michel Maquil, der die „Bourse de Luxembourg“ (LuxSE) 25 Jahre lang leitete. Dass er nun selbst so lange dem Unternehmen vorstehen würde, war eigentlich gar nicht geplant, verrät Scharfe, der gestern seinen letzten Tag als Börsenchef hatte, im Interview.

Robert Scharfe, gehen Sie mit Wehmut?

Ach, ein bisschen Wehmut ja, vor allem, weil ich weiß, dass es noch viel zu tun gibt. Aber es ist wie alles im Leben: Es kommt der Punkt, wo man sagt ‚Okay, ich habe meinen Teil dazu beigetragen‘. Und ich übergebe das Zepter auch an eine Kollegin als Nachfolgerin, die noch viel besser über nachhaltige Finanzierungen Bescheid weiß als ich. Diese nachhaltigen Finanzierungen sehe ich als Schlüssel für die Zukunft. Von dieser Seite her betrachtet ist die Börse also in besten Händen. Die Zeit verging übrigens wie im Flug, und eigentlich, als ich 2012 das Amt annahm, hatte ich gar nicht vor, es so lange zu behalten, wie ich es jetzt doch tat, neun Jahre.

In wieviel war die LuxSE Vorreiter. Wird sie das auch künftig sein?

2015 kam die Pariser Klimakonferenz, und wir fragten uns, was bedeutet das für uns als Institution? Noch genauer: Was können wir dazu beitragen, dass wir effektive, nachhaltige Finanzierung in den Vordergrund stellen? 2016, ungefähr vier Jahre, nachdem ich an Bord gekommen war, gründeten wir dann die LGX, die Handelsplattform für nachhaltige Finanzierungen. Und da stehen wir heute, fünf Jahre später, noch ganz am Anfang der Entwicklung. Die Handelsbörsen fusionieren; in

Europa gibt es irgendwann nur drei, vier große Börsen. Wir haben aber frühzeitig eine Nische gefunden als Listingbörse. Das machen wir im Prinzip seit den sechziger Jahren. Es stimmt, die internationalen Kapitalmärkte funktionieren auch ohne die Luxemburger Börse. Nur mit der Luxemburger Börse funktionieren sie etwas besser. Wir sind Dienstleister und haben uns auch immer wieder infrage gestellt und uns auch nicht gescheut, Innovation anzugehen, sei es auf Produktbasis, geografisch oder technologisch.

Wie ist es mit der Nachhaltigkeit?

Bis vor kurzem ist dies ein Thema mehr oder weniger „auf freiwilliger Basis“ gewesen. Das ändert sich; neben allen Regeln und Regelwerken, die von Brüssel kommen, auch durch Regeln, die wir selber erstellt haben, die also Emittenten erfüllen müssen, um bei uns gelistet zu werden. Noch gibt es keine verbindliche Definition, aber es ist viel in Bewegung geraten. Uns liegt bei dem Thema auch daran, dass die Anleger Zugang zu den Informationen haben, ob sie regulatorischer Natur oder eben freiwilliger Natur sind. In diesem Bereich wird es noch sehr viel Innovation gebe, und die Luxemburger Börse wird ganz sicher auch in Zukunft, da bin ich überzeugt, in der ersten Reihe mitspielen. Nachhaltige Finanzierungen gehen im Einklang mit einem nachhaltigen Wirtschaftssystem: Blindes Wachstum hat keinen Bestand. Wir müssen also ganz klar auf die Umwelt, auf die Ressourcen und die sozialen Gegebenheiten achten. In Zukunft wird Nachhaltigkeit eine Bedingung sein, um überhaupt Zugang zu Kapital zu

bekommen.

Warum investierte die Börse zuletzt in einige Start-ups?

Wir haben einige strategische Investitionen getätigt, zum Beispiel im Bereich Daten. Hintergrund ist die Frage, was können wir dazu beitragen, dass die Verbindung zwischen Wertpapier-Emittenten und Anleger besser und nahtlos ist? Da kommt dann schnell die Technologie ins Spiel, was zu Investitionen in Tetrao führte, eine Datenverarbeitungsgesellschaft, die Algorithmen auf Basis künstlicher Intelligenz entwickelt hat. Früher, wenn man mal zehn Jahre zurück sieht, dann hat man viele Dinge nach Indien ausgelagert. Heute können wir mit Digitalisierung solche Aufgaben selbst erledigen. Ein anderes Beispiel ist unsere Investition in die digitale Plattform Origin, die eine Alternative zu dem umständlichen Prozess der Anleiheemission bietet.

Was wäre denn ein Risiko für die LuxSE? Gibt es in 20 Jahren überhaupt noch Börsen?

Die Risiken kommen weniger von den anderen Börsen. Unsere Erfolge müssen gleichzeitig ein Ansporn für uns sein, nicht auf unseren Lorbeeren sitzen zu bleiben. Ein Risiko sind die ganze Reglementierung und der damit verbundene Aufwand, der eher größer als kleiner wird. Da besteht die Gefahr, dass Emittenten sich überlegen, ob eine Notierung in Europa notwendig ist. Ich bin aber überzeugt, dass es in 20 Jahren immer noch Börsen geben wird. Nur andere. In den letzten Jahren seit dem Regelwerk „MiFID I“ wurde das Monopol der nationalen Börsen gesprengt, die sich fragen mussten, was ist der

Mehrwert, den ich habe? Was in Zukunft eher verlangt wird, sind flexible Plattformen. Es wird spezifischere Plattformen geben, die eben den Bedürfnissen der Kunden gerecht werden, sei es Kryptowährungen oder Token (Digitalisierung von Vermögenswerten und Eigentum, d. Red.) oder auch Börsen für kleinere und mittlere Unternehmen. Oder unsere LGX, die Anleger zeigt, hier gibt es Emittenten, die bereit sind, einen Schritt weiterzugehen und dem Anleger klar aufzeigen, wo das Geld hinfließt. Es geht nicht nur um Kaufen-Verkaufen, sondern auch um die gesamte Informationsinfrastruktur, die es Anleger erlaubt, eine fundierte Anlageentscheidung zu treffen. Das dient auch dem Anlegerschutz.

Was werden Sie nun in Ihrem Ruhestand tun?

Ich werde den Kontakt zu den Leuten vermissen, und die letzten zwölf Monate waren darum auch frustrierend: man bekommt keine neuen Ideen, wenn man im Büro im Stuhl festhängt. Ich hab meine Karriere über 40 Jahre in der Finanzwelt verbracht, und das Thema Nachhaltigkeit ist eine feste Überzeugung von mir. Ich werde mich nicht auf irgendeine Insel zurückziehen, sondern gerne mein Wissen und meine Erfahrung teilen und würde auch gerne jungen Unternehmen mit etablierten in Verbindung bringen. Ich gehe dem Finanzplatz nicht ganz verloren.

- *In punkto*
- *Nachhaltigkeit stehen wir noch ganz am Anfang.*



Intreal-Geschäftsführer Michael Schneider. *Foto: Intreal*

WIRTSCHAFT / 29.04.2021

Intreal eröffnet Niederlassung in Luxemburg

Die deutsche Kapitalverwaltungsgesellschaft ist im Immobilienbereich tätig. Sie eröffnet in Luxemburg ihre erste Tochtergesellschaft im Ausland.

(ndp) - Intreal, eine deutsche Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) im Immobilienbereich, eröffnet in Luxemburg seine erste Tochtergesellschaft im Ausland. Das teilt die Gesellschaft am Donnerstag mit.

Die Intreal mit Sitz in Hamburg verwaltet Investments in 17 Ländern, hat über 340 Mitarbeiter und betreut im Moment 195 Fonds. In Deutschland ist die Gesellschaft mit einem administrierten Vermögen von über 38 Milliarden Euro Marktführer im Segment Immobilien-Service-KVG. Intreal hat sich auf die Auflage und Verwaltung von Immobilienfonds für Dritte spezialisiert.

Wie die Gesellschaft mitteilt, wurde Intreal im März 2021 als erste Service-KVG im Immobilienbereich von der Rating-Agentur Scope mit der Note AA geratet.

Die Wachstumsstrategie des Unternehmens führe über eine Internationalisierung des Geschäfts. „Die Eröffnung einer Niederlassung am größten Fondsstandort Europas war daher eine logische Konsequenz“, so Intreal. Mit der Zulassung als alternativer Investmentfondsmanager (AIFM) und Zentralverwalter für Investmentfonds in Luxemburg könne Intreal künftig auf seiner Plattform auch alle Luxemburger Vehikel für Investitionen im Immobilienbereich anbieten.

Union Investment und Attrax ziehen um

Flexibles Arbeitsplatzkonzept am neuen Standort: Coworking-Bereich oder Einzelbüro

Luxemburg. Union Investment Luxembourg und Attrax Financial Services sind in ein neues Bürogebäude gezogen. Das teilten die Firmen gestern mit. Die ersten von aktuell 360 Mitarbeitern haben bereits ihre Arbeit im Neubau „Aerogolf“ unweit des Flughafens aufgenommen.

Flexibles Arbeiten

Das fünfstöckige neue Bürogebäude Aerogolf bietet auf einer Fläche von rund 11 000 Quadratmetern Arbeitsplätze für bis zu 450 Mitarbeiter. Dazu gehören auch Konferenzräume und Coworking-Bereiche. „Im Aerogolf setzen wir ein flexibles Arbeitsplatzkonzept um. Die Beschäftigten können ihren Arbeitsplatz im Gebäude je nach ihrer aktuellen Tätigkeit auswählen“, erklärt Maria Löwen-

brück, Mitglied des Vorstands von Union Investment Luxembourg, das neue Konzept.

„Wir freuen uns sehr, dass der Einzug unter Pandemie-Bedingungen erfolgreich über die Bühne gegangen ist“, sagt Thilo Balzer, Mitglied des Vorstands der Attrax Financial Services. Bislang ist aufgrund der Corona-Pandemie allerdings nur ein kleiner Teil der Belegschaft im Aerogolf tätig.

Bei dem neuen Gebäude legten die Firmen auch Wert auf Nachhaltigkeit. „Damit unterstützen wir systematisch die Nachhaltigkeitsziele der Union Investment Gruppe“, so Balzer.

Das bisherige Bürogebäude „Omega“ im Stadtteil Gasperich hatte Union Investment seit 1998 gemietet. Das neue Gebäude punktet nun auch durch seine Lage. Die

Anbindung ist durch die unmittelbare Nähe zum Flughafen, zur Autobahn und demnächst auch zur Tram ein zusätzlicher Pluspunkt. Für mehr als zwei Drittel der Mitarbeitenden verkürzt sich dadurch die tägliche Fahrzeit deutlich. Mit der in Luxemburg geplanten Verkehrswende wird in Zukunft zudem die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr weiter verbessert. Auch für die Förderung der E-Mobilität wurde im neuen Gebäude vorgesorgt. So wurden Ladestationen für Elektroautos sowie Lademöglichkeiten für E-Bikes errichtet.

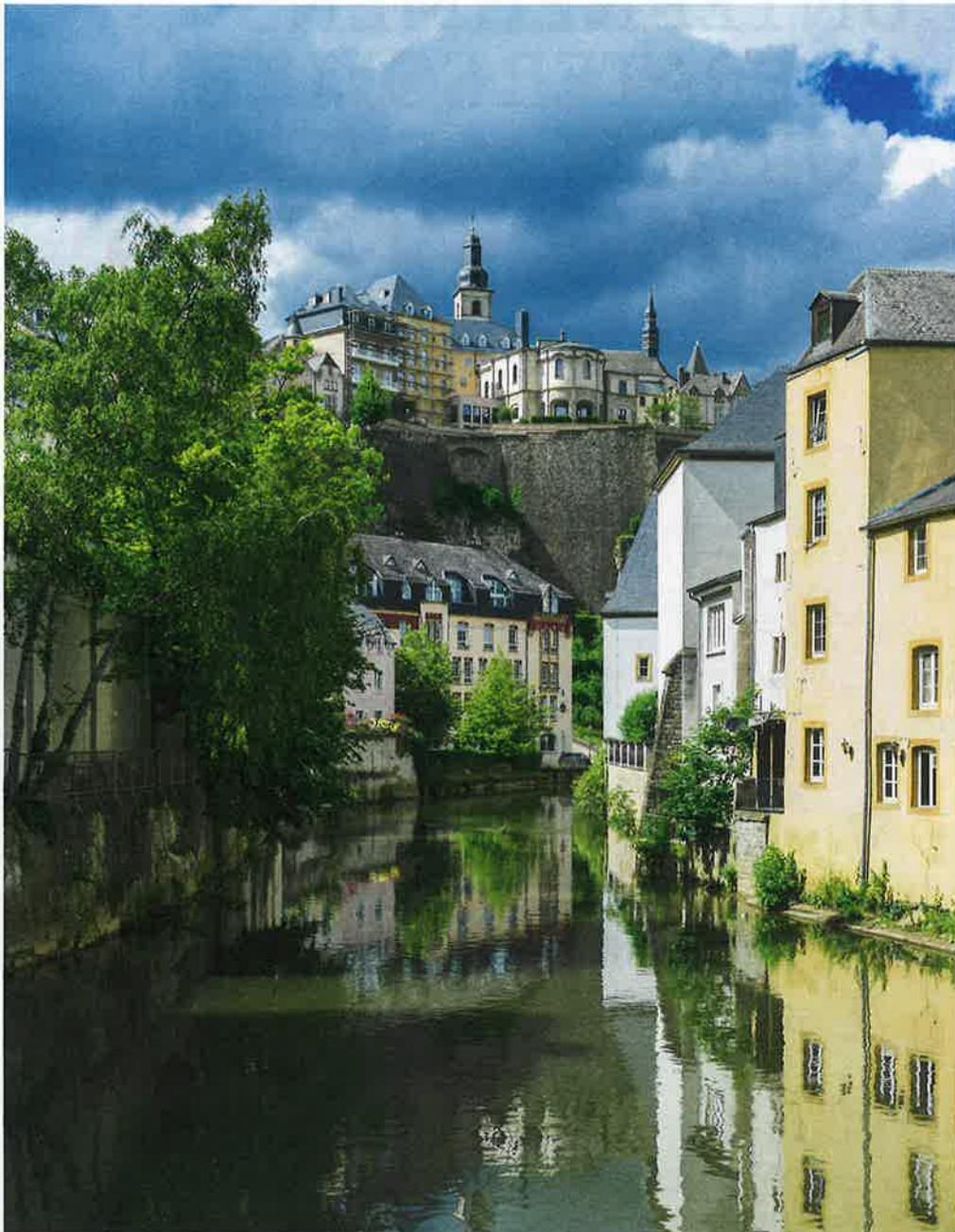
Das Gebäude selbst verfügt über neueste Gebäudetechnik insbesondere im Bereich der Klimatechnik und LED-Lichttechnik. Bei der Ausschreibung der Gastronomie wur-

de neben einer gesunden und ausgewogenen Ernährung mit regionalen Produkten auch streng auf Nachhaltigkeitskriterien geachtet.

Union Investment Luxembourg ist eine der größten Kapitalverwaltungsgesellschaften deutscher Herkunft am Finanzplatz Luxemburg. Attrax Financial Services ist ein Fullservice-Anbieter im Fondsgeschäft und eine große europäische Fondsplattform. *mab*

● *Die Beschäftigten können ihren Arbeitsplatz nach aktueller Tätigkeit wählen.*

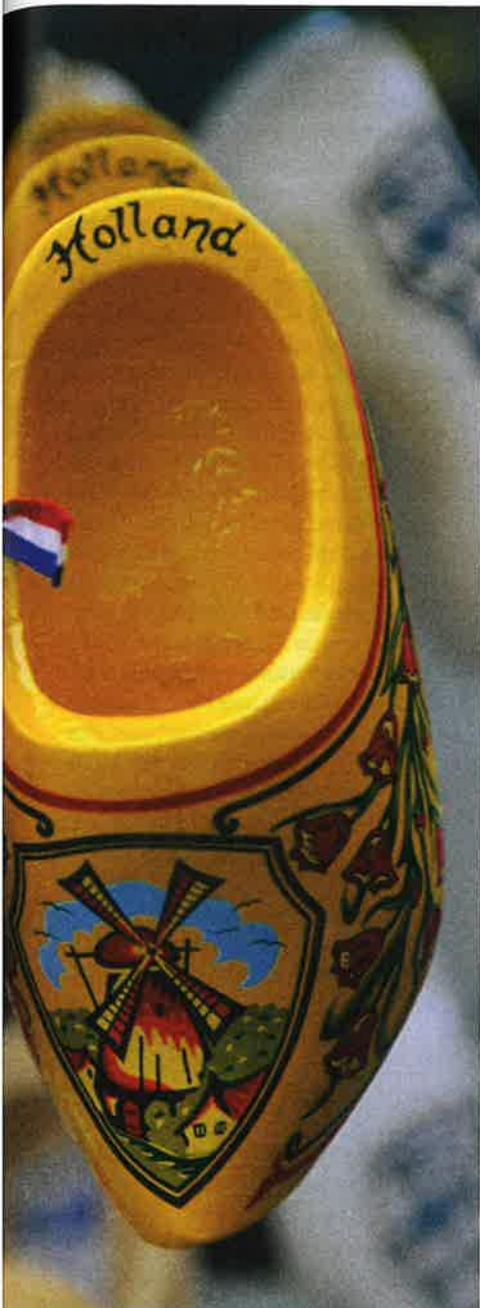
Maria Löwenbrück



Paradies bleibt Paradies

Eine **Reform des Weltsteuerrechts** steht kurz bevor. Unternehmen sollen sich nicht mehr am Fiskus vorbeischieben können, Digitalkonzerne extra zur Kasse gebeten werden. Doch das Ende des Steuerwettbewerbs bedeutet das nicht.

TEXT CHRISTIAN RAMTHUN



Geldwerte Standortleistungen
Unternehmensfreundliche Länder wie Luxemburg und Holland dürften auch in Zukunft attraktiv bleiben

Olaf Scholz blinzelt in den azurblauen Himmel, vor ihm ragt der Campanile in die Höhe, eine kühle Brise streicht von der Adria her über den Markusplatz. Als sich ihm die Mikrofone entgegenrecken, spricht der Finanzminister mit gewohnt leiser Stimme: „Heute haben wir eine historische Einigung erreicht. Wir schaffen eine gerechte Weltsteuerordnung. Kein Land soll sich mehr unfaire Vorteile durch Steuerdumping verschaffen.“ Scholz lächelt, atmet durch und genießt den Augenblick. Drei Jahre lang hat er darauf hingearbeitet, in Dutzenden, vielleicht Hunderten Gesprächen.

Der 9. Juli 2021 – er könnte für den Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidaten einen Triumph markieren. Denn dann sind Scholz und seine Amtskollegen aus den führenden G20-Staaten in Venedig verabredet, um eine Revolution des internationalen Steuerrechts zu beschließen. Und die Chancen stehen besser denn je, dass es diesmal nicht nur bei einer Absichtserklärung bleibt, so wie bei den vorangegangenen Treffen auf Bali, in Washington oder Chantilly. In Italien, da ist sich Scholz sicher, kommt es zum Schwur. Ein Durchbruch bahnt sich an. Oder aus Sicht des flüchtigen Geldes und seiner Helfer: der Tod in Venedig.

Ein Megadeal, nichts anderes wäre das, urteilt Deborah Schanz, die das Institut für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Ludwigs-Maximilians-Universität leitet: „Der Ausdruck Weltsteuerreform trifft die historische Bedeutung.“ Der Wettbewerb zwischen Staaten werde geringer, Steuer-oasen sollen ausgetrocknet werden.

Eine Weltsteuerreform also: Das wäre ganz nach dem Geschmack von Scholz, dem man manches vorwerfen kann, aber sicher nicht mangelndes Selbstbewusstsein. Wenn sie denn so kommt – und die Lieblingszuzugfluchten dank des Kleingedruckten nicht doch noch weitermachen dürfen.

Katz und Maus

Auf zwei Säulen soll diese neue globale Fiskalordnung ruhen, die im Rahmen der OECD in einem Kreis von mittlerweile gut 140 Ländern – und im Auftrag der G20 – vorangetrieben wird. Am wichtigsten für Scholz und seine Emissäre ist dabei Säule II: Sie regelt die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung von 12,5 Prozent, vielleicht sogar 15 oder 21 Prozent – damit kein Konzern sich mehr durch aggressive Gestaltung seinen Abgabepflichten entzieht. Für die 21 plädiert die neue US-Regierung, Scholz und sein französischer Kollege Bruno

Le Maire wären dabei. Säule I, die vor allem den Franzosen sehr am Herzen liegt, betrifft insbesondere Digitalkonzerne. Die Unternehmen sollen künftig auch in ihren jeweiligen Absatzmärkten Steuern zahlen.

Klingt einfach? Ist kompliziert. Ein Zwischenbericht der OECD umfasst rund 500 Seiten; viele Passagen sind noch umstritten, als „Diskussionspunkt“ markiert. Zoff gibt es vor allem um das Kleingedruckte, also jenseits der Höhe des Steuersatzes: Was gehört zur Bemessungsgrundlage, wie werden zum Beispiel Pensionsrückstellungen behandelt? Fraglich ist auch, ob und wie die Länder anschließend die OECD-Empfehlungen umsetzen werden. Und: Verstößt das neue Weltreglement womöglich sogar gegen geltendes EU-Recht?

Klar ist: Auf Zigtausende Unternehmen, Berater und Beamte kommt viel Arbeit zu. „Die 500 Seiten sind nicht das Ende des OECD-Projekts, sondern der Anfang einer hochbürokratischen Regelung“, prophezeit Berthold Welling, Geschäftsführer beim Verband der Chemischen Industrie. Nach seiner Einschätzung bedeuten die Beschlüsse auch nicht das Ende der Geschichte: Der steuerpolitische Standortwettbewerb lässt sich nicht totreglementieren, sondern wird womöglich noch verwickelter. Und Welling warnt: „Das Katz-und-Maus-Spiel zwischen den Staaten darf nicht auf dem Rücken der Unternehmen ausgetragen werden.“

Eine, die sich besonders gut mit dem Megaprojekt auskennt, ist Nadia Altenburg. Die Expertin für internationales Konzernsteuerrecht arbeitet bei der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg. Von März 2018 bis Mai 2019 ließ sich Altenburg nach Paris abordnen, um am Sitz der OECD ihre Expertise einzubringen. Sie arbeitete dort eng mit zwei Deutschen zusammen, die die Gespräche fachlich und organisatorisch führen: Martin Kreienbaum, im Bundesfinanzministerium Unterabteilungsleiter für Internationales Steuerrecht, und Achim Pross, Chef der OECD-Steuerfachabteilung.

Altenburg war gerade in Paris angekommen, als das deutsche Duo mit einem rasanten Schwenk die Verhandlungen rettete, die damals allein um eine Digitalsteuer kreisten und an einem heftigen Streit zwischen Frankreich und den von Donald Trump regierten USA zu scheitern drohten. Kreienbaum und Pross brachten damals erstmals eine globale Mindestbesteuerung ins Spiel und drehten die Gespräche. Das war ganz im Sinne von Scholz, dem es weniger um die Besteuerung einiger US-Hightechkonzerne geht als vielmehr um die Eindämmung eines „globalen Unterbietungswettbewerbs“.

Wie sieht Altenburg heute die zum Greifen nahen OECD-Beschlüsse? Die Regeln sind für sie zunächst nur ein Rahmen, die Umsetzung in nationales Recht werde „noch richtig spannend“. Für Deutschland und andere gebe es dabei sogar die Chance, das komplizierte Recht an Stellen zu entschlacken, wo es um das Stopfen von internationalen Schlupflöchern geht.

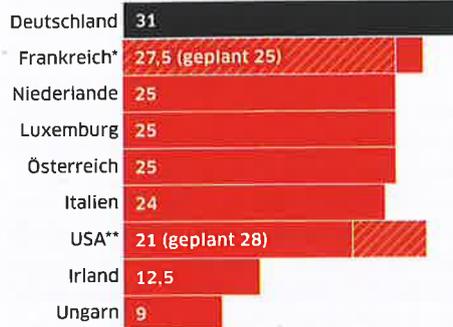
Doch für die Steuerberater, Altenburg lacht erfrischend ehrlich, bedeute die Neuvermessung der Steuerwelt zunächst einmal „noch mehr Arbeit“. Viele Konzerne müssten ihre Geschäftsmodelle, Gesellschaftsstrukturen und Unternehmensberichte überprüfen und gegebenenfalls neu aufsetzen. Dabei sei selbst den Fachleuten noch nicht klar, auf welcher Basis künftig Gewinne zu ermitteln seien. Fachbegriffe sirren durch die Telefonleitung: Rückstellungen, Tax Holidays, F&E, Patentboxen, FDII.

Auch auf die Juristen dürfte viel Arbeit zukommen. Altenburg nennt ein Beispiel: Ein Tochterunternehmen produziert in Ungarn Autoteile – dort liegt der Körperschaftsteuersatz bei neun Prozent – und beliefert die französische Mutter. Greift die Mindestbesteuerung für den Konzern, der die steuerlichen Standortvorteile Ungarns nutzt? Falls ja, könnte dies eine EU-rechtswidrige Diskriminierung sein.

Überhaupt könnten einige EU-Staaten die OECD-Pläne im Nachhinein torpedieren. Das liegt wieder am EU-Recht. Gerade

PARADIES UND HÖLLE

Wie Länder Unternehmen besteuern (in Prozent)



* nur Großunternehmen; ** nur Bundessteuer; Quelle: EY

bei der Mindestbesteuerung sieht Werner Haslehner, Rechtsprofessor für Europäisches und Internationales Steuerrecht an der Universität Luxemburg, einen „Konflikt mit den europäischen Grundfreiheiten“. Denn: Strafmaßnahmen zwischen EU-Ländern seien nicht mit dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung der Rechtsordnungen in den Mitgliedstaaten vereinbar, sagt Haslehner, es gelte das Prinzip der Gleichwertigkeit der Steuersysteme innerhalb der Union. Da haben Hinzurechnungssteuern und Betriebsausgabenabzugsverbote, wichtige Waffen zur Durchsetzung einer globalen Mindestbesteuerung, keinen Platz.

Es klingt paradox: Da verhandeln 140 Staaten bei der OECD und beschließen in gut

zwei Monaten wahrscheinlich eine Neuordnung der Steuerwelt – und die EU kann anschließend mit ihren 27 Mitgliedern gar nicht richtig mitmachen? Europa müsste sich wohl zunächst auf eine unionskonforme Richtlinie verständigen. Einstimmig. Also einschließlich Malta, Estland, Ungarn, Zypern, Irland – Länder, die im innereuropäischen Wettbewerb bisher mit attraktiven Steuerregimes punkten.

Da mögen Scholz und sein Kollege Le Maire sich schon über ein strengeres Steuerregime freuen und Einigkeit demonstrieren, doch Europa lässt sich nicht par Ordre du Mufti regieren. Das müssten die beiden eigentlich wissen. Über die Einführung einer Finanztransaktionsteuer streiten die Europäer beispielsweise seit zehn Jahren. Genauso lang brüten Berlin und Paris auch schon über eine gemeinsame Bemessungsgrundlage zur Unternehmensbesteuerung.

Selbst wenn sich die EU-Staaten am Ende also zusammenraufen – „eine Richtlinie räumt die unionsrechtlichen Bedenken weitgehend, aber nicht zur Gänze aus“, sagt Haslehner. Am Ende müsste der Europäische Gerichtshof entscheiden.

In den Niederlanden – das Land gilt als Steuerparadies für Holdings und Softwarefirmen – ist jedenfalls von Aufregung oder gar Panik nichts zu spüren. Bart Le Blanc, 47-jähriger Berater bei der internationalen Wirtschaftskanzlei Norton Rose Fulbright, schaut entspannt in die Videokamera. Übli-

cherweise arbeitet er im Rembrandt Tower, wo man aus 135 Meter Höhe einen fantastischen Blick auf das boomende Amsterdam hat. Überall wachsen neue Büros in die Höhe, in die Digitalunternehmen, Start-ups und Konzernzentralen drängen. „Im Moment sind wir mit dem Brexit gut beschäftigt“, sagt Le Blanc in seinem Homeoffice, die Ärmel locker hochgekrempt. Die Europäische Arzneimittelbehörde ist von London nach Amsterdam übersiedelt, viele Börsengeschäfte sind aus der Londoner City ebenfalls in die Grachtenstadt gewechselt.

Die Reize der Anderen

Warum? „Wir sind ein offenes Land“, sagt der Steuerexperte und zählt diverse Vorteile auf: Glasfasernetz, öffentlicher Nahverkehr, zentrale Lage in Europa, qualifizierte Arbeitskräfte, Willkommenskultur. Und steuerlich? Der Niederländer lächelt breit: „Unser Steuersatz liegt bei 25 Prozent.“ Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Gewinne aus Forschung, Entwicklung und Lizenzen können Unternehmen in eine sogenannte Patentbox stecken, dann gilt nur der halbe

Steuersatz. Auch sind die Finanzbeamten stets erreichbar und flott bei verbindlichen Auskünften in strittigen Steuerfragen.

Auch Luxemburg bleibt ein Stachel im Fleisch des Bundesfinanzministers. Der kleine Nachbar gilt als zweitgrößter Fondsstandort der Welt, nach den USA. Rund 15 000 Private-Equity-, Immobilien- und Investmentgesellschaften tummeln sich im Großherzogtum. Große Techkonzerne werden von einer neuen Digitalsteuer betroffen sein, sagt Jan Neugebauer, Partner bei der Kanzlei Arendt & Medernach. Nach den derzeitigen OECD-Entwürfen würden Amazon, Apple, Facebook und Google unter Säule I fallen, müssten also am Wohnsitz der Kunden und Nutzer Steuern zahlen. Aber „ein Großteil unserer Mandanten“, schätzt Neugebauer, „wäre nicht unmittelbar betroffen.“

Die meisten Unternehmen dürften daher weiterhin Luxemburgs Reize zu schätzen wissen, sagt Neugebauer: ein flexibles Gesellschaftsrecht, im Regelfall keine Umsatzsteuer für Fondsverwalter, steuerfreie Veräußerungsgewinne und Dividendenausüttungen, ein kurzer Draht zu den Auf-

sichtsbehörden, die Zweifelsfragen wie in den Niederlanden rasch klären. „Das schafft Sicherheit für Unternehmen“, sagt Neugebauer. In gewisser Weise ist er sogar froh über die zu erwartenden OECD-Beschlüsse. Die dürften vor allem Länder treffen, die außer extrem niedrigen Steuersätzen sonst nichts zu bieten hätten.

Die Niederlande und Luxemburg halten auch Deutschland den Spiegel vor: Der große Nachbar zeichnet sich durch behäbige Verwaltungen aus, hinkt bei der Digitalisierung hinterher, pflegt ein antiquiertes Gesellschafts- und Steuerrecht, hat mäßige Schulen. Die Weltsteuerreform würde Deutschlands Attraktivität kaum erhöhen, sagt der zuständige Berichterstatter in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Fritz Güntzler. Warum? Er rattert los: 30 bis 33 Prozent Unternehmenssteuerlast blieben viel zu hoch; Betriebsprüfungen, die sich drei, vier oder sieben Jahre hinschleppen, seien abschreckend; einbehaltene Gewinne würden kaum begünstigt; ein Steuerzins von sechs Prozent sei absurd hoch. Güntzler weiß, wovon er spricht: Seit bald drei Jahren kämpft er für ein moderneres Unternehmenssteuerrecht. Doch Scholz blockt.

Lieber schmiedet der wahlkämpfende SPD-Politiker eine Internationale gegen Steuerwettbewerb. Das bringt im linken Lager Punkte. Ob die große Reform aber am Ende hält, was sie verspricht – das wird sich wohl erst nach dem Wahltag klären. ■





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Rekordgewinn dank Pandemie

Cargolux fliegt 2020 ein Nettoergebnis von 769 Millionen Dollar ein

Von Marco Meng

Das letzte Jahr war außergewöhnlich, sagte gestern Cargolux-Chef Richard Forson bei der Präsentation der Geschäftszahlen für 2020 in der neuen Firmenzentrale in Sandweiler. Vor allem war es außerordentlich profitabel. Denn Cargolux erwirtschaftete im Pandemiejahr einen Nettogewinn von 768,7 Millionen US-Dollar (rund 636 Millionen Euro) – ein absoluter Rekord nach einem Gewinn von 20 Millionen Dollar im Vorjahr und das mehr als Dreifache des bisherigen Rekords von 2018 mit 211 Millionen Dollar.

Mit rund 1,1 Millionen Tonnen wurden um fast zehn Prozent mehr Güter transportiert als 2019. „Die Covid-19-Pandemie verdeutlichte die Bedeutung der Luftfracht in der globalen Lieferkette“, so Forson. „Wir hielten die Lieferketten aufrecht.“ Das Unternehmen habe sein Netzwerk angepasst, um seine Dienstleistungen zu optimieren und entsprechend den globalen Marktanforderungen zu operieren. Zu Beginn der Pandemie transportierte Cargolux vor allem Corona-Schutzrüstungen, zwischen China und Europa, aber auch zwischen Europa und den USA. Frachtflüge aus Asien steigerte Cargolux 2020 um 49 Prozent.

Die Gründe, warum trotz vielfacher Lockdowns das Luftfrachtgeschäft so gut abschnitt, sind vielfältig. Vor allem profitierte die Cargogesellschaft massiv davon, dass seit Beginn der Pandemie kaum noch Linienflugzeuge unterwegs sind und die Beifracht, die damit sonst transportiert wurde, seitdem die Laderäume von Frachtflugzeugen füllen. Der Abschwung zu Beginn des Jahres 2020 drehte sich ab März um: Die Nachfrage nach Transporten mit Cargolux seien massiv angestie-

gen, so Forson. Die hohe Nachfrage hatte zur Folge, dass auch der Preis und damit der Gewinn pro Kilogramm mit einem Plus von rund 30 Prozent deutlich wuchs. „Gleichzeitig profitierten wir auch davon, dass die Treibstoffpreise niedrig waren“, erläutert Cargolux-Finanzchef Maxim Strauss. Der Umsatz stieg auf 3,1 Milliarden US-Dollar nach 2,3 Milliarden Dollar 2019. Das Betriebsergebnis ohne Steuern und Zinsen (EBIT) erreichte 991 Millionen Dollar nach 114 Millionen im Vorjahr. Das Charter-Geschäft verzeichnete einen nie dagewesenen Anstieg von 400 Prozent.

Der Ausladefaktor hat sich auf 68,7 Prozent erhöht. Wie die Zahlen zeigen, konnte Cargolux 2020 insgesamt nicht nur mehr Tonnen fliegen als im Vorjahr und als 2018, sondern auch mehr Kilometer – im letzten Jahr waren es 8,934 Millionen Tonnenkilometer gegenüber 8,091 Millionen 2019 – vor allem konnte die Gesellschaft pro transportiertes Kilogramm aber auch deutlich mehr verdienen. So erklärt sich in Kombination mit günstigen Kerosinpreisen der Gewinn-sprung.

Als energieintensive Branche habe die Luftfracht ihre Verantwortung erkannt, und auch Cargolux wolle die ökologischen Auswirkungen ihrer Tätigkeit mindern, sagte gestern der Cargolux-Chef. Die Reduzierung der CO₂-Emissionen sei ein Hauptaugenmerk der Fluggesellschaft bei ihren Bemühungen, einen grüneren und schlankeren Betrieb zu etablieren. Ihre Treibstoffeffizienz habe die Luftfrachtgesellschaft im Jahr 2020 um drei Prozent verbessert, „und das trotz erhöhter Aktivität während des gesamten Jahres“, betont Forson. Erschwerend bei den Bemühungen, den ökologischen Fuß-

abdruck zu verringern, wäre, dass es derzeit noch kein gutes Angebot für Biotreibstoffe gäbe.

Was sie Aussichten für dieses Jahr betrifft, hält sich Forson bedeckt. Das hänge vom weiteren Verlauf der Pandemie und dem Impferfolg ab sowie davon, wie lange die Linienmaschinen am Boden bleiben. In der Transportbranche sei viel in Bewegung geraten, und eine Konsolidierung bei den Speditionen, den Auftraggebern für Nur-Frachtairlines wie Cargolux – zeichne sich ab. Die Dividende, die Cargolux seinen Aktionären auszahlt, werde prozentual dem entsprechen, was in der Vergangenheit ausgezahlt wurde, meinte Forson.

Christiane Wickler folgt auf Paul Helminger

Zur Nachfolgerin des kürzlich verstorbenen bisherigen Verwaltungsratspräsidenten Paul Helminger bestimmte am gestrigen Mittwochmorgen der Verwaltungsrat Christiane Wickler. „Eine Luxemburger Unternehmerin“, betonte Forson, „und die erste Frau, die dieses Amt bei Cargolux besetzt.“

Cargolux fliegt derzeit 30 Jumbos Boeing 747 und hat rund 2 370 Mitarbeiter, fünf Prozent mehr als 2019, davon 1 726 in Luxemburg. Die Luxemburger Frachtairline belegt aktuell den vierten Platz in der Rangliste der weltweit führenden Luftfrachtunternehmen des internationalen Luftfahrtverbands IATA und hat sich damit gegenüber dem letzten Jahr um zwei Plätze verbessert.

● *Wir hielten die Lieferketten aufrecht.*

Richard Forson, Cargolux-Chef

Mehr Transport zu höheren Preisen

Cargolux konnte 2020 mehr fliegen als im Vorjahr – vor allem konnte die Gesellschaft pro transportiertes Kilogramm deutlich mehr verdienen.

	2018	2019	2020
Umsatz in Milliarden US-Dollar	2,63	2,25	3,17
Nettogewinn in Millionen US-Dollar	211,2	20,2	768,7
Geflogene Luftfracht in Millionen Tonnen	1,053	1,009	1,107

Quelle: Cargolux

Covid-19 beschert Cargolux ein Rekordjahr

LUFTFRACHT Nettogewinn steigt auf 768,7 Millionen Dollar

Christian Muller

Das abgelaufene Geschäftsjahr war alles andere als ein normales Jahr für die Cargolux: Nach einem schlechten Jahresbeginn erwirtschaftete die Luftfrachtgesellschaft schlussendlich ein historisches Rekordergebnis. Das teilte das Unternehmen am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonferenz mit.

Angefangen hatte das Jahr 2020 nicht gut für die Luxemburger Cargolux. Die Konjunktur war dabei, sich einzutrüben. Bereits im Vorjahr war der Jahresumsatz der Luftfrachtgesellschaft um rund 16 Prozent auf 2,6 Milliarden Dollar zurückgegangen. In den ersten beiden Monaten 2020 wurde es nicht besser. In China standen die Fabriken still. Es gab kaum noch Waren zum Transportieren. „Das Jahr begann als eines der schlechtesten in unserer Geschichte“, so Finanzchef Maxim Straus. „Da hatten wir schon etwas Angst bekommen.“

Doch dann kam der Monat März. Während viele Passagierflugzeuge (die in normalen Zeiten etwa 50 Prozent der Luftfracht transportieren) am Boden blieben, explodierte weltweit die Nachfrage nach Schutzmaterial. Und plötzlich war die Nachfrage nach Transportmöglichkeiten größer als das Angebot. „Bis dahin wurde noch nie eine Maske per Luftfracht transportiert“, so Straus. Zwar sei die Nachfrage eingebrochen (um 11,8 Prozent), doch die Kapazität war noch heftiger zurückgegangen (24,2 Prozent).

Für die Geschäfte der Cargolux hatte eine gute Zeit begonnen, die bis heute andauert. Der Preis pro Kilo legte zu, mehr Tonnen wurden transportiert, die Auslastung der Flugzeuge stieg. Der Umsatz lag 2020 41 Prozent über dem des Vorjahres. Durch niedrigere Treibstoff-Preise sparte die Gesellschaft zudem etwa ein Drittel ihrer Treibstoffkosten.

Insgesamt konnte die Gesellschaft so bis zum Ende des Jahres einen Nettogewinn von 768,7 Millionen US-Dollar erwirtschaften. Das ist ein historischer Rekord für

das Unternehmen. „Dabei dachten wir, 2017 und 2018 wären Rekordjahre gewesen“, sagte Geschäftsführer Richard Forson gestern. Das bisher beste Ergebnis der Cargolux wurde im Jahr 2018 erwirtschaftet, ein Gewinn von 211 Millionen Dollar. Im Jahr davor, 2017, waren es 122 Millionen Dollar Gewinn. „Ohne die Pandemie wäre das nicht passiert.“

Die gute Konjunktur hält weiter an

Die guten Geschäftsbedingungen für die Cargolux halten derweil weiter an. „Auch zu Jahresbeginn ist die Nachfrage nach Luftfrachtdienstleistungen immer noch höher als das Angebot“, so Forson. Das erste Halbjahr verlaufe sehr gut – und auch für das zweite Halbjahr seien die Anzeichen gut. Er hoffe auf einen Umsatz in gleicher Höhe wie im Jahr 2020. „Aktuell sind weltweit alle Cargo-Flieger, die fliegen können, auch in der Luft“, so Maxim Straus. „Selbst die, deren Betrieb sich noch vor zwei Jahren nicht mehr lohnte.“

Die Gesellschaft, die Anfang 2020 in ihre neue Firmenzentrale bei Sandweiler umgezogen ist, hat letztes Jahr zusätzliches Personal eingestellt. In Luxemburg beschäftigt sie nun 1.726 Mitarbeiter (ein Plus von mehr als 100 Personen) und weltweit zählt sie 642 Mitarbeiter. 2015 hatte Cargolux insgesamt erst 1.880 Angestellte.

Die luxemburgische Gesellschaft wurde vor nunmehr 51 Jahren gegründet. Letztes Jahr feierte sie ihren 50. Geburtstag. Ihre Flotte besteht aus 14 Boeing 747-8- und 16 Boeing-747-400-Frachtern. Seit 2016 gilt die Cargolux als siebtgrößter Fracht-Carrier der Welt (laut transportierten Tonnen pro Kilometer). Letztes Jahr rückte sie im Ranking auf den sechsten Platz vor. In den ersten beiden Monaten 2021 verbesserte sie sich noch weiter und erreichte den vierten Platz.

Trotz dieser sehr positiven Entwicklung bleibt Forson vorsichtig.

Foto: Cargolux

„Sobald die Passagierflieger wieder fliegen, wird alles wieder anders sein“, warnt er. Und: „Wenn die Wirtschaft wieder langsamer zu drehen beginnt, dann gibt es wieder zu viel Kapazität.“

„Wir sitzen nicht auf einem Berg von Geld“

Den Löwenanteil des erwirtschafteten Gewinnes will er somit nutzen, um die Gesellschaft zu stärken und auf den erwarteten härteren zukünftigen Wettbewerb vorbereitet zu sein. Er sieht weltweit neue Konkurrenten, die in den Markt drängen. Auch kann er sich noch an schlechte Jahre erinnern: Im Jahr 2009 stand beispielsweise ein Verlust von 159 Millionen in den Büchern der Cargolux. Bei den Passagierfluggesellschaften habe man 2020 gesehen, wie schnell sich die Lage wenden kann, so der Geschäftsführer. Nach einigen guten Jahren kam Covid-19 ... und viele Gesellschaften brauchten staatliche Hilfe.

„Die Luftfahrt ist ein sehr kapitalintensives Geschäft“, so Richard Forson, der zuvor Finanzchef bei der Cargolux war, weiter. „Ich will Reserven in der Firma halten.“ Zudem seien einige Flugzeuge bereits etwas älter und man müsse sich Gedanken über Neuzukäufe machen. Dabei koste ein Flugzeug rund 150 Millionen Dollar. Die Gesellschaft sei relativ hoch verschuldet, fügte Straus hinzu. Die Schulden belaufen sich auf 1,5 Milliarden Euro. „Insgesamt bleiben wir also im Negativen“, unterstreicht der heutige Finanzchef. „Wir sitzen nicht auf einem Berg von Geld.“

Die Aktionäre dürfen sich dennoch über eine Dividende freuen. Eine genaue Zahl nannte der Geschäftsführer nicht, nur dass der

Anteil am Gewinn etwa gleich hoch bleibe wie in den Vorjahren. Es dürfte sich demnach um etwa 110 Millionen Dollar handeln.

Des Weiteren zeigte sich am Mittwoch die neue Verwaltungsratspräsidentin, Christianne Wickler, der Presse. Sie ist Nachfolgerin von Paul Helminger, der vor rund zehn Tagen verstorben ist. Die Unternehmerin und Mutter von vier Kindern übernahm

1982 eine kleine Tankstelle in Oberpallen, die ihr Vater ihr anvertraut hatte. Sie entwickelte das Pall Center, das sie seit 38 Jahren meisterhaft führt, so die Cargolux. Heute zählt ihr Unternehmen mehr als 300 Mitarbeiter. Von Transportminister François Bausch wurde die ehemalige Grünen-Abgeordnete gefragt, ob sie Interesse an dem Posten hätte. Wichtigste Anteilseigner der

Cargolux sind die Fluggesellschaft Luxair (35,10 Prozent), die chinesische HNCA (35 Prozent), die BCEE (10,9 Prozent), die staatliche Entwicklungsbank SNCI (10,67 Prozent) sowie der luxemburgische Staat (8,32 Prozent). Bei Luxair haben Staat und BCEE gemeinsam eine Entscheidungsmehrheit von rund 60 Prozent.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

SnT: die Hightech-Schmiede der Uni

LUXEMBURG Direktor Björn Ottersten im Gespräch

Yves Greis

Auf Kirchberg, direkt am Boulevard Kennedy, steht das „Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust“ (SnT) – die Hightech-Schmiede der Universität. Von außen sieht das Institut recht unscheinbar aus, doch hier beschäftigen sich Forschende mit so großen Zukunftsthemen wie der Künstlichen Intelligenz, Datensicherheit und Cyberkriminalität. Und sind dabei immer darauf bedacht, greifbare Resultate für Gesellschaft und Wirtschaft zu liefern. Das Tageblatt hat sich mit dem Direktor der Einrichtung, Björn Ottersten, unterhalten, um mehr zu erfahren.

Die Projekte des SnT sind so vielseitig wie interessant. So hat das SnT in seinem Keller eine nachgebaute Mondlandschaft. In ihr werden Sensoren für Mond-Rover getestet. Andere Forschende arbeiten an einem Computerprogramm, das menschliche Sprache versteht und auf Beschwerden von Software-Anwendern (sog. Bug Reports) reagieren kann.

Ottersten steht der Einrichtung seit 2009, seit ihrer Gründung, vor. „Ich habe mich immer dafür interessiert, wie Forschung die Gesellschaft beeinflussen kann“, erzählt er im Gespräch mit dem *Tageblatt*. „Als Ingenieur habe ich öfters mit Unternehmen zusammengearbeitet und während meiner ganzen Karriere habe ich immer gerne gesehen, wie Forschung genutzt wird.“ Diese Leidenschaft hat er mit ans SnT gebracht. „Ich habe großes Glück gehabt, dass ich Menschen einstellen konnte, die diese Vision mit mir geteilt haben.“ Einen Elfenbeinturm will Ottersten nicht leiten: „Nicht alle Akademiker sind daran interessiert, an praktischen Problemen zu arbeiten. Ich glaube fest daran und habe das ins Zentrum unserer Anstrengungen gestellt.“

Talente nach Luxemburg locken

Ottersten sieht es auch als eine seiner Aufgabe an, junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ins Großherzogtum zu locken. „Unsere Aufgabe ist es, Talente aus der ganzen Welt nach Luxemburg zu ziehen und ihnen eine erstklassige Doktorandenausbildung zu geben.“ In Luxemburg mangle es an Leuten, die sich mit Digitalisierung auskennen. Viele Studierende aus Luxemburg entscheiden sich eher für ein Wirtschafts- oder Jurastudium. „Vor 30 Jahren standen die USA und UK vor dem Problem, dass sich nicht genügend junge Leute für STEM (Sciences, Technologies, Engineering & Math) interessiert haben. Heute gibt es das Problem in Europa. Wir haben nicht genug Studierende, um die Nachfrage zu befriedigen“, sagt Ottersten. Das treffe insbesondere auf das Großherzogtum zu: „Luxemburg hat einen großen Dienstleistungssektor. Dieser wird immer digitaler. Das sorgt für eine überproportionale Nachfrage nach solchen Fachkräften.“ Ottersten glaubt, dass diese Nachfrage nicht alleine mit einheimischen Fachkräften gestillt werden kann: „Wenn wir junge Leute aus Luxemburg dafür interessieren können, STEM zu studieren, fände ich das exzellent. Das wird meiner Meinung nach aber nicht ausreichen.“

Dass sich der Dienstleistungssektor tatsächlich immer mehr für Hightech und Innovation interessiert, zeigt die lange Liste an Dienstleistern, mit denen das SnT heute zusammengearbeitet. Viele kommen aus dem Finanzbereich. Einige prominente Beispiele sind: BCEE, BGL BNP Paribas, CSSF, Clearstream, VNX, der Bankenverband ABBL und der Versorger Encevo. International arbeitet SnT mit Fintech-Unternehmen wie PayPal und

Ripple zusammen. „Als wir 2009 angefangen haben, haben wir nur mit Technologieunternehmen zusammengearbeitet. Heute stellen wir fest, dass wir mit allen Sektoren zusammenarbeiten können.“

Luxemburgs Unternehmen wettbewerbsfähig machen

Diese Partnerschaften sind für Ottersten der Königsweg, um die Forschung in der „richtigen Welt“ zu erproben. „Der Technologietransfer hat zwei Seiten. Zum einen, indem wir Unternehmertum fördern und Spin-offs gegründet werden. Zum anderen, indem wir mit Unternehmen zusammenarbeiten und ihnen helfen, durch Innovation wettbewerbsfähiger zu werden.“ Spin-offs und unternehmerische Fähigkeiten seien wichtig, aber die Stärkung von Unternehmen in Luxemburg sei noch wichtiger. Die Partnerschaften ermöglichen es jungen Forschenden, mit Unternehmen zusammenzuarbeiten, Inspiration und Training zu erhalten, um ihr Spin-off zu gründen oder besser zu managen. Gewöhnlich handelt es sich bei den Partnerschaften des SnT um langfristige Kooperationen. Die SnT-Forschenden sitzen zum Teil mehrere Tage in der Woche im Unternehmen und die Unternehmen bezahlen die Forschung teilweise, wie Ottersten erklärt. Derzeit verfügt das SnT über 55 solcher Kooperationen.

Ein konkretes Beispiel: „Die Finanzinstitutionen müssen heutzutage viele Informationen über ihre Kunden sammeln, um beispielsweise Korruption und Betrug vorzubeugen. Das ist eine sehr mühselige Arbeit, die oft von Hand gemacht werden muss. Wir haben Projekte, die sich damit beschäftigen, wie das automatisiert werden kann. Dabei wird das Netz nach öffentlichen Datenbanken durchforstet und Informationen werden gesammelt, um den Banken mit ihrem KYC-

Prozess unter die Arme zu greifen.“ Mit der Bankenvereinigung ABBL zusammen forscht das SnT an Wegen, diese Informationen auf sichere Weise mit anderen Finanzunternehmen zu teilen, sodass sie nicht mehrfach erhoben werden müssen, und daran, wie das Unternehmen, das die Informationen gesammelt hat, dafür entlohnt werden kann. Als die Universität 2003 entstanden ist, sind Hochschuleinrichtungen, die es damals schon vereinzelt in Lu-

xemburg gegeben hat, darin aufgegangen. Das SnT befindet sich heute an der Stelle auf Kirchberg, wo früher das „Institut supérieur de technologie“ (IST) war und benutzt zum Teil dessen alte Räume (ein anderer Teil des SnT sitzt auf Belval). Das SnT sei aber nicht als Nachfolger des IST zu verstehen, erklärt Ottersten. „Die Rolle des IST hat die Fakultät für Naturwissenschaften, Technik und Medizin übernommen und SnT-Professoren nehmen teil an der Lehre in Bachelor- und Master-

studiengängen der Fakultät. Die Lehrprogramme haben sich in der Zwischenzeit natürlich komplett verändert. Das SnT haben wir von Grund auf neu geschaffen, als ich hierhergekommen bin.“

Insgesamt arbeiten 380 Personen am SnT. Die PhD-Kandidaten und -kandidatinnen sind am SnT angestellt. Sie werden nicht als Studierende behandelt, sondern als vollwertige Forschende, erklärt Ottersten.

Solarpanels aus Mondgestein

Das Start-up Maana Electric aus Bettemburg will Photovoltaikanlagen vor Ort herstellen – im Weltall und in der Wüste

Von Thomas Klein

Die Menschheit will zurück zum Mond. Bereits 2024 wird zum Beispiel die Nasa wieder eine bemannte Mission zum Erdtrabanten schicken. Aber zum ersten mal gibt es nun auch Pläne, eine dauerhafte Basis auf dem Mond zu errichten. Jan Wörner, bis Februar der Chef der Europäischen Weltraumorganisation ESA, brachte sogar die Idee eines „Monddorfes“ nach Vorbild der Internationalen Raumstation ins Spiel.

Sollten sich solche Gedankenspiele realisieren, gilt als ausgemacht, dass überwiegend vor Ort vorhandene Ressourcen genutzt werden, um eine solche Mondstation aufzubauen und zu unterhalten. „Für alles was man auf dem Mond machen will, benötigt man Energie – zum Beispiel, um Sauerstoff und Wasserstoff zu erzeugen oder um robotische Systeme oder Computer zu betreiben“, sagt Joost van Oorschot, einer der Gründer und CEO des Start-ups Maana Electric mit Sitz in Bettemburg. Der Unternehmer glaubt, die Lösung für diese Herausforderung gefunden zu haben. Das Start-up arbeitet nämlich an einer neuen Technologie, die es möglich machen soll, die Materialien, die für den Bau von Solarpanels benötigt

werden, direkt aus dem Mondgestein Regolith zu gewinnen. „Mit unserem Verfahren können wir die verschiedenen Mineralien, die im Regolith enthalten sind, voneinander trennen und zum Beispiel das Silikon, das wir für die Herstellung von Solarpanels brauchen, in einem hohen Reinheitsgrad erzeugen“, erklärt van Oorschot. Technische Details zu der Technologie will er nicht preisgeben, er betont aber, dass das Verfahren unter Laborbedingungen bereits funktioniert.

Testlauf in der Wüste

Getestet werden soll die Technologie aber zunächst nicht auf dem Mond, sondern in der Wüste. Denn das Verfahren kann die Rohstoffe für die Herstellung von Solarzellen auch herkömmlichem Sand entnehmen. Zu diesem Zweck hat das Unternehmen einen Prototyp einer solchen Minifabrik für Solarzellen gebaut, der ab dem kommenden Jahr in der Wüste zum Einsatz kommen soll. „Im wesentlichen sind das komplette Fertigungsanlagen in Schiffcontainers. Das Wüstensystem besteht aus mehreren solcher Schiffcontainers und kann Solarzellen von etwa einem Megawatt Leistung pro Jahr herstellen“, erklärt van Oorschot. Die nächste Generation die-

ses Systems soll dann eine Kapazität für die Herstellung von Solarzellen von zehn Megawatt Leistung haben.

Der Vorteil dieser kompakten Produktionsanlagen ist, dass man sie direkt dorthin transportieren kann, wo die Solarzellen benötigt werden. Da die erforderlichen Materialien der Umgebung entnommen werden können, seien keine komplexen Lieferketten notwendig, was wiederum Kosten spare. Darüber hinaus komme diese Herstellungsweise mit weniger Chemie aus als bestehende Verfahren und sei deswegen deutlich günstiger. „Neunzig Prozent der Kosten eines herkömmlichen Solarmoduls entfallen auf die Materialien, die benötigten Chemikalien und den Strom, der zur Herstellung dieser Solarmodule verwendet wird. Wenn wir die Rohstoffe aus dem Gestein selbst erzeugen und Strom aus Solarmodulen gewinnen, die wir selbst produziert haben, gibt es dort große Einsparungen“, so der Gründer.

„Wir wollen das Verfahren zunächst auf der Erde anwenden. Wenn wir genügend Erfahrung damit haben und die Technologie konstant läuft, wollen wir das gleiche auf dem Mond machen“, sagt van Oorschot. „Das Problem in der

Weltraumindustrie ist häufig, dass zehn Jahre oder mehr vergehen bis eine Idee wie eine Mondmission dann auch tatsächlich umgesetzt wird. Die große Frage ist, wie finanziert man sich in der Zwischenzeit? Daher haben wir uns entschieden, unser Geschäftsmodell zunächst auf der Erde zu entwickeln.“ Die Firma hat derzeit bereits etwa 30 Mitarbeiter, die meisten davon sind Ingenieure. In den kommenden Monaten will das Unternehmen zusätzliches Personal rekrutieren. Die derzeitige Niederlassung in Bettemburg wird daher bald zu wenig Platz bieten. In diesem Jahr ist deshalb der Umzug auf ein neues Firmengelände nach Foetz geplant.

Nach Luxemburg kam das Unternehmen des Niederländers van Oorschot, nachdem es einen Wettbewerb der Luxembourg Space Agency gewann. Derzeit erzielt Maana Electric auch Einnahmen aus Forschungsverträgen mit der ESA für die Weiterentwicklung seiner Technologie. Zusätzlich ist das Unternehmen für die angepeilte Expansion auf der Suche nach weiteren Investoren. Das sei aber während der Covid-Pandemie nicht leicht, betont Joost van Oorschot.

Starthilfe für Weltraum Start-ups

Ein neues Programm fördert junge Unternehmen im Bereich „Space Resources“

Von Thomas Klein

Luxemburg setzt weiterhin auf die Nische „Space Resources“, um seine Wirtschaft zu diversifizieren. Bereits zum dritten Mal findet diese Woche die „Space Resources Week“ im Großherzogtum statt, nach Angaben der Veranstalter die weltweit größte Konferenz, die sich der Nutzung von Rohstoffen im Weltraum widmet. Dass das ein entscheidendes Segment der Weltraumforschung in den nächsten Jahren sein wird, davon waren alle Redner der gestrigen Eröffnungsveranstaltung überzeugt. „In dieser Dekade wird die Menschheit zum Mond zurückkehren. Und dieses Mal werden wir dort bleiben“, so zum Beispiel Walther Pelzer aus dem Vorstand des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). Egal, ob eine permanente Mondbasis oder eine bemannte Mission zum Mars, für alle ehrgeizigen Projekte, die die Raumfahrtagenturen in den nächs-

ten zehn Jahren planen, sei es unerlässlich, die im Weltraum vorhandenen Ressourcen zu nutzen. Luxemburg will dabei eine wichtige Rolle spielen. „Durch die Positionierung des Großherzogtums als europäisches Zentrum für die Nutzung von Ressourcen im Weltraum zeigt Luxemburg erneut, dass es zukunftsorientiert ist“, erklärt Wirtschaftsminister Franz Fayot.

Start-ups an Luxemburg binden

Während die Ankündigung des Großherzogtums, Rohstoffe im Weltall gewinnen zu wollen, zunächst mit Skepsis aufgenommen wurde, wird inzwischen deutlich, wie die Schritte dahin aussehen sollen. Im letzten Jahr ist mit dem „European Space Resources Innovation Centre“ (ESRIC) ein Forschungszentrum ins Leben gerufen worden, das die technische Grundlagen für den Abbau von Rohstoffen im All legen soll, und nun möchte das Wirtschaftsminis-

terium in einem nächsten Schritt junge Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, nach Luxemburg lotsen. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Weltraumagentur ESA, dem Inkubator Technoport und der Luxemburger Weltraumorganisation LSA werden Start-ups der Weltraumbranche gefördert. „Das Programm hat drei Phasen: Zwei Mal im Jahr können bis zu fünf Firmen an unserem Mentoring-Programm teilnehmen“, erklärt Mathias Link, der Interimsdirektor des ESRIC. Im Rahmen dieses Vorhabens werden die Unternehmen dabei unterstützt, ihre Geschäftsmodelle und Businesspläne zu verfeinern.

Die zweite Säule ist ein Inkubator, der im Technoport in Belval angesiedelt ist. Die besten Unternehmen können dort Büros beziehen, die Weltraumlabs und die technische Infrastruktur des ESRIC nutzen, um ihre Technologien zu testen und erhalten auch fi-

nanzielle Zuschüsse, sofern es ihnen gelingt, auch private Investoren wie Risikokapitalgeber von ihrer Idee zu überzeugen. Schließlich sollen Start-ups, das ist die dritte Säule, die besonders gut zu den Forschungsschwerpunkten passen, in dauerhaften Kooperationen ans ESRIC gebunden werden. „Die Idee ist, Unternehmen zu finden, die unsere langfristige Vision teilen, die aber andererseits auch kurzfristig funktionierende Geschäftsideen mitbringen“, so Link.

Um diese Unternehmen zu finden und von dem Programm zu überzeugen, will das ESRIC die Netzwerke der ESA nutzen und in nächster Zeit auf internationalen Branchenevents die Werbetrommel rühren. Im Laufe des zweiten Halbjahrs soll das Programm weiter Gestalt annehmen.

Space Resources Week

Zum dritten Mal findet die Space „Space Resources Week“ vom 19. bis zum 22. April in Luxemburg auf dem Messegelände auf Kirchberg statt. Aufgrund der Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie ist die Konferenz im „phygitalen Modus“ angelegt, also eine Mischung aus Präsentationen vor Ort und via Videokonferenz. Vortragen

werden 115 Experten aus der Raumfahrtbranche, zum Beispiel von der Europäischen Raumfahrtagentur ESA oder der NASA. Registriert sind etwa 1 300 Zuschauer. Organisiert wird der Kongress von dem European Space Resources Innovation Center (ESRIC) in Zusammenarbeit mit der ESA und der Luxembourg Space Agency (LSA). *ThK*

Der Strom, der vom Mond kommen soll

Luxemburg hat sich zum europäischen Aushängeschild für die Weltraumforschung entwickelt. Einige Erfindungen haben aber bereits auf der Erde viel Potenzial.

VON HÉLÈNE MAILLASSON

LUXEMBURG Luxemburgisch spricht er noch nicht, das Geschäft läuft auf Englisch einwandfrei. Dass der Niederländer Joost van Oorschot sein Start-up-Unternehmen Maana Electric vor knapp drei Jahren ausgerechnet im Großherzogtum gründete, ist aber kein Zufall. Als erstes europäisches Land, und als zweites Land weltweit nach den USA, hat Luxemburg bereits 2017 ein Weltraumgesetz verabschiedet. In erster Linie sollen dadurch künftige Aktivitäten im Bereich Weltraumbau reguliert werden – also ganz konkret, wem Ressourcen wie seltene Erden gehören, die auf anderen Planeten und Asteroiden gefördert werden könnten. Dafür wollte der damalige Vize-Premierminister Etienne Schneider Forschungsunternehmen aus der ganzen Welt ins Großherzogtum locken, um gemeinsam an dem großen Ziel im All zu tüfteln.

„Das Weltraumprogramm war ausschlaggebend für uns. In Luxemburg gibt es zurzeit zwischen 50 und 60 Firmen, die im Bereich Weltraumforschung aktiv sind. Viele von ihnen arbeiten an Projekten, die sich mit unseren Aktivitäten ergänzen“, sagt Fabrice Testa, Mitbegründer von Maana Electric. Mehr als 30 Mitarbeiter arbeiten bei dem Start-up und weitere Stellen sind ausgeschrieben. Das junge Unternehmen entwickelt ein au-

tonomes System für die Produktion von Solarmodulen. Die Innovation daran: Das System braucht nur eine sandige Oberfläche und Strom zum Funktionieren. „Die herkömmliche Produktion von Solarmodulen wird zurzeit von China beherrscht. Dabei werden viele chemische Stoffe und Unmengen an Wasser verwendet. Unser Prozess ist zu 100 Prozent rein und benötigt kein Wasser“, erklärt Testa. „Außerdem sind

wir viel günstiger als die bisherigen Produkte, da wir nur Sand und Elektrizität brauchen“, sagt er. Die mobile Produktionsstätte

nutzt ihren eigenen

Strom als Vorleistung und so können die Solarzellen direkt da produziert werden, wo sie gebraucht werden. Das macht die Erfindung vor allem für die Mondforschung interessant. Denn die dortige Oberfläche besteht aus Regolith, ein sandartiges Gestein, das auch als Rohstoff für die Produktion von Solarpanelen verwendet werden könnte.

Was sich nach Science-fiction anhört, ist für das Team von Maana Electric kein Hirngespinnst. Die ersten Versuche im Labor waren nach eigenen Angaben erfolgreich. „Bis Ende des Jahres wird unser erster Prototyp fertig“, so Testa. „Im kommenden Jahr starten wir dann unsere ersten kommerziellen Projekte“, fügt er hinzu. Denn auf dem Mond ist zwar noch kein Luxemburger gelandet, geschweige denn ist dort eine Geschäftsidee umgesetzt worden. Doch das Potenzial der Erfindung von Maana Electric hat auch Kunden auf der Erde neugierig gemacht. Und Wüstenabschnitte, die zwar eine unwirtliche Umgebung darstellen aber wo Sand und Sonne keine Mangelware sind, gibt es hier genug. „Die meisten unserer Kunden planen Solarpark-Großprojekte. Durch unsere neue Technologie können sie nicht nur ihre Kosten erheblich re-

duzieren, sondern auch versichert sein, dass diese Solarzellen absolut ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt werden“, meint er. Kundennamen will das Unternehmen vor dem Start des Projektes aber noch keine preisgeben.

Doch nicht nur für die einzelnen Start-ups, sondern für den ganzen Staat gewinnt die Branche an wirtschaftlicher Bedeutung. Laut luxemburgischer Regierung macht die Luft- und Raumfahrt heute vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) des Landes aus und beschäftigt mehr als 500 qualifizierte Mitarbeiter. Sie zählt sieben Forschungszentren und mehr als 20 spezialisierte Unternehmen. Neben dem Projekt von Maana Electric werden unter anderem Mikrosatelliten gebaut und Ersatzteile für Raketen mit 3-D-Druckern entwi-

ckelt. Außerdem bietet die Universität Luxemburg einen entsprechenden Studiengang.

Wurden vor vier Jahren die luxemburgischen Ambitionen im All noch etwas belächelt, hat sich das Land mittlerweile einen Pioneer-Status erarbeitet. Diese Woche findet zum dritten Mal die „Space Resources Week“ statt (online aufgrund der Pandemie). Rund 1300 Fachleute aus der ganzen Welt haben sich für die viertägige Veranstaltung angemeldet. Bei der Eröffnung würdigte auch Josef Aschbacher, Chef der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), die Rolle Luxemburgs. „Ich rechne weiterhin mit der Unterstützung und dem Leadership des Großherzogtums. Luxemburg ist ein zentraler Akteur im europäischen Raumfahrtsektor und insbesondere im Bereich der Weltraumressourcen“, sagte er.

„Bis Ende des Jahres wird unser erster Prototyp fertig.“

Fabrice Testa

Mitbegründer von Maana Electric

Musikpreis der Quattropole geht an Luxemburgerin

LUXEMBURG (red/itz) Die luxemburgische Künstlerin Anina Rubin gewinnt den Quattropole-Musikpreis, der von der Initiative zum zweiten Mal vergeben wurde und mit 10 000 Euro dotiert ist. Sie erhält ihn für ihr musikalisches Projekt „Mit dem Mond im Gesicht“. Laut Lydie Polfer, Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg, „überzeugte Anina Rubin mit ihrer bemerkenswerten Interpretation des Werkes

„Mit dem Mond im Gesicht“. Neben Anina Rubin standen Catherine Kontz aus Luxemburg-Stadt und die Metzger Musikgruppe Rémi Fox im Finale.

Anina Rubin experimentiert mit Klängen und Bildern. Dabei geht es ihr immer wieder auch um die Frage, ob etwas real ist, oder einfach nur eine Illusion. Im Jahr 2020 war sie Artist in Residence der Kulturfabrik in Esch. Dort setzte sie sich mit der Klangwelt der Eisenhütten auseinander. Das Projekt „Mit dem Mond im Gesicht“ fragt nach der Position des Menschen im Universum.

Der Quattropole-Musikpreis wird

von den Kulturämtern der Städte Luxemburg, Metz, Saarbrücken und Trier sowie der Geschäftsstelle des Städteverbands vergeben. Mitglied der Jury waren unter anderem Lydia Rilling, Chefdramaturgin an der Philharmonie Luxembourg, der Metzger Komponist Filippo Zapponi, Roland Kunz, Sänger, Komponist und Moderator aus Saarbrücken, und Falk Grieffenhagen, Mitglied der Gruppe „Kraftwerk“.

Die Komposition „Mit dem Mond im Gesicht“ kann man hier hören: www.youtube.com

Die Geschichte, die man nicht vergessen darf

ERINNERUNG Stolperstein-Verlegung in Esch und Schifflingen

Simone Mathias

Bewegende Momente: In Esch und Schifflingen wurden am Freitag feierlich die Stolpersteine verlegt, die an ermordete Juden und Widerständler erinnern sollen. Einige Gäste kamen sogar aus Israel angereist, um ihrer getöteten Verwandten zu gedenken.

Sara Wolf kam eigens mit ihrer 17-jährigen Tochter aus Israel, um der Stolpersteinverlegung in Esch und in Schifflingen beizuwohnen. Denn die Steine erinnern auch an ihre 1942 in Auschwitz ermordeten Verwandten, das Ehepaar Heinrich und Johanna Nussbaum (geb. Schmitz) sowie dessen 1932 geborenen Sohn Marcel. In einer ergreifenden Rede las Sara Wolf den letzten Brief vom zehnjährigen Marcel vor und betonte, dass die Fackel der Erinnerung an die nächste Generation weitergegeben werden muss. Das letzte Lebenszeichen von Johanna, Heinrich und Marcel Nussbaum sind ihre Namen auf der Transportliste des Zuges Nummer 30 von Drancy bei Paris nach Auschwitz am 9. September 1942.

In einer bewegenden Zeremonie fand am vergangenen Freitag eine Gedenkfeier auf dem Escher Synagogen-Platz im Beisein zahl-

reicher Gäste, u.a. des Schifflinger Bürgermeisters Paul Weimerskirch, des Escher Kulturschöpfen Pim Knaff, des Escher Rabbiners Alexander Grodensky und des Präsidenten der „Frënn vum Resistenzmusée“, Jim Goerres. Begleitet wurde die Feier durch musikalische Einlagen des Cellisten André Mergenthaler mit ausgewähltem Repertoire: gleich zu Beginn das Werk „Kol Nidrei“ von Max Bruch, das auf dem jüdischen Gebet „Kol Nidre“ basiert, das am Vorabend des höchsten jüdischen Feiertages, dem Jom Kippur, gesprochen wird. Nach den sehr persönlichen, sogar betroffenen Reden der geladenen Gäste und der Nationalhymne begaben sich die Teilnehmer zu den letzten Wohnsitzen der Opfer des NS-Regimes, um die Stolpersteine in den Bürgersteig einzulassen.

Normalerweise verlegt der deutsche Künstler Gunter Demnig, der die Stolperstein-Aktion in den 90er-Jahren ins Leben gerufen hat, die in Handarbeit hergestellten Messingtäfelchen selbst. Doch Pandemie-bedingt hatte der Künstler sein Kommen abgesagt. Die Verlegung der Steine wurde deshalb sowohl in Esch als auch in Schifflingen von den jeweiligen Gemeinden übernommen.

Bei jedem Stein, der stellvertretend für das jeweilige Opfer mit entsprechender Andacht ins Trottoir eingelassen wurde, lasen Historiker des Escher Resistenzmuseums Biografie und Schicksal der ehemaligen Bewohner vor. Dies wurde in Esch von Elisabeth Hoffmann und in Schifflingen von Jérôme Courtoy vorgenommen. Dazu sprach der Rabbi ein Gebet. Weiße Rosen wurden von den Teilnehmern auf den Täfelchen niedergelegt und die Vertreter der Gemeinde legten einen Kranz nieder. Es war ein berührender Moment.

Erst wenige Minuten nach der Verlegung blieben schon die ersten Passanten stehen, hielten an und schauten sich die in Messing eingravierten Namen genau an. Die meisten der Menschen wurden Opfer des Holocausts und der menschenverachtenden Rassenideologie der Nazis. Andere waren Widerständler. Sie wurden vertrieben, deportiert oder ermordet. Die Stolpersteine, die am Freitag vor den letzten Wohnstätten verlegt wurden, sollen an sie, die vor nicht allzu langer Zeit noch unter uns lebten, erinnern.

Das „Musée national de la Résistance“ bietet Gedenk- und Stolperstein-Rundgänge in Esch und Schifflingen an. Weitere Infos unter: www.mnr.lu oder per E-Mail an reservations@mnr.lu.

Erinnerungskultur pflegen

Bei 17 Häusern erinnern neue Stolpersteine an die Opfer des Nationalsozialismus

Von Raymond Schmit

Esch/Alzette/Schifflingen. Am 31. August 1942 um 18.02 Uhr löst Hans Adam die Werksirene bei Arbed Esch-Schifflingen aus und ruft damit zum Streik auf. Die sich daraus ergebene Streikwelle breitet sich wie ein Lauffeuer durch das ganze Land aus. Es ist die Antwort der Luxemburger auf die Verkündung der Wehrpflicht für die jungen Männer der Jahrgänge 1920 bis 1924 am Vortag durch Gauleiter Gustav Simon.

**Hans Adam,
der die Sirene auslöste**

Der deutschstämmige Hans Adam, Jahrgang 1894, arbeitet von 1912 an bei Arbed Esch-Schifflingen. Bis 1933 lebt er in Schifflingen, dann zieht er mit seiner Familie nach Esch/Alzette. Am Tag nachdem er die Sirene ausgelöst hat, am 1. September 1942, wird Adam unter dem Vorwand der Arbeitsverweige-

rung festgenommen, dann aber wieder freigelassen. Eine Woche später wird er erneut von der Gestapo verhaftet.

Hans Adam wird am 10. September von einem Sondergericht zum Tode verurteilt und einen Tag später in Köln-Klingelpütz hingerichtet.

**Heinrich Nussbaum, dessen
Flucht in Auschwitz endete**

Der deutschstämmige Jude Heinrich Nussbaum kommt 1928 nach Esch/Alzette und eröffnet dort eine Metzgerei. Am 10. Mai 1940, dem Tag des Einmarschs von Hitlers Truppen in Luxemburg, werden Heinrich, seine Frau Johanna und der achtjährige Sohn Bernard Marcel nach Frankreich evakuiert. Der Metzger beschließt angesichts der bedrohlichen Lage, nicht nach Luxemburg zurückzukehren. Die Familie wird allerdings im Sammellager Drancy interniert.

Am 9. September 1942 werden Heinrich, Johanna und Bernard Marcel Nussbaum nach Auschwitz deportiert und dort vergast.

Hans Adam und die Familie Nussbaum stehen stellvertretend für viele Widerstandskämpfer und jüdische Einwohner, die dem Naziterror während des Zweiten Weltkriegs zum Opfer fielen. Sie sind nicht vergessen. Um an sie zu erinnern, wurden in Esch/Alzette und Schifflingen nun bei 17 Häusern sogenannte Stolpersteine verlegt, die auf die ehemaligen Bewohner aufmerksam machen. Die Initiative dazu ging aus von den Freunden des Resistenzmuseums, der Ligue luxembourgeoise des prisonniers et déportés politiques aus Schifflingen, den Gemeinden Esch und Schifflingen und dem nationalen Resistenzmuseum.

**Bereits 100 Stolpersteine
in acht Luxemburger Gemeinden**

Die Verlegung der Stolpersteine ist eine Initiative des aus Berlin stammenden Künstlers Gunter Demnig. Die zehn mal zehn Zentimeter großen Messingsteine sollen an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Seitdem Demnig seine Aktion in den Jahren 1993/94 gestartet hat, wurden in Deutschland und 20 weiteren europäischen Ländern insgesamt 80 000 Steine verlegt. In Luxemburg befinden sich deren 100 in acht Gemeinden. Bei einer Gedenkfeier anlässlich der Verlegung der Stolpersteine auf dem Standort der früheren Synagoge in Esch war es von Paul Weimerskirch, dem Bürgermeister von Schifflingen, und dem Escher Schöffen Pim Knaff der eindringliche Appell, die Erinnerungskultur zu pflegen. „Wir müssen uns erinnern, um zu verhindern, dass sich die Gräueltaten wiederholen“, so Weimerskirch.

Der Countdown läuft

Bis zum festlichen Auftakt am 26. Februar 2022 ist es nicht mehr lange hin – und die To-Do-Liste ist lang. Generalkoordinatorin Nancy Braun zum Stand der Dinge.

Interview: Cheryl Cadamuro

Frau Braun, wie sieht es mit den Vorbereitungen zu Esch2022 aus?

Unsere To-Do-Listen sind lang und wir arbeiten mit Hochdruck an vielen verschiedenen Fronten. Das Programm für Esch2022 wird derzeit entwickelt und wir stellen es schrittweise vor. Etwa touristische Projekte in der Entwicklung, wie die Minett Cycle Tour in Zusammenarbeit mit dem ORT Süden, die kulturelle Bespielung des Minett Trail sowie eine Virtual Reality Bustour mit dem Startup Urban Time Travel in Belval, um nur einige zu nennen. Wir setzen zudem eine Nachhaltigkeitscharta mit dem Umweltministerium um, die als Leitfaden für all unsere Aktivitäten gedacht ist, auch die der Projektpartner. Außerdem sind wir in Gesprächen mit Partnern, die Esch2022 und die Projekte unterstützen möchten. Einige haben wir schon gefunden, mit anderen sind wir in Gesprächen. Uns ist es wichtig, Projektpartnern dabei zu helfen, Unterstützung zur Umsetzung ihrer Projekte zu finden. Es wurden digitale Matchmaking-Events organisiert, um die beiden Seiten – Künstler und Unternehmer – zusammenzubringen, woraus schon einige fruchtbare Verbindungen entstanden sind.

Inwiefern beeinflusst die Pandemie die Planung?

Prinzipiell halten wir zum aktuellen Zeitpunkt an unserem Programm fest. Vor Ort soll es Einheimischen und Besuchern ermöglicht werden, die Veranstaltungsorte im Rahmen etwaiger Einschränkungen zu besuchen. Wenn die Anzahl der Besucher auch nächstes Jahr noch begrenzt sein sollte, könnten Animationen zum Beispiel mehrmals angeboten werden, um die gleiche Anzahl von Plätzen wie geplant bereitzustellen. Auch im Kalender versuchen wir flexibel zu sein. Wir wollen sicherstellen, dass alle Projekte unabhängig von der Krise so gut wie möglich durchgeführt werden können. Außerdem spielt für unsere Aktivitäten die digitale Dimension eine wichtige Rolle. VR-Studios helfen uns, neue Inhalte zu erstellen, was es uns ermöglicht, Menschen von weit her einzubeziehen, falls noch Reisebeschrän-

kungen bestehen.

1995 stand die Hauptstadt im Mittelpunkt und mit ihr die ganz großen Shows, 2007 waren es dann die Großregion, ein blauer Hirsch und viele kleine Events. Inwiefern wird Esch2022 sich von den beiden vorangegangenen Ausgaben unterscheiden?

Unser Projekt unterscheidet sich von den Vorgängerprojekten in 1995 und 2007 insofern, dass wir ein breit angelegtes Grassroots-Movement, eine Bewegung aus der Bevölkerung heraus, gestartet haben. Und zwar grenzüberschreitend. Ein großer Teil aller Projekte wird von Gemeinden, von Einzelpersonen, von lokalen und regionalen Institutionen und Vereinigungen initiiert und umgesetzt. Sie alle treiben diesen Transformationsprozess an, wir unterstützen und fördern sowohl Partizipation als auch Barrierefreiheit, sodass die Teilnahme „aller“ in jeder Hinsicht sichergestellt ist.

Und was soll – optimalerweise – bleiben vom Kulturjahr 2022?

Unser Präsident Georges Mischo hat es schön auf den Punkt gebracht: Ziel von Esch2022 ist für ihn, dass unsere Bürger und unsere Gäste nach einer Veranstaltung oder einer Tour mit dem Gedanken nach Hause fahren, dass sie hier gerne leben oder uns unbedingt wieder besuchen möchten. Unsere Region gehört einfach auf ihre Bucket List. Wir leben Europa hier jeden Tag, Ländergrenzen zu überschreiten gehört zum Alltag vieler Menschen. Vor allem internationale Gäste können hier spüren, was es bedeutet, Europäer zu sein und wie Integration und Zusammenleben in Europa gut funktionieren kann.

„ Unser Projekt unterscheidet sich von den Vorgängerprojekten insofern, dass wir ein breit angelegtes Grassroots-Movement gestartet haben. “

Nancy Braun

Eine Übersicht

Esch/Alzette und die Südregion sollen wieder in neuem Glanz erstrahlen. Was ist bisher passiert - und wie soll es weitergehen?

Interview: **Cheryl Cadamuro**

Ein Grund zur Freude. Eigentlich. Denn Aufmerksamkeit hat Esch2022 vor allem im Vorfeld der Events durch Querelen und Streitigkeiten hinter den Kulissen hervorgerufen. Denn irgendwie ist der Wurm drin. Nachdem die ehemalige Bürgermeisterin von Esch/Alzette mit ihrem Projekt bei der Brüsseler Jury scheiterte, kamen 2016 Andreas Wagner und Janina Strötgen ins Spiel. Der Dramaturg und die Journalistin erarbeiteten ein Bid Book – und überzeugten mit einem neuen Konzept: Remix Culture. Esch/Alzette und die Südregion sollen von einer ganz neuen Seite gezeigt werden, die Jury in Brüssel stimmte zu.

Doch dann: Kritik aus den eigenen Reihen. Die Esch2022-Vereinigung bemängelte den fehlenden Professionalismus der beiden, ihre Verträge wurden nicht verlängert. Es kam, wie es kommen musste, die Presse meldete sich zu Wort – und der Schwelbrand verwandelte sich in ein loderndes Pulverfass. Mit der Ernennung von Nancy Braun als Koordinatorin und Christian Mosar als künstlerischer Leiter kehrte denn auch keine Ruhe ein, im Gegenteil, das Feuer wurde weiter angefacht. Kritikpunkte, unter anderen: die Entscheidung der neuen Leitung, nur 50 Prozent der jeweiligen Projektkosten zu übernehmen. Der Versuch Nancy Brauns, dies mit der nachhaltigen Tragbarkeit der Projekte zu begründen, fiel

wiederum harscher Kritik zum Opfer. Auch die Einmischung politischer Instanzen war und ist dem ein oder anderen ein Dorn im Auge.

Doch die Verantwortlichen bleiben ihrer Linie treu, glauben an das Konzept. Im Jahresbericht von 2020 gewährt die gemeinnützige Vereinigung „Capitale européenne de la culture 2022 asbl“ Einblick in ihre Arbeit und in die Aufteilung des Budgets. Von den insgesamt 57 Millionen Euro, stehen 36 Millionen Euro für die Realisierung des kulturellen Programms zur Verfügung.

Der Einladung zu den Open Market Days im Februar 2020 in der Muarthal sind derweil 500 Besucher gefolgt, um einen ersten Eindruck auf das Kommende zu erhaschen – unter ihnen auch die Großherzogin, die nachträglich die Schirmherrschaft übernommen hat. Doch dann, der Ausbruch von Covid-19 und der erste Lockdown. Die Organisatoren mussten umdenken. Der digitale Weg soll die Rettung sein. Intern kam es ebenfalls zu einem Umbruch: Christian Mosar verließ das Team Mitte des Jahres – wird sich aber weder zu den Gründen äußern, noch auf die Spekulationen, die kursieren, eingehen.

Ein paar Monate später, am 26. Februar 2021, gab das Esch2022-Team schließlich einen weiteren Einblick in das Programm. Auf digitalem Weg wurden, unter anderem, Projekte wie die Minett

Cycle Tour, der Minett-Trail mit außergewöhnlichen Übernachtungsmöglichkeiten etwa beim Parc Merveilleux in Bettemburg sowie das Urban Time Travel Belval, eine Virtual Reality Bustour, vorgestellt. Einen Tag lang drehte sich alles um Projekte und Pläne – Esch2022 wird konkreter. Schatten auf die Vorstellung fiel derweil von einer anderen Seite: Radio 100,7 hatte nur ein paar Stunden vor Start des Digital Press Day bekanntgegeben, dass zu dem Zeitpunkt nur 20 Projekte unterschrieben worden seien. „Die Projektträger arbeiten an ihren Projekten. Hierbei handelt es sich um einen laufenden, administrativen Prozess. Wir teilen mit, wenn alle Verträge unterschrieben sind“, lässt Nancy Braun auf Nachfrage zum aktuellen Stand der Dinge, verlauten.

Doch zurück zu den Vorbereitungen zum Kulturjahr. Auch in punkto Infrastrukturen tut sich etwas. Anfang März ist das Team in ein neues Bürogebäude in Belval umgezogen, gleich neben der Gebläsehalle. Die Möllerei wird derzeit renoviert und soll ab Februar 2022 als ein Hauptplatz der kulturellen Programme für Esch2022 fungieren. Der Aufbau des Skip-Pavillons, der bald Gäste von Esch2022 empfangen wird, ist in vollem Gange und soll im Sommer 2021 abgeschlossen sein.

Der festliche Auftakt soll derweil am 26. Februar 2022 sein. Unter anderem Konzerte und Workshops sollen Besucher nach Esch/Alzette und Belval locken. Morgen, am 29. April, soll derweil wieder ein Teil des Programms vorgestellt werden, es bleibt spannend.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

In rauem Fahrwasser

Kanuverleiher Gil Wies ist enttäuscht über neue Regeln und fürchtet um den Fortbestand seines Betriebs

Von Volker Bingenheimer

Dillingen. Gil Wies hat ein Bein auf den Stapel mit Kanus gestützt und blickt auf die Sauer, deren Oberfläche sich im Wind kräuselt. „Dieses Jahr war der April wegen der Kälte schlecht, doch an diesem Wochenende hatten wir die ersten Kunden“, erzählt er.

Vor zwei Jahren hat der junge Mann den Kanuverleih in Dillingen zwischen Echternach und Vianden übernommen, direkt neben dem Campingplatz seiner Eltern. Das Geschäft mit den 100 Booten läuft gut. Am 1. April ist Saisonbeginn, dann betreut Gil Wies die Kunden erst einmal alleine. Von Anfang Juni bis Ende August, wenn der Kanuverleih brummt, beschäftigt er zusätzlich fünf Saisonkräfte. Im Frühling und Frühsommer vermietet er seine Kanus vor allem an Gruppen – zum Beispiel an Pfadfinder, Vereine oder für Firmenausflüge. Im Sommer stehen die Camping-Gäste, vor allem aus den Niederlanden und Deutschland, vor seinem Büro Schlange. Sie alle wollen die Zwei-Stunden-Tour nach Echternach machen, wo sie die Kanus wieder abgeben.

Ob das allerdings im kommenden Jahr noch so sein wird, weiß der 33-Jährige nicht. Große Sorgen machen ihm die neuen Regeln des Umweltministeriums für Boote auf der Sauer. „Das Thema lässt mir schon seit einem Jahr keine Ruhe mehr“, meint Gil Wies. Er befürchtet massive Einschränkungen für sich und die anderen Kanuverleiher an beiden Ufern des Grenzflusses.

Das großherzogliche Reglement, das Ende des Jahres in Kraft

treten soll, verbietet den Kanubetrieb zwischen dem 1. März und dem 15. Juni, damit Fische beim Laichen und Vögel beim Brüten nicht gestört werden. „Für meinen Betrieb bedeutet das Verbot, dass ich 30 Prozent des Umsatzes verliere“, hat Gil Wies durchgerechnet.

Mehr noch als die vom Umweltministerium vorgesehene Schonzeit fürchtet er allerdings die zweite Änderung: Führt die Sauer Niedrigwasser – wenn der Pegel Bollendorf unter 56 Zentimeter fällt – ist der Fluss ebenfalls für Kanus gesperrt. „Im letzten August war das fast den ganzen Monat der Fall. Dann bleibt ja nicht mehr viel übrig“, sagt der Kanuverleiher.

Zudem belastet ihn die fehlende Planungssicherheit: „Gruppen buchen meist Monate im Voraus. Denen können wir ja schlecht sagen: Vielleicht dürft ihr fahren, vielleicht auch nicht.“ In der strukturschwachen Gegend nördlich von Echternach zieht der Wassersport viele Touristen an. „Ich würde behaupten, Kanufahren ist das wichtigste Angebot in unserer Gegend. Wenn das nicht mehr möglich sein sollte, betrifft es auch Restaurants, Campingplätze und Einzelhändler“, sorgt sich Gil Wies.

Die Popularität der Sportart hat das Ministerium zum Durchgreifen bewogen. Drei Verleiher mit je 100 Booten gibt es auf Luxemburger Gebiet, dazu noch Anbieter auf der deutschen Seite. An Ferientagen treiben so schon mal 300 Kanus mit 600 Paddlern die Sauer hinunter. Die Umweltauswirkungen hält Gil Wies nichtsdestotrotz für beherrschbar. „Die meisten unserer Kunden achten auf die Na-

tur. Dass die Boote viel über den Boden schrappen, kann ich mir nicht vorstellen. Das Wasser ist nur an wenigen Stellen so flach, dass Kanus oder Paddel den Grund berühren.“

Zudem sei die Vorstellung von der Sauer als unberührtem Fluss weit von der Realität entfernt, meint er. Schließlich verlaufen links und rechts zwei Nationalstraßen nahe am Ufer und im Wasser habe sich die Schwarzmeergrundel als invasive Art stark ausgebreitet.

Unschöne Bilder

Der junge Kanuverleiher bestreitet nicht, dass der ein oder andere Kanufahrer aus der Reihe tanzt – oft unter dem Einfluss von Alkohol. In den vergangenen Jahren hatten Videos von grölenden Kanu-Touristen auf Facebook die Runde gemacht. Der Firmenbesitzer weist deshalb auf das Alkoholverbot auf dem Wasser hin. „Kontrollieren können wir das natürlich nicht.“

Zusammen mit seinen Berufskollegen will Gil Wies nun das geplante Reglement anfechten und Änderungen bewirken. „Mit dem Verbot im Frühjahr können wir noch leben, aber im Sommer dürfen keine zusätzlichen Einschränkungen kommen, außer bei extremem Niedrigwasser.“ Ihm liegt es am Herzen, das Freizeitvergnügen auf dem Wasser am Leben zu erhalten. „Das prägt doch das Bild vom Urlaubsland Luxemburg. Auf jeder Broschüre und touristischer Internetseite ist das Foto eines Kanufahrers zu sehen.“

Sportfischer gegen „Abenteuertourismus“

Die Kanufahrer auf der Sauer sind dem Anglerverband ein Dorn im Auge. Die Angler beziehen eine konträre Position zu den Kanuverleihern und haben sich beim Umweltministerium seit Jahren für Einschränkungen stark gemacht. Zufrieden ist der Anglerverband FLPS mit dem geplanten Reglement nicht. „Es öffnet Tür und Tor für Abenteuertourismus, der im Widerspruch steht zum anvisierten Quali-

tätourismus und der Natur schaden wird“, findet Jos Scheuer, FLPS-Präsident und ehemaliger Bürgermeister von Echternach. Er richtet sich vor allem gegen eine Kommerzialisierung des Kanufahrens. „Wo ist denn der Mehrwert, wenn die Firmen eine ganze Armada Boote die Sauer hinunter schicken? Das Erlebnis für den Einzelnen wäre schöner, wenn nur wenige Kanus unterwegs wären“, sagt

Scheuer gegenüber dem LW. Er möchte erreichen, dass bei der Zahl der zugelassenen Kanus eine Obergrenze eingeführt wird. Die deutschen Behörden haben dies mit Verweis auf rechtliche Hindernisse abgelehnt. In einer Stellungnahme fordert der Anglerverband vom Ministerium nun, bereits ab einem Wasserstand von unter 60 Zentimetern den Kanubetrieb zu verbieten. Außerdem möchten die

Angler die Zahl der Ein- und Ausstiegsstellen – derzeit sind 14 geplant – auf die Hälfte reduzieren. Der Bau der Einstiegsstellen sei mit einem Eingriff in die Natur verbunden, umso mehr als sie für große Fahrzeuge zugänglich sein müssten. Die FLPS fordert zudem, dass die Verleiher ihre Gäste genauer in die Vorschriften einweisen müssen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Keine Angst vor dem Impfen

Bei Corona-Impfungen sind schwere Komplikationen die Ausnahme, dennoch sorgen solche Fälle für Verunsicherung

Von Michèle Gantenbein

Das Image des britisch-schwedischen Impfstoffs Astrazeneca hat wegen Fällen von Sinusvenenthrombosen gelitten. In Luxemburg wird er nur noch Freiwilligen zwischen 30 und 54 Jahren verabreicht. Innerhalb von drei Tagen hatten sich 25 000 Freiwillige registrieren lassen. Das entspricht 10,3 Prozent der Zielgruppe. Hinzu kommen 14 871 bereits Geimpfte – das entspricht insgesamt 16,5 Prozent aller 30- bis 54-Jährigen.

In Luxemburg ist eine 74-jährige Frau nach der Impfung mit Astrazeneca verstorben. Der Fall wird noch geprüft. Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) hatte beim Pressebriefing vergangene Woche von drei Toten gesprochen, ohne genauer auf eine mögliche Verbindung mit der Impfung einzugehen. Später bestätigte die Santé, dass bei den anderen beiden Todesfällen kein Zusammenhang mit der Impfung nachgewiesen worden sei.

Die gemeldeten Todesfälle verunsichern die Menschen, sind Wasser auf den Mühlen der Impfgegner und reduzieren die Impfbereitschaft. Umso wichtiger ist eine klare, faktenbasierte Kommunikation und Information. Klar ist: Je mehr Menschen geimpft sind, desto mehr geimpfte Menschen werden sterben, besonders in den oberen Alterskategorien. Statistisch gesehen sterben in Luxemburg elf bis zwölf Personen pro Tag. In den Alten- und Pflegeheimen stirbt laut dem Virologen Prof. Dr. Claude Muller knapp ein Drittel der Bewohner pro Jahr – fünf Personen pro Tag. Statistisch sterben also 70 Personen innerhalb von 14 Tagen nach der Impfung. Nur bei einigen wenigen bestehe der Verdacht auf einen kausalen Zusammenhang mit der Impfung. Bei diesen werde geprüft, inwiefern der Zusammenhang ein rein zeitlicher und damit zufälliger ist, oder ob der Tod im kausalen Zusammenhang mit dem Impfstoff steht, sagt Muller.

Für den Virologen gibt es keine Alternative zur Impfung. „Stoppen wir die Impfung oder wird sie verzögert, weil die Menschen verunsichert sind und sich nicht impfen lassen, wird es mehr Tote durch Covid geben als Personen mit medizinisch relevanten Nebenwirkun-

gen durch die Impfung“, sagt der Virologe.

Den richtigen Vergleich anstellen

Je nach Impfstoff liegt Muller zufolge die Inzidenz von thromboembolischen Komplikationen nach einer Corona-Impfung bei 1/100 000 bis zu 1/1 Million. „Die Bewertung dieser Zahlen ist schwierig, da sie mit den Background-Inzidenzen dieser Ereignisse in einer vergleichbaren Gruppe in der Allgemeinbevölkerung verglichen werden müssen. Seltene Krankheiten treten ja auch unabhängig von Impfungen auf, also auch in den Tagen direkt nach der Impfung – rein statistisch, ohne dass ein kausaler Zusammenhang besteht“, erklärt Muller, „wobei es bei manchen Erkrankungen schwierig ist, die Inzidenz in der Normalbevölkerung zu bestimmen, weil sie sehr niedrig ist oder nicht erfasst ist“.

Insgesamt sei es schwierig, eine genaue Risikoabschätzung mit und ohne Impfstoff zu machen, sagt Muller, weil die corona-unabhängige Inzidenz – zum Beispiel von Hirn- und Thrombosen – je nach Altersgruppe, Geschlecht und allgemeinem gesundheitlichen Zustand unterschiedlich ist. Haben die Personen geraucht? Waren sie übergewichtig? Haben die Frauen hormonell verhütet? „Das sind Risikofaktoren, die Menschen anfälliger für thromboembolische Ereignisse machen und wird in der Diskussion zu wenig berücksichtigt.“

Was die Sache erschwert, ist der Umstand, dass zeitgleich Millionen von Menschen gegen Covid-19 geimpft werden und die ganze Welt quasi mit der Lupe auf Nebenwirkungen und Todesfälle schaut. „Wir vergleichen jetzt Inzidenzen, die unter hochsensitiver Überwachung zusammenkommen, mit Inzidenzen aus früheren Jahren, als die Überwachung weniger intensiv war“, erklärt Muller.

Mittlerweile gebe es Hypothesen für einen möglichen kausalen Zusammenhang zwischen Hirn- und Thrombosen und Impfstoff, erklärt Muller. Möglich wäre, dass die Impfung Antikörper induziert, die in extrem seltenen Fällen mit Blutplättchen kreuzreagieren und diese aktivieren. Die aktivierten Blut-

plättchen lassen das Blut verklumpen und es kommt zu Thrombosen.

Todeszahlen gegen zurück

Seit Beginn der Pandemie sind Stand 27. April 792 Personen in Verbindung mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben – 281 allein seit dem 1. Januar, also dem ungefähren Beginn der Impfungen. Nach den rezenten zahlreichen Todesfällen in den Alten- und Pflegeheimen sind die Zahlen wieder rückläufig. In der vergangenen Woche zählte die Santé fünf Covid-Opfer – für Gesundheitsministerin Paulette Lenert ein klarer Beweis, dass der Impfschutz greift. Vergangene Woche verkündete sie, man nähre sich so langsam wieder der normalen Sterblichkeitsrate an.

Auch die Zahl der Neuinfektionen in den durchgeimpften Altersgruppen ist rückläufig. Das ist eine gute Nachricht, doch detaillierte Informationen zur Entwicklung von Infektionen, Krankenhausaufenthalten und Todesfällen in den oberen Altersgruppen sind nicht in Erfahrung zu bringen. Auf die Frage, wie viele geimpfte und nicht geimpfte Personen in den durchgeimpften Altersgruppen sich infiziert haben beziehungsweise an einer Corona-Erkrankung gestorben sind, erklärte die Santé nach mehrmaliger Bitte um eine Antwort, sie habe diese Daten nicht. Claude Muller kann nicht glauben, dass diese Daten nicht existieren. „Es wäre sehr wichtig zu wissen, ob die an Corona verstorbenen Personen den vollen Impfschutz hatten oder ob sie nicht geimpft waren“, sagt Muller. Er bedauert darüber hinaus, dass die Regierung sich bei den Pressebriefings auf allgemeine Aussagen beschränkt statt diese mit präzisen Zahlen zu untermauern, sprich anhand von Daten aufzuzeigen, welchen Impakt die Impfungen auf die Infektionszahlen, die Krankenhausaufenthalte und die Todeszahlen in den einzelnen Altersgruppen haben. „Die Menschen müssen den Fortschritt erkennen“, sagt Muller.

„Zur Vernunft kommen“

Die schleppenden Impfungen und die steigende Impfskepsis infolge von Meldungen über Nebenwirkun-

gen und Todesfälle bereiten einem Allgemeinarzt mit über 35 Jahren Berufserfahrung Sorgen. „Wir müssen mit den Impfungen vorankommen“, sagt er – und bedauert zutiefst, dass eine Impfpflicht in einem übergeordneten allgemeingesellschaftlichen Interesse – in diesem Falle die Herdenimmunität – für unzulässig erklärt wird, selbst für Pflegepersonal. Trotz des übergeordneten Interesses werde dem einzelnen eine Pflichtimpfung nicht zugemutet. Der Arzt stellt das infrage und veranschaulicht seine These mit einem Beispiel: „Leitplanken sorgen dafür, dass Fahrzeuge, die von der Straße abkommen, zurück auf die Straße geschleudert werden, damit sie nicht im Straßengraben landen. Dabei nehmen wir in Kauf, dass ein unbeteiligter Fahrer durch ein zurückgeschleudertes Fahrzeug zu Schaden oder sogar zu Tode kommt. In der Logik der Impfgegner würde das bedeuten, dass man vom Staat verlangt, alle Leitplanken abzubauen.“

Man nehme also tagtäglich in Kauf, dass Menschen vor ihren eigenen Fehlern geschützt werden und zugleich Unbeteiligten Schaden zugefügt wird. „Wir nehmen in Kauf, dass unsere Grundrechte massiv eingeschränkt werden. Wir akzeptieren, dass ein Teil des Landes in den wirtschaftlichen Ruin getrieben wird. Aber eine schützende Impfung mit vielleicht einer kleinen Nebenwirkung akzeptieren wir nicht, genau so wenig wie wir akzeptieren, dass das Patentrecht ausgesetzt wird, obwohl es juristisch machbar wäre“, ärgert sich der Mediziner. Besonders mit Blick auf die Mutanten sei es von zentraler Wichtigkeit, die Weltbevölkerung so schnell wie möglich durchzuimpfen. Der Allgemeinarzt ist enttäuscht und mahnt: „Wir müssen wieder zur Vernunft kommen.“

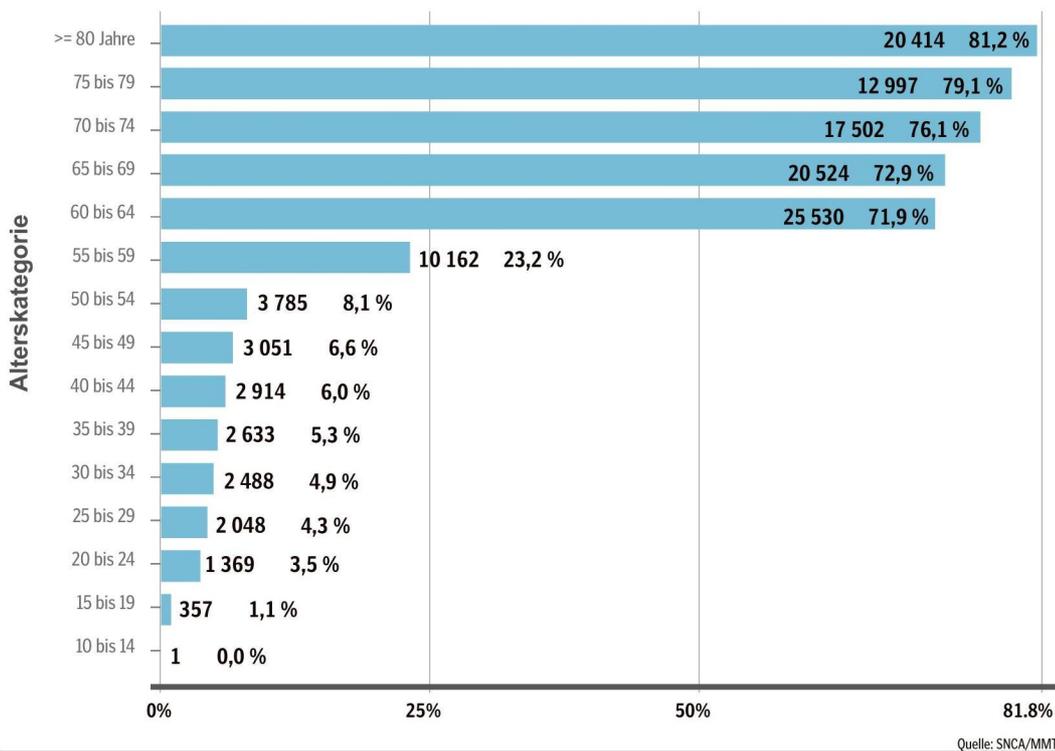
● Die Menschen
● müssen den
Fortschritt
erkennen.

Prof. Dr. Claude Muller, Virologe

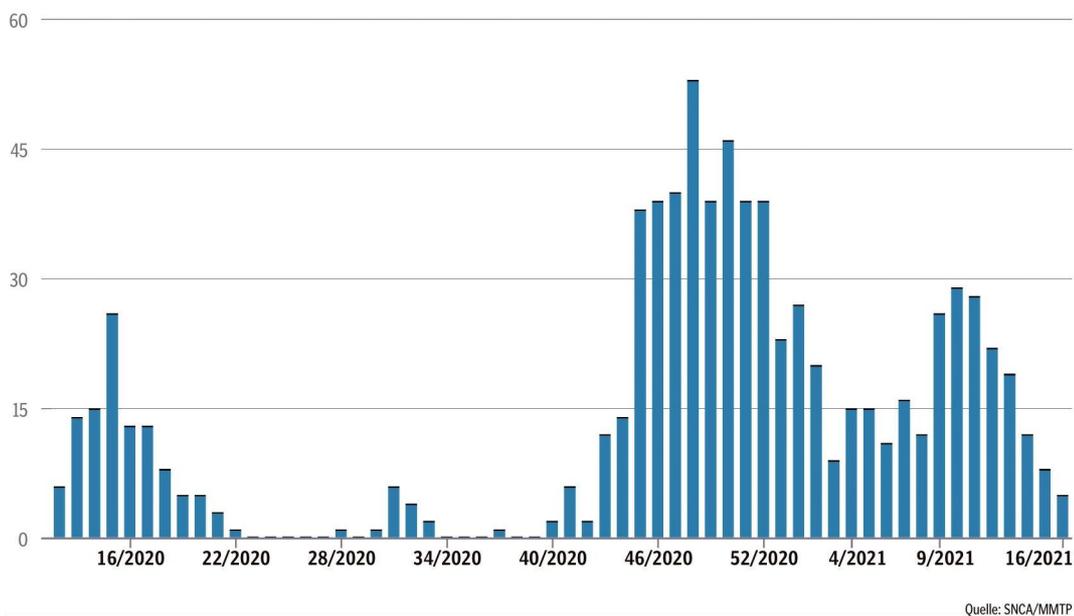
● Trotz eines
● übergeordneten
Interesses muten
wir den Menschen
keine Pflicht-
impfung zu.

Ein erfahrener Allgemeinarzt

Impfrate pro Altersgruppe (Erstimpfungen)



Wöchentliche Covid-19-Sterbefälle in Luxemburg



„Es bleibt einfach eine Frage des Wollens“

Eine Studie belegt, dass eine vorbereitete Stilllegung des Kernkraftwerks Cattenom trotz der hohen Nennleistung möglich ist

Von Morgan Kuntzmann

Frankreich plant, bis 2035 den Anteil von Kernenergie von 75 auf 50 Prozent zu senken. Dazu sollen zwölf bestehende Atomkraftwerke abgeschaltet werden, das von Cattenom zählt nicht dazu. Rheinland-Pfalz und Saarland sowie Luxemburg haben ein Beratungsunternehmen beauftragt, die Auswirkungen einer Abschaltung des Kernkraftwerks in Cattenom zu untersuchen.

Christoph Maurer, was war Ihr Studienauftrag?

Der Auftrag war zu prüfen, ob einer zeitnahen Stilllegung vom Kernkraftwerk Cattenom relevante Bedenken zur Versorgungssicherheit gegenüberstehen. Gibt es Gründe, warum man deswegen Cattenom nicht einigermassen zeitnah stilllegen könnte? Es geht nicht darum, ob man das machen soll oder nicht. Das ist eine politische Frage. Es ist ja bekannt, dass Frankreich plant, im Laufe der nächsten 15 Jahre einen Teil seiner Reaktoren stillzulegen. Das politische Interesse der Auftraggeber ist sicherlich, dass dann Cattenom zu den dort stillzulegenden Atomkraftwerken gehört.

Wie definiert man Versorgungssicherheit?

Einerseits mit Deckung des Bedarfs, also die Frage, kann genügend Strom produziert werden, um die Nachfrage zu decken. Andererseits geht es um die Netz- und Systemsicherheit, die Frage ob das Netz stabil betrieben werden kann.

Was ist besonders an der Großregion?

Die Region ist gut in das europäische Übertragungsnetz eingebunden. Darüber hinaus gibt es viele steuerbare Erzeugungseinheiten. Die größte ist natürlich Cattenom, das mit einer Bruttoleistung von 5 440 Megawatt ein sehr großes Kernkraftwerk ist.

Was wären die Folgen der Stilllegung des Kernkraftwerks Cattenom in der unmittelbaren Region?

Die Anlage in Cattenom hat kurzfristig gesehen aufgrund der hohen Leistung systemtechnische Relevanz für die sichere Bedarfsdeckung und Netzbelastung, nicht nur in der Großregion. Die verfügbare Leistung in Frankreich wäre kurzfristig gesehen eher knapp bemessen, um den Bedarf zu jedem Zeitpunkt sicher zu decken. Es gibt aber zwei Effekte, die man berücksichtigen muss. Erstens, es gibt mehrere Studien, die besagen, dass sich das Richtung Ende des Jahrzehnts deutlich verbessern wird. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Frankreich noch Reaktoren stilllegen will, wird sich die Lage tendenziell bessern und mehr Stromkapazität zur Verfügung stehen. Es liegt unter anderem auch daran, dass Frankreich ebenfalls anfängt, die Offshore-Windenergie und im Allgemeinen die erneuerbare Energieproduktion auszubauen. Der zweite wichtige Aspekt ist, dass man mit einigen Jahren Vorlaufzeit auch die Chance hat, neue Erzeugungsanlagen zu bauen, die den Strombedarf decken können, aus erneuerbaren Energien, aber auch aus Gaskraftwerken. Es ist nicht so, dass man Kernkraftwerke jetzt eins zu eins mit Gaskraftwerken ersetzen müsste, wenn man sie stilllegt. Man wird aber nicht ganz auf steuerbare Stromerzeugung verzichten können, die vermutlich in den ersten Jahren auf Erdgas-Basis laufen würde. Irgendwann wird man dann auch auf erneuerbare Gase umstellen, also Wasserstoff oder synthetisches Erdgas. Dazu kommt, dass Frankreich seit 2017 einen Kapazitätsmarkt eingeführt hat. Dabei werden auf dem Strommarkt Vorgaben für eine zuverlässige Stromerzeugungskapazität gemacht, die das gewünschte Maß an Versorgungssicherheit gewährleistet. Dadurch erhalten Erzeuger

Geld unabhängig davon, ob eine Einspeisung zeitweise weniger oder keinen Strom erzeugt. Hierbei wird nicht mit verbrauchter Strommenge, sondern mit bereitgestellter gesicherter Leistung gehandelt. Das Argument, dass man Cattenom wegen der Versorgungssicherheit nicht abschalten kann, ist invalide. Bei einer sinnvollen Planung sind die Bedenken zur Versorgungssicherheit kein Grund, Cattenom nicht in absehbarer Zeit abzuschalten.

Wenn man Cattenom stilllegt, müsste Frankreich dann nicht ein anderes Kraftwerk weiterlaufen lassen?

Das ist das Kernproblem. Es bleibt einfach eine Frage des Wollens. Eine Reduktion der Kernenergie in Frankreich ist meiner Meinung nach durchaus erreichbar. Das haben wir jetzt hier nicht separat und explizit untersucht. Aber das würde dann tatsächlich bedeuten, dass sie mehr Erzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien sowie, zur Absicherung von verbleibenden Bedarfsspitzen, Erdgas- oder Wasserstoffbasierte Kraftwerke errichten müssten. Der Strom muss ja irgendwo herkommen. Technisch ist das relativ problemlos möglich.

Würde Frankreich nach einer Abschaltung Cattenoms verstärkt im Ausland Strom einkaufen?

Frankreich ist im Jahresdurchschnitt einer der großen Stromexporteure in Europa. Allerdings importiert Frankreich auch heute schon in Situationen, in denen sehr viel Erzeugung und Leistung benötigt wird, beispielsweise in kalten Wintern. Wenn man nichts anderes macht, als das Kraftwerk in Cattenom abzuschalten, würden vermutlich die Importe ansteigen. Aber es passiert ja ohnehin relativ viel im französischen Stromsystem: der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen und die Abschalt-

ung der Kernkraftwerke. Diese bereits festgelegten Änderungen haben unterschiedliche Effekte auf die Frage von Import und Export. Abgesehen davon finde ich es vollständig unkritisch, wenn ein Land zum Teil Strom im- oder exportiert. Wir leben in einer Europäischen Union mit einem Strom Binnenmarkt, der nach Regeln funktioniert. Da sollte es keine so große Rolle spielen, ob der Strom, den man verbraucht, im In- oder Ausland produziert wurde.

Was für eine Zeitspanne wäre nötig, um Cattenom stillzulegen?

Die Maßnahmen, die wir vorschlagen, sind alle bereits mit den heutigen Technologien machbar. Für diese braucht man keine Jahrzehnte, in wenigen Monaten lassen diese sich aber auch nicht umsetzen. Was sich beispielsweise schnell umsetzen lässt, ist die Umrüstung der Generatoren im nicht nuklearen Teil des Kernkraftwerks zu sogenannten rotierenden Phasenschiebegeneratoren. Diese Generatoren sorgen unter anderem dafür, dass im Stromnetz die notwendige Spannung gehalten wird. Einmal in das Netz eingebunden, stabilisieren solche Phasenschiebegeneratoren das Netz. Das hat man 2011 nach der Fukushima-Katastrophe bei der Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis in Deutschland innerhalb von Monaten gemacht. Aber das gilt nicht für jede Maßnahme. Eine neue stromerzeugende Anlage wird man nicht innerhalb von Monaten errichten. Da reden wir eher über einen Zeitraum von einigen wenigen Jahren.

Das Argument, dass man Cattenom wegen der Versorgungssicherheit nicht abschalten kann, ist invalide.

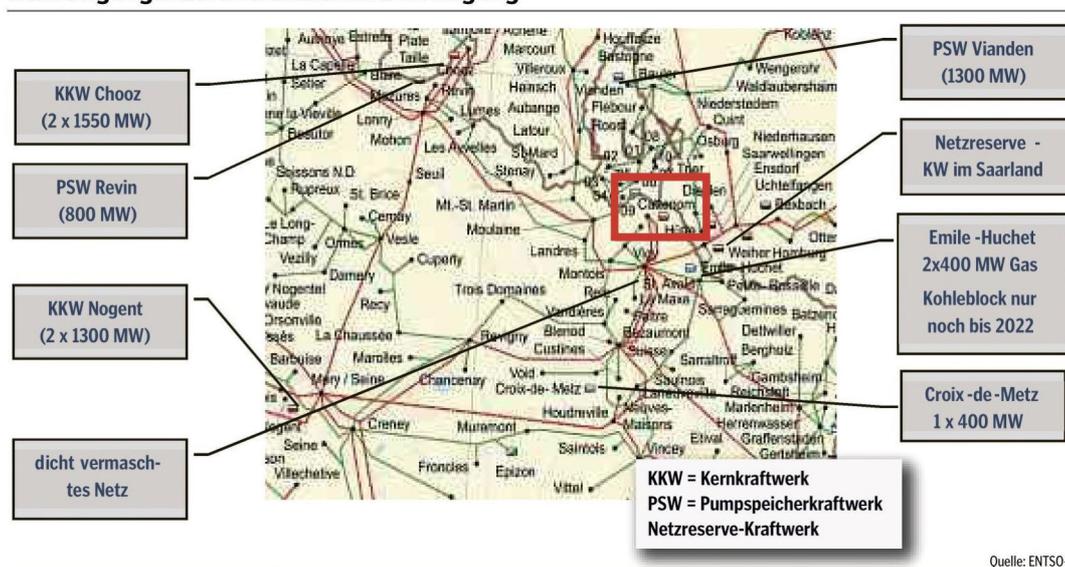
Christoph Maurer,
Consentec-Geschäftsführer

Sicherheitsrisiko

35 Jahre nach der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl haben Rheinland-Pfalz, das Saarland und Luxemburg erneut die Abschaltung des Atomkraftwerks Cattenom in Frankreich gefordert. Eine Studie belegt, dass eine Versorgungssicherheit auch nach einer Schlie-

Bung des Meilers in der Region gesichert sei, teilten die Regierungen am Freitag in einer gemeinsamen Mitteilung mit. Die vorgelegte Studie, die unter Federführung von Luxemburg beauftragt wurde, zeige, dass Cattenom „zu jenen Anlagen zählen kann, die prioritär abgeschaltet werden können“. *dpa*

Übertragungsnetz und steuerbare Erzeugung



Cattenom könnte mit genügend Vorbereitung abgeschaltet werden

UMWELTMINISTERIUM „Eine Laufzeit-Verlängerung ist unnötig und völlig inakzeptabel“

Raffael Wilmes

Das französische Atomkraftwerk Cattenom ist immer wieder in den Medien – vor allem wegen wiederkehrender Pannen. Trotz der Atom-Katastrophen von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 werde in der EU wieder verstärkt über die Förderung der Atomkraft debattiert, sagen Luxemburgs Umwelt- und Energieministerium. Aber aus einer neuen, von den beiden Behörden beauftragten Studie geht hervor: Eine Stilllegung Cattenoms ist machbar.

Immer wieder Cattenom – Luxemburgs Regierung, das Saarland und Rheinland-Pfalz fordern schon über ein Jahrzehnt lang die Abschaltung des französischen Kernkraftwerks am Dreiländereck. „Trotz des großen Risikos und der Abschaltforderungen aus vielen Nachbarländern zieht Frankreich bisher nur ungenügend Konsequenzen für den Betrieb der Pannenmeiler“, sagte Greenpeace bereits 2014 in einem Bericht. „Das AKW Cattenom muss vom Netz genommen werden. Eine Laufzeit-Verlängerung ist unnötig und völlig inakzeptabel“, geht aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des Luxemburger Umweltministeriums und des Energieministeriums vom Freitag hervor. Darin geben die beiden Behörden bekannt, dass Luxemburg gemeinsam mit seinen Nachbarn Rheinland-Pfalz und dem Saarland eine Studie in Auftrag gegeben hat. Diese soll die Auswirkungen der Abschaltung Cattenoms auf die Versorgungssicherheit in der Region untersuchen – und liegt seit dem 15. April vor. Ihr Fazit: Eine Stilllegung des Meilers vor der Grenze ist machbar.

Die Studie wurde gemäß Presse-

mitteilung von Consentec, einem laut Eigenangabe „unabhängigen Beratungsunternehmen für Ingenieurwissenschaftliche und wirtschaftliche Themen im Bereich Strom- und Gasversorgung“ aus Deutschland, erstellt. Laut den beiden Luxemburger Ministerien ist ein immer wieder aufkommendes Argument in der Debatte um Cattenom die Versorgungssicherheit – also die Frage, ob nach einer Abschaltung weiter genug verfügbar ist, um die ganze Region zu versorgen. In der Consentec-Studie steht dazu Folgendes: „Die Anlage in Cattenom hat aufgrund ihrer hohen Leistung systemtechnische Relevanz für eine sichere Bedarfsdeckung, die Netzbelastung und die Erbringung von Systemdienstleistungen in der Großregion und darüber hinaus.“

Der Zeitpunkt ist ausschlaggebend

Das bedeute aber nicht, dass Cattenom unabdingbar sei. Es gebe Möglichkeiten, um die durch eine Stilllegung verlorengelende Produktion zu ersetzen. Innerhalb von vier bis fünf Jahren könnten Anlagen errichtet werden, die auf Basis von klimaneutralen Gasen – wie zum Beispiel grünem Wasserstoff – Strom produzieren. Außerdem könnte die wegfallende Leistung zumindest teilweise durch den Ausbau erneuerbarer Energien wiedergewonnen werden, heißt es in der Consentec-Studie.

„Deutschland zeigt den Weg, dass ein hochmodernes und wichtiges Industrieland aus der Atomkraft aussteigen kann“, schreiben das Umwelt- und das Energieministerium in ihrer Pressemitteilung. Und Kernkraftwerke

könnten auch nach ihrer Abschaltung weiter genutzt werden. Die Studie verweist auf das deutsche Kernkraftwerk Biblis: Nach der Stilllegung 2011 sei der Generator des Kraftwerks umgerüstet worden. Biblis betreibe nun „rotierende Phasenschieber“, die zur Stabilität des Stromnetzes beitragen würden. Solch eine Umrüstung sei auch in Cattenom „kurzfristig möglich“, sagt Consentec.

Frankreich plant, bis 2035 zwölf Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen und so den Atomanteil am Strommix auf 50 Prozent zu senken. „Die Studie zeigt, dass das AKW Cattenom zu jenen Anlagen zählen kann, die prioritär abgeschaltet werden können“, schreiben Luxemburgs Umweltministerium und Energieministerium. Der Stopp Cattenoms sei möglich, müsse aber gut geplant werden: Aus der Consentec-Studie geht hervor, dass Frankreich derzeit nahe an dem definierten Versorgungsicherheitsstandard operiere. Hinzu komme, dass der Kohleausstieg im Nachbarland kurz bevorstehe, und dass größere Revisionen bei einem Teil der Kernkraftwerke anstehen würden. Deshalb gebe es „aktuell keine nennenswerten Kapazitätsreserven“.

Die Consentec-Studie spricht von einer in Frankreich „aktuell möglicherweise etwas angespannten Situation, die sich allerdings gegen Mitte des Jahrzehnts zu entspannen beginnt und in der zweiten Hälfte der Dekade auch Raum für weitere Stilllegungen von Kernkraftwerken bieten sollte“. Ausschlaggebend sei der Zeithorizont, in dem die Außerbetriebnahme eines Kraftwerks vorgenommen werde. Dann würde es auch nicht zu Engpässen kommen.

Stadioneröffnung erst im September

Luxemburg. Es ist ein Ziel, aber kein Versprechen: Für das WM-Qualifikationsspiel der Luxemburger Fußballnationalmannschaft gegen Aserbaidschan am 1. September soll das Stade de Luxembourg in Cloche d'Or fertig sein. Das erklärten die hauptstädtische Bür-

germeisterin Lydie Polfer (DP) und FLF-Präsident Paul Philipp gestern beim City Breakfast vor Journalisten. Das am 6. Juni angesetzte Freundschaftsspiel der Nationalelf gegen Schottland wird demnach im Stade Josy Barthel an der hauptstädtischen Route d'Arlon stattfinden. Hier sei der Raser im Übrigen von exzellenter Qualität, hieß es. *str*

Warten auf September

Einweihung des Stade de Luxembourg in der Fußball-WM-Qualifikation im Herbst geplant

Von Steve Remesch

Die Anwesenheit von FLF-Präsident Paul Philipp beim allmonatlichen Pressefrühstück des hauptstädtischen Schöffenrats hätte gestern als Hoffnungszeichen gewertet werden können – doch diese Erwartung wurde bereits Minuten später gedämpft: Das Stade de Luxembourg in Cloche d'Or ist auch im Juni noch nicht betriebsbereit.

Das am 6. Juni geplante Testländerspiel gegen Schottland wird im altgedienten Stade Josy Barthel an der Route d'Arlon ausgetragen. Wo der Rasen im Übrigen „exzellent“ sei, wie Hauptstadtbürgermeisterin Lydie Polfer (DP) hervorhebt.

Die Europäische Fußball-Union UEFA sei im Februar zu Gast gewesen, habe sich das neue Stadion angesehen, es für gut befunden, der Stadt aber noch Hausaufgaben auferlegt. Diese würden nun erledigt. „Insbesondere im Bereich der Informatik muss alles bis ins kleinste Detail geprüft werden“, führt Pol-

fer aus. „Denn davon hängt alles ab, von der Beleuchtung, über die Zugänge, bis hin zu den Fernsehübertragungen.“ Daran werde gearbeitet.

Damit die Partie gegen Schottland im Stade de Luxembourg hätte stattfinden können, hätte einen Monat vorher ein Testspiel unter Realbedingungen organisiert werden müssen – so, als ob tatsächlich ein internationales Spiel vor 9 000 Zuschauern stattfinden würde. Das habe man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gewährleisten können.

Feierliche Eröffnung bei Spiel gegen Aserbaidschan als Ziel

„Wenn das erste Spiel denn tatsächlich stattfindet, dann muss das unter bestmöglichen Bedingungen erfolgen“, so Polfer. „Unser Ziel ist es, das bis zum WM-Qualifikationsspiel gegen Aserbaidschan am 1. September zu gewährleisten.“ Die Rahmenbedingungen würden allerdings von den Pandemiebedingten sanitären Auflagen zu diesem Zeitpunkt abhängen.

Für die Testbegegnung vor dem eigentlichen Eröffnungsspiel müsse man sich nicht unbedingt einen Schlagabtausch zwischen Mannschaften mit großem Rang und Namen erwarten, ergänzte Philipp.

„Das Wichtigste ist dabei nämlich das, was rundherum geschieht“, unterstreicht er. „Dass die Sicherheit gewährleistet ist, dass die Zu- und Ausgänge geregelt sind, auch jene der Spieler, die Kameraführung, dass das Szenario eines Spiels mit voll besetzten Rängen unter Wettbewerbsbedingungen durchgespielt wird.“ Das müsse erst einmal organisiert werden.

Corona habe die Vorbereitungen in die Länge gezogen, fügt Polfer hinzu. Vieles sei erst mit viel Verzug angeliefert worden, so etwa die Türen, die in Italien hergestellt wurden. Eines der Unternehmen, die am Stadionbau beteiligt gewesen war, habe die Covid-Krise erst gar nicht überlebt. Das habe großen Organisationsaufwand zur Folge gehabt. Auch damit habe man umgehen müssen. Es sei wich-

tig, dass die Fußballnationalmannschaft nun endlich stellvertretend für alle Clubs im Land das neue Stadion einweihen könne, meint Philipp. Bis dahin seien es zwar noch vier Monate, aber man sei zuversichtlich.

„Es ist natürlich auch so, dass die UEFA uns im Nacken sitzt und Druck macht“, räumt der FLF-Präsident ein. „Im Stade Josy Barthel spielen wird ja auch nur mit einer Ausnahmegenehmigung. Deswegen ist es natürlich auch positiv, dass wir der UEFA einen Termin als Ziel nennen können.“

Ein Bestreben, aber kein Versprechen

Ob Aserbaidschan letztlich dann tatsächlich im Stade de Luxembourg zu Gast sein wird oder mit dem Stade Josy Barthel vorliebnehmen muss, muss sich erst zeigen. Denn weder Philipp noch Polfer lassen sich zu einem festen Versprechen verleiten. Das Stichdatum ist derzeit nicht mehr als ein Ziel, das man anvisiert.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Luxemburg in neuen Zahlen

Auf den ersten Blick erscheinen Statistiken ein glanzloses Sammelsurium von Zahlen und Daten zu sein. Doch ein genauer Blick offenbart meist Spannendes. So wie die jüngste Bevölkerungsstatistik Luxemburgs.

VON SABINE SCHWADORF

LUXEMBURG Luxemburgs Bevölkerung wächst weiter – allerdings langsamer als in den Jahren zuvor. Das hat das Luxemburger Statistikamt Statec zur jüngsten Untersuchung der Bevölkerungsstatistik mitgeteilt. Die Ursache für die Verlangsamung: Corona. Während das Wachstum in den vergangenen Jahren immerhin bei zwei bis 2,5 Prozent lag, ist es im Corona-Jahr 2020 auf plus 8622 Menschen oder 1,4 Prozent gesunken.

Migration

Treiber des Bevölkerungswachstums bleibt die Migration. Doch „wegen der Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt und der Reisebeschränkungen aufgrund der Pandemie haben sich weniger Ausländer im Großherzogtum niedergelassen“, hält das Statistikamt fest. Es sind auch weniger Ausländer wieder ausgewandert, so dass die sogenannte Nettomigration bei plus 7620 Men-

schien liegt, also so viele Menschen mehr ein- als abgewandert sind.

Nationalitäten

Vor allem die Franzosen zieht's nach Luxemburg. Sie haben bereits 2014 Portugal als Haupteinwanderungsnation abgelöst, ihr Anteil an allen Einwanderern liegt bei 17 Prozent. Auch die Italiener liegen mittlerweile mit einem Anteil von 10,9 Prozent vor den einwandernden Portugiesen. Belgier wandern zu vier Prozent ein, der Anteil der Deutschen liegt stabil bei 3,1 Prozent. Trotz der gesunkenen Zahl an einwandernden Portugiesen bleibt ihr Anteil an der gesamten Luxemburger Bevölkerung stabil: Sie sind mit 31,5 Prozent die ausländische Nationalität mit dem größten Anteil.

Einbürgerungen

Die Folge geringerer Einwandererzahlen ist eine Abnahme der Einbürgerungen: Sie haben laut dem Statistikamt Statec um 18 Prozent abgenommen. Demgegenüber bleibt der Anteil der Luxemburger an der Bevölkerung stabil, er liegt bei 52,8 Prozent.

Eheschließungen

Die Corona-Pandemie hat noch weitere Folgen auf die Bevölkerungsentwicklung im Großherzogtum: Die Zahl der Eheschließungen hat im Vergleich zu 2019 um 15,9 Prozent abgenommen. An der Gesamt-

zahl von 1803 geschlossenen Ehen waren 39 zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts.

Durchschnittsalter

Schaut man sich das Alter der Bevölkerung Luxemburgs an, sind Frauen im Schnitt 40,4 Jahre alt, Männer 38,9 Jahre alt. „Ausländische Einwohner sind deutlich jünger als Luxemburger“, stellt das Statec fest. Die Zahl der Geburten ist 2020 um 3,7 Prozent auf nun 6459 gewachsen, Hauptgrund dafür ist der Anstieg bei den Geburten von Kindern mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit um 5,9 Prozent.

Todesfälle

Die Zahl der Todesfälle lag im vergangenen Jahr bei 4609. Darunter gehören 501 gemeldete offizielle Todesfälle aufgrund von Covid 19. Dieser Anteil liegt – übers ganze Jahr verteilt – bei elf Prozent, allein in den Monaten Mitte März bis Ende Dezember bei 13,6 Prozent. Schaut man sich die Monate nochmals genauer an, so gibt es in allen Monaten – allen voran November und Dezember – bis auf Januar, Februar, Juni und Juli eine erhöhte Anzahl von Todesfällen. Insgesamt ist die Zahl der Toten im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 Prozent gestiegen. Die Lebenserwartung liegt in Luxemburg inzwischen bei 84,6 Jahren für Frauen und bei 80,1 Jahren für Männer.